

Verwaltungsbericht

der

Stadt Bielefeld

1967



V e r w a l t u n g s b e r i c h t

d e r

S t a d t B i e l e f e l d

1967

Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Bielefeld

V o r w o r t

Die Dienststellen der Stadtverwaltung geben in diesem Bericht einen Überblick über ihre Arbeit im Jahre 1967. Weitere statistische Daten über die Aufgabenbereiche der Stadtverwaltung sind in dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Bielefeld 1967, das im Oktober 1968 erschienen ist, enthalten.

Bielefeld, im Januar 1969

K u h n
Oberstadtdirektor

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Stadtchronik	1
Verstorbene Dienstkräfte der Stadt	7
Rat der Stadt	8
Hauptamt	9
Presse- und Verkehrsreferat	14
Personalamt	15
Statistisches Amt und Wahlamt	16
Finanzverwaltungsamt	17
Abteilung für Wirtschaft	23
Stadtkasse	26
Steueramt	27
Grundstücksamt	31
Rechtsamt	32
Ordnungsamt	34
Einwohnermeldeamt	40
Standesamt	43
Versicherungsamt	44
Berufsfeuerwehr	46
Schulverwaltungsamt und Geschäftsstelle des Schulamtes für die Stadt Bielefeld	48
Stadtbücherei	58
Stadtarchiv und Heimatbücherei	59
Kunsthause und Museum	60
Städtische Bühnen und Städtisches Orchester	61
Sozialamt	63
Jugendamt	71
Gesundheitsamt	80
Städt. Krankenanstalten	84
Ausgleichsamt	88
Städt. Untersuchungsamt	96
Vertriebenenamt und Amt für Wiedergutmachung	97
Hygienisch-Bakteriologisches Institut	101
Bauverwaltungsamt	102
Planungsamt	106
Vermessungs- und Katasteramt	107
Bauordnungsamt	109

	<u>Seite</u>
Amt für Wohnungswesen	111
Hochbauamt	117
Tiefbauamt	121
Garten-, Forst- und Friedhofsamt	125
Prüfamt für Baustatik	127
Straßenreinigungs- und Fuhramt	128
Sport- und Bäderamt	132

Anmerkung: Die im Bericht eingeklammerten Zahlen gelten für
das Vorjahr

Stadtchronik 1967

J a n u a r

1. Stadtparkassendirektor i.R. Karl Rieke verstorben.
9. Die Stadtwerke nehmen erstmals Automaten für Sammelfahrkarten in Betrieb zur Entlastung der Einmannfahrer auf Bussen und Straßenbahnen.
16. Das Land NW erklärt sich bereit, die Zinslast für das von der Stadt Bielefeld zum Erwerb des Universitätsgeländes aufgenommene Darlehen für 1967 in voller Höhe zu übernehmen.
25. Prof. Dr. Klein zum leitenden Chefarzt der Städt. Krankenanstalten ernannt.
Die Jugendmusikschule erhält ein neues Heim im ehemaligen Gebäude des Untersuchungsamtes, Goldbach 5.

F e b r u a r

2. Landgerichtspräsident Freiherr von Münchhausen verläßt Bielefeld.
3. Direktorin Lerch, neue Leiterin der Gertrud-Bäumer-Schule, wird in ihr Amt eingeführt.
Zentrale Zivilschutz-Ausbildungsstätte in Bielefeld von Oberstadtdirektor Kuhn, Präsident des Bundesluftschutzverbandes, eröffnet.
10. NW-Justizminister Dr. Dr. Josef Neuberger spricht in der Eisenhütte.
13. Neubau des Fernmeldeamtes in Bielefeld beschlossen.
Dr.
Rektor i.R. Wilhelm Siekmann, ehem. Ratsherr, Präsident des Bundes der Kinderreichen, verstorben.
15. Dr. Manfred Köhnlechner, Bevollmächtigter des Hauses Bertelsmann, wird zum österreichischen Konsul ernannt.
19. Verleger Emil Groß, Ratsherr, MdL, im Alter von 62 Jahren verstorben.

M ä r z

1. Die Stadt Bielefeld kauft die Osthoffsche Villa, Dornberger Str. 31, die die Verwaltung der neuen Universität Bielefeld vorerst beherbergen soll.
9. Doppelturnhalle für Bavink- und Ratsgymnasium in Betrieb genommen.
13. Der Westdeutsche Rundfunk ermöglicht durch eine Spende den Ankauf eines Abgusses des "Denkers" von Rodin für das Städt. Kunsthaus.
15. Die Kaufhalle GmbH erwirbt den Grundstückskomplex "Hotel Vierjahreszeiten" zum Bau eines neuen Kaufhauses.

17. Zusammenschluß der Molkerei Bielefeld mit anderen benachbarten Molkereien.
19. Prof. Dr. Ludwig Erhard, ehemaliger Bundeskanzler, spricht in der Rudolf-Oetker-Halle vor über 900 Jungmeistern.
21. Verhandlungen zwischen Bielefeld und Herford über Gastspiele der Bielefelder Theater in Herford führen zum Erfolg.
22. Beginn der Abbrucharbeiten beim Gebäude Hotel Vierjahreszeiten für den Bau der "Kaufhalle".

A p r i l

6. Direktor Herbert Schwarze von der Landeszentralbank tritt in den Ruhestand, gleichzeitig wird Direktor Friedrich Ekey als Nachfolger eingeführt.
10. Eine Rats-Delegation aus Rochedale besucht die Stadt Bielefeld.
11. Naturschutzausstellung im Ceciliengymnasium eröffnet.
21. Besuch des Botschafters der USA Mc Ghee in Bielefeld, dabei Ehrung für Frau Dr. Stemme in Anerkennung ihrer Verdienste um den deutsch-amerikanischen Jugendaustausch.
26. Brunnenschacht auf der Sparrenburg attraktiv hergerichtet.
27. Auf Ratsbeschluß wird dem Bavink-Gymnasium ein pädagogisch-musisches Gymnasium angegliedert.

M a i

1. Otto Brenner, Vorsitzender der Gewerkschaft IG Metall, spricht auf der Maikundgebung.
17. Die Europa-Jet Boeing 727 Q C wird durch Frau Hinnendahl, die Gattin des Oberbürgermeisters, auf den Namen "Bielefeld" getauft.
20. - 21. Kreistag der Gumbinner in Bielefeld.
20. Frau Hedwig Dornbusch, langjährige Vorsitzende des Roten Kreuzes in Bielefeld, im Alter von 80 Jahren gestorben.
25. Vizepräsident der Ev. Landeskirche D. Thimme wird zum Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde der Pädagogischen Hochschule gewählt.
26. Massenkonzert der Kapellen der 2. Division der Rheinarmee in der Radrennbahn.
31. Besuch des Erzbischofs Lorenz Kardinal Jaeger beim Kath. Dekanat Bielefeld von Himmelfahrt bis 31. Mai.

J u n i

1. Filmtheater Capitol, Palast und Gloria von den Filmtheaterbetrieben Fritz Rothschild, Düsseldorf, übernommen.
6. Schweigemarsch der Studenten der Staatlichen Ingenieurschule zum Tode des Berliner Studenten Benno Ohnesorg.
11. Gewitterböe richtet in den verschiedensten Teilen der Stadt großen Schaden an.
26. Jetzt auch Linie 3 der Straßenbahn auf Einmannbetrieb umgestellt; an verschiedenen Stellen der Stadt Fahrkartenautomaten aufgestellt.

Richtfest der Richard-Kaselowsky-Kunsthalle.

29. Bildhauer Karl Altenbernd gestorben.
30. 4000. Besucher der Nolde-Ausstellung im Kunsthaus.

J u l i

1. Zusammenschluß der Freien Presse, der Westfälischen Zeitung und der Lipp. Landeszeitung zur "Neuen Westfälischen".
2. Großfeuer auf Siebrassenhof am Hellweg.
4. Dr. Joh. Hempelmann, Leiter des Arbeitsamtes Bielefeld, zum Leiter des Arbeitsamtes Hannover gewählt.
5. Stadtbaurat i.R. Theodor Streich im Alter von 80 Jahren gestorben.
8. Die Stadt erteilt dem Komponisten Hans Werner Henze den Auftrag, für die Eröffnung der Richard-Kaselowsky-Kunsthalle ein Klavierkonzert zu komponieren.
10. Der neuernannte Landgerichtspräsident Karl Neuhaus von Justizminister Dr. Dr. Neuberger in sein Amt eingeführt.
12. Bielefelder Einwohnerkartei auf Lochkarten aufgenommen.
13. Erweiterungsbau des Ratsgymnasiums vom Hauptausschuß beschlossen.
17. Bau des Hallenbades Brodhagen beschlossen.
20. Bau des Aufbau- und Verfügungszentrums der Universität Bielefeld an der Jakob-Kaiser-Straße beschlossen.

Dr. med. habil Wolfgang Jacob zum Chefarzt des Langzeitkrankenhauses auf dem Gelände des Johannisstiftes berufen.

1 800 junge Polizeibeamte auf dem Kesselbrink feierlich vereidigt.

22. 50jähriges Bestehen des Bauernhausmuseums.
25. Oberstudiendirektor Dr. Wolf vom Max Planck-Gymnasium tritt in den Ruhestand.

Übergabe des von der Elternschaft des Ceciliengymnasiums gestifteten Brunnens.

A u g u s t

8. Bauminister Dr. Kohlhase besichtigt das Bauvorhaben "Neue Heimat" in Schildesche.

29. Vollautomatischer Fernsprechverkehr mit dem Ausland in Betrieb genommen.

S e p t e m b e r

1. Großfeuer bei der Firma Gassel, Reckmann & Co.
10. "Tag der Heimat", Treffen der Kreisvereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften in Bielefeld.
11. Blindgänger beim Bau der Ustrab entdeckt und von Cheffeuerwerker Ulmer entfernt.
16. Grundsteinlegung auf der größten Baustelle in Bielefeld, dem Fernmeldeamt.
- 18.-23. Französische Woche in Bielefeld unter Beisein des franz. Botschafters Francois Seydoux de Clausonne.
20. Erstes kommunales Gasnetzwerk in Bielefeld, Überwachungsstelle der Bielefelder Gasversorgung.
21. Oberin Lodewig vom Johanniskrankenhaus tritt in den Ruhestand. Die neue Oberin Eberhard in ihr Amt eingeführt.
28. Rektor Friedrich Oberschelp wird anlässlich des 35jährigen Bestehens des Bielefelder Kinderchors die goldene Stimmgabel verliehen.

O k t o b e r

1. Fest des 100jährigen Bestehens von Bethel; eine Woche lang verschiedene Feierlichkeiten.
4. 5 000. Wohnung der "Freien Scholle" auf dem Bültmannshof bezugsfertig.
5. Wüstenrot weiht die 25. Wohnsiedlung im Raum Bielefeld-Stadt und -Land ein.
10. Ratsherr Hermann Fischer, SPD, im Alter von 54 Jahren plötzlich verstorben.
16. Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor werden vom Rat ermächtigt, mit Landkreisingemeinden wegen Raumplanung zu verhandeln.
17. Prof. Dr. Nis-Peter Biehl zum neuen Dekan der Päd. Hochschule Bielefeld gewählt.
Wirbelsturm richtet erheblichen Schaden in der Stadt an.
21. Dürkopp-Werke feiern 100jähriges Jubiläum.
27. Informationsbesuch des Arbeits- und Sozialministers Figgen in Bielefeld.
25jähriges Bestehen der Landeshauptmann-Salzman-Schule.

N o v e m b e r

2. Bundesminister a.D. Scheel spricht im Gildehaus über Entwicklungshilfe.
4. Die Universitätsverwaltung nimmt ihren Betrieb auf.
6. Klaus Schwickert zum neuen Landrat des Landkreises Bielefeld gewählt, Frau Landrat Else Zimmermann tritt zurück.
8. Richtfest beim Erweiterungsbau des Landgerichts.
15. Dr. Dr. Revermann, städt. Kulturdezernent, nach Wuppertal berufen.

Die Stadt sichert sich das Vorkaufsrecht für das gesamte Universitätsgelände.

Arbeits- und Sozialminister Figgen eröffnet das Institut für Dokumentationen über Sozialmedizin.

25. Bundesminister Wischnewsky spricht in Bielefeld über "Deutschland im Übergang, Sozialdemokratische Politik, Dienst am ganzen Volke".
28. Die Stadtwerke beschließen, mit der Einführung der Mehrwertsteuer die Preise für Strom, Gas, Wasser und Fernheizung zu erhöhen.
29. Der neue Leiter des Max-Planck-Gymnasiums, Oberstudiendirektor Wilhelm Butenholz, wird in sein Amt eingeführt.

Landesbischof Lilje spricht auf dem Elternabend des Cecilien-gymnasiums.

D e z e m b e r

1. Neuer Leiter der Bank für Gemeinwirtschaft Direktor Dipl.-Kaufm. Karl-Heinz Schmidt, Nachfolger von Direktor Jürgen Volhardt, der nach Berlin versetzt ist.
Sparkassendirektor Hans Heidbrede als neues Vorstandsmitglied der Stadtparkasse in sein Amt eingeführt.
3. Feierliche Wiedereröffnung der restaurierten Neustädter Marienkirche.
5. Frau Friedelind Wagner inszeniert eine Lohengrin-Aufführung am Bielefelder Stadttheater.
7. Generalleutnant Sir John Mogg, Kommandeur des 1. (BR.) Corps verläßt Bielefeld.
10. Einmannbetrieb mit "eisernem Schaffner" wird auf der Straßenbahnlinie 2 eingeführt.
11. Mit Ablauf des Jahres ist die Hälfte aller am Bültmannshof geplanten Wohnungen fertiggestellt.
13. Die "Bielefelder Gemeinnützige" kauft 13 Hektar großen Baugrund von Kleine-Wortmann, Heepen, als künftiges Industriegelände.

18. Einweihung des Altenwohnungs- und Altenpflegeheimes des Wilhelm-Augusta-Stiftes.
20. Stadt Bielefeld und Gadderbaum einigen sich über die Bildung eines gemeinsamen Schulbezirks der bisherigen Martinschule und Gadderbaumer Schule als Hauptschule in Form einer Gemeinschaftsschule.

Verstorbene Dienstkräfte der Stadt

Name	Vorname	Todestag	Dienstbezeichnung	Stadtamt
Dipl.-Ing. Blumenberg	Wilhelm	28. 1.1967	Oberchemierat	Städt. Untersuchungsamt
Rogat	Hans-Gerd	15. 5.1967	Verw.-Angest.- Lehrling	Personalamt
Höwelkröger	Heinrich	27. 6.1967	Hausverwalter	Ordnungsamt
Kramme	Elfriede	11.10.1967	Wartefrau	Bauverwaltungsamt
Möller	August	22.10.1967	Kraftfahrer	Hauptamt
Nitsche	Ewald	16.11.1967	Müllwerker	Straßenreinigungs- u. Fuhramt
Wunsch	Bruno	24.11.1967	Schneider	Städt. Bühnen

Rat der Stadt

=====

Am 19.2.1967 starb Ratsherr Emil Groß (SPD), der vom 21.1.1946 an ununterbrochen Mitglied des Rates war. An seine Stelle rückte von der Reserveliste der SPD Ratsherr Bernhard Heermann nach.

Am 10.10.1967 starb Ratsherr Hermann Fischer (SPD), der dem Rat seit dem 19.3.1961 angehörte. An seine Stelle trat von der Reserveliste Ratsherr Heinz Hunger.

Der Rat der Stadt faßte in 13 Sitzungen 487 Beschlüsse und wurde während dieser Sitzungen durch 20 Mitteilungen bzw. Berichte über die Angelegenheiten der Stadtverwaltung unterrichtet.

Der Hauptausschuß faßte in 14 Sitzungen 77 Beschlüsse. Er wurde durch 37 Mitteilungen bzw. Berichte über Angelegenheiten der Stadtverwaltung informiert.

Die Zahl der Sitzungen der Ratsausschüsse betrug im Jahre 1967:

Hauptausschuß	14	Sozialausschuß	5
Personalausschuß	13	Jugendwohlfahrtsausschuß	8
Rechnungsprüfungsausschuß	2	Sportausschuß	8
Finanzausschuß	12	Gesundheitsausschuß	6
Grundstücksausschuß	10	Vertriebenenausschuß	3
Rechtsausschuß	4	Bauausschuß	25
Gewerbe- u. Feuerwehr- ausschuß	2	Wohnungsausschuß	2
Verkehrsausschuß	6	Ausschuß für die Ver- gabe v.künstl.Arbeiten	2
Schulausschuß	20	Garten- u. Friedhofs- ausschuß	8
Kulturausschuß	6	Werksausschuß Gärtnerei Senefriedhof	5

Durch den Bundespräsidenten wurden 3 Ehrenpatenschaften übernommen.

Die Stadt überreichte - auch im Namen der Landesregierung - Glückwunschkunden und Präsente anlässlich von 55 Goldenen Hochzeiten, 13 Diamantenen Hochzeiten und 2 Eisernen Hochzeiten.

Sie gratulierte 115 Bürgern zum 90., 23 Bürgern zum 95., 7 Bürgern zum 96., 3 Bürgern zum 97., 2 Bürgern zum 98., 1 Bürger zum 99. Geburtstag und verteilte Weihnachtsgaben an 295 Bürger, die 90 Jahre und älter waren.

In das Goldene Buch der Stadt trugen sich ein:

am 10. April 1967 die Mitglieder einer Delegation aus der
Schwesterstadt Rochdale

am 21. April 1967 Mr. George C. McGhee
Amerikanischer Botschafter in Bonn

am 15. September 1967 M. Francois Seydoux de Clausonne
Französischer Botschafter in Bonn.

Hauptamt

=====

Dezernent: Oberstadtdirektor Heinz-Robert K u h n

Amtsleiter: Stadtoberamtmann Rudolf K o h l m a n n

Zahl der Dienstkräfte: 12 Beamte

22 Angestellte

5 Arbeiter

Folgende Dienststelle bzw. Einrichtungen zogen im Berichtsjahr um:

Städt. Untersuchungsamt von Goldbach 3

in den Neubau Oststr. 55 (Jakobuskirchplatz)
am 18. und 19. Mai 1967

Jugendmusikschule e.V. von Artur-Ladebeck-Str. 7

in das städt. Gebäude Goldbach 3
am 18. April 1967

(im städt. Gebäude Artur-Ladebeck-Str. 7
befindet sich nur noch die Erziehungsbera-
tungsstelle der Arbeiterwohlfahrt)

Hauptamt, Organisationsabteilung, Datenerfassung (Lochkartenerstellung)

von Niederwall 19
in das Rathaus (Dachgeschoß)
am 20. Juni 1967

Einwohnermeldeamt, Arbeitsgebiete Einwohnerlochkartenkartei, Paß- und
Personalausweiswesen, Staatsangehörigkeitsan-

gelegenheiten und Ausländerabteilung
aus den Gebäuden Niederwall 17 und 19
in das angemietete Gebäude Brunnenstr. 11
am 21. und 22. Juni 1967

Steueramt

vom Rathaus (Erdgeschoß)
in die Gebäude Niederwall 17 und 19
(in denen bereits die Grundsteuerabteilung
untergebracht war)
am 27. Juli 1967

Teile des Sozialamtes

aus verschiedenen Räumen im Rathaus (bzw. des
Altbaues Viktoriastr. 2)
in das Erdgeschoß des Rathauses
am 12. und 13. Juli 1967
(die Altbauten Viktoriastr. 2 und 4 wurden
anschließend für den Neubau "Fernsprechzentrale"
abgebrochen)

Stadtkasse - Überweisungsabteilung -
vom Altbau Viktoriastr. 2
in das Erdgeschoß des Rathauses (nach Umbauten)
am 24. Juli 1967

Vermessungs- und Katasteramt, Arbeitsgruppe Kartenerneuerung,
vom Gebäude der Volksbank, Friedrich-Ebert-Str. 14
und Berechnungsgruppe
aus dem Gebäude des Vermessungs- und Kataster-
amtes, Brunnenstr. 9
in das Gebäude Niederwall 17
am 30. August 1967

Im Gebäude Niederwall 17 wurde außerdem ver-
suchsweise ein Kleincomputer (LGP 21) installiert
(techn. Berechnungen).

Der Buchbestand der Verwaltungsbücherei betrug am 31.12.1967 = 17 026
Bände (einschl. Zeitschriftenbände), von denen 9 462 in den Handbü-
chereien standen. Durch eine Überprüfung gelang es, die Anzahl der zu
beschaffenden Zeitschriften und Loseblattsammlungen zu verringern und
damit die Kosten erheblich zu senken.

Die Zahl der Mitgliedschaften der Stadt in Verbänden und Vereinen ging
wieder auf 76 zurück; an Beiträgen wurden 87 012,96 DM gezahlt.

Im Berichtsjahr spendete die Stadt je 10 000 DM für:

Ausbau der Beschäftigungstherapieräume des Hauses Ophra der Anstalt
Bethel (aus Anlaß des 100. Jahresfestes der Anstalt Bethel),

Aktion der von Bodelschwingschen Anstalten zur Linderung der Not
der jordanischen Bevölkerung,

Linderung der Not der israelitischen Bevölkerung.

Die Aufbauarbeiten der "Aktion Sühnezeichen" in Israel wurde außerdem
durch 6 000 DM unterstützt. Mit diesem Betrag wurde zu den Lebenshaltungs-
kosten eines jungen Bielefelder Ehepaars beigetragen, das an der Auf-
bauarbeit teilnahm.

Aus Anlaß des Europatages (5. Mai) wurde am Rathausgiebel erstmals die
Europaflagge gehißt.

Den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland erhielten:

Datum	Name	Beruf	Verliehene Stufe des Verdienstordens
13. 3.1967	Lüdemann, Wilhelm	Studienrat a.D.	Verdienstkreuz am Bande

4. 4.1967	Greiffenhagen, Hermann, Dipl. Kfm	Steuerberater, Wirtschafts- prüfer	Großes Verdienstkreuz
11.4. 1967	Schnepfe, Moritz	Fabrikant	Verdienstkreuz 1. Kl.
30. 4.1967	Blöink, Josef	Pfarrer	Verdienstkreuz 1. Kl.
30. 8.1967	Weeke, Luise	Säuglings- schwester	Verdienstkreuz am Bande
24.10.1967	Käsler, Karl	Kaufmann	Verdienstkreuz am Bande

Folgende Lebensretter wurden geehrt:

Datum	Name	Beruf	Art der Ehrung
24.10.1967	Wahner, Helmut	Lehrling	Anerkennung der Stadt Bielefeld
16.12.1967	Hauptmeier, Hans-Heinrich	Schüler	Rettungsmedaille
16.12.1967	Grünfeld, Detmar	Schüler	Rettungsmedaille

Auch im Jahre 1967 wurden mehrere Dienstanweisungen herausgegeben, die mit dazu beitragen sollen, den Verwaltungsablauf zu rationalisieren.

Es wurden erlassen und 1967 veröffentlicht:

Die Neufassung der Dienstanweisung für das Entleeren der Parkuhren vom 24.11.1966 (VMitt 1967 S. 2),

Dienstanweisung für den Bereitschaftsdienst in der Stadt Bielefeld vom 26.1.1967 (VMitt 1967 S. 29),

Dienstanweisung über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bielefeld und den Stadtwerken Bielefeld GmbH vom 7.4.1967 (VMitt 1967 S. 61),

Dienstanweisung für die Bearbeitung von Anzeigen nach § 29 c StVZO vom 18.10.1967 (VMitt 1967 S. 122).

Nachdem die Umstellung der nach Straßen geordneten Einwohnerplatteln (Adrema) auf das Lochkartenverfahren am 30.6.1967 abgeschlossen worden war, wurde die Adrema-Abteilung aufgelöst; alle Aufgaben, die bisher

mit der Einwohner-Plattei ausgeführt wurden, werden vom 1.7.1967 an vom Arbeitsabschnitt "Einwohner-Lochkarten-Kartei" des Einwohnermeldeamtes wahrgenommen. Lediglich die Sonderplatteien müssen bis auf weiteres noch geführt werden, sie wurden von der Zentralen Vervielfältigungsstelle des Hauptamtes übernommen. 6 von insgesamt 8 Stellen der Adrema-Abteilung wurden eingespart.

Infolge Arbeitsrückganges sowohl in der Kriegsschadenrenten-Abteilung als auch in der Hausratentschädigungs-Abteilung des Ausgleichsamtes wurde die letztgenannte Abteilung unter Einsparung von Stellen aufgelöst; die Restaufgaben auf dem Gebiete der Hausratentschädigung wurden der Kriegsschadenrenten-Abteilung übertragen.

Das Ausgleichsamt ist nunmehr wie folgt gegliedert (Verfügung des Hauptamtes vom 6.1.1967 - 10 41 552 - VMitt 1967 S. 26):

- 55.0 Verwaltungs- und Rechnungsabteilung
- 55.1 Kriegsschadenrenten-Abteilung
- 55.3 Hauptentschädigungs-Abteilung
- 55.4 Feststellungs-Abteilung

In zwei weiteren Schulneubauten wurde die wirtschaftliche Feuchtwischmethode eingeführt. Ohne daß von den Putzfrauen eine körperliche Mehrbelastung gefordert werden muß, wurden dadurch jährlich Reinigungskosten in Höhe von mehreren Tausend DM eingespart.

Das Hauptamt ist seit Jahren bestrebt zu erreichen, daß in der Verwaltung Vordrucke benutzt werden, die den Regeln einer schreibgerechten Gestaltung entsprechen. Vordrucke haben für die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungsbetriebes eine große Bedeutung. Jede Vordruckneubestellung wird daher zunächst vom Hauptamt dahingehend geprüft, ob die Vorschriften der Vordruck-Dienstanweisung vom 5.4.1961 beachtet worden sind. Im Jahre 1967 wurden von allen Zweigen der Verwaltung insgesamt 1224 Vordruckarten bestellt.

Presse- und Verkehrsreferat
=====

Dezernent: Oberstadtdirektor Heinz-Robert K u h n

Leiter: Verkehrsdirektor und Pressereferent Josef F u c h s

Zahl der Dienstkräfte: 4 Angestellte

Die Öffentlichkeitsarbeit des Pressereferats erforderte tagtägliche Fühlungsnahme mit den Redaktionen der Lokalzeitungen, mit den Presseagenturen sowie Rundfunk- und Fernsehanstalten. Diese erstreckte sich u.a. auf die Erteilung von Auskünften, auf die Vermittlung von Informationsgesprächen mit den Dienststellen der Stadtverwaltung und Übersendung von schriftlichen Meldungen und Berichten. In 79 Pressekonferenzen hatten die Vertreter der Presse Gelegenheit, sich über Einzelheiten des kommunalpolitischen Geschehens zu unterrichten. Besichtigungen von städtischen Einrichtungen, Bauvorhaben u.a. vermitteln anschauliche Informationen über die Entwicklung der Stadt. Der tägliche Zeitungsausschnittdienst wertete die Zeitungen für die Dienststellen der Stadtverwaltung aus. Das Jahr 1967 war gekennzeichnet durch die Pressekonzentration, die sich auch auf Bielefeld auswirkte. Aus der FREIEN PRESSE und der WESTFÄLISCHEN ZEITUNG wurde durch Zusammenschluß die NEUE WESTFÄLISCHE. Eine Arbeitsminderung war hiermit für das Presse- und Verkehrsreferat nicht verbunden.

Die Fremdenverkehrsarbeit wurde weiter intensiviert. Bei rd. 70 Tagungen wurden die örtlichen Vorarbeiten geleistet und beim Ablauf Hilfe geboten. Für zahlreiche Besuchergruppen wurden Programme erarbeitet, Betriebsbesichtigungen und Stadtführungen ermöglicht. Die protokollarische Tätigkeit für Empfänge und sonstige repräsentative Veranstaltungen nahm weiter zur. Höhepunkt war hierbei die "Französische Woche" vom 15. bis 23. September, für deren Vorbereitung und Ablauf die Federführung beim Presse- und Verkehrsreferat lag. Besondere Bedeutung kam auch der Programmgestaltung für die Besuche des amerikanischen und französischen Botschafters zu. Die freundschaftlichen Beziehungen der Stadt zu den Dienststellen des 1. Britischen Corps erforderte eine enge Zusammenarbeit. Höhepunkte waren hierbei eine britische Musikparade, ein Deutsch-Britisches Sportfest und die Abschiedsveranstaltungen für General Mogg. Die englische Partnerstadt Rochdale

entsandte eine offizielle Delegation, für die ein Besuchsprogramm vorzubereiten und abzuwickeln war.

Mehr und mehr wirkte sich die Errichtung der Universität auf den Arbeitsanfall durch zahlreiche Hilfeleistungen bei Veranstaltungen und anderen Anlässen aus.

Personalamt

=====

Dezernent: Oberstadtdirektor Heinz-Robert K u h n

Amtsleiter: Städt. Verwaltungsrat Walter N ö l k e

Zahl der Dienstkräfte: 24 Beamte

28 Angestellte

1 Arbeiter

Im Berichtsjahr bereitete die Besetzung freiwerdender Stellen - von Ausnahmen abgesehen - nicht mehr so große Sorgen wie in den Vorjahren, da die Stellenausschreibungen erfolgreicher als in den letzten Jahren waren.

Nach wie vor wird auf eine rechtzeitige Nachwuchsplanung der größte Wert gelegt. Als Nachwuchskräfte wurden am 1.4.1967 eingestellt:

8 Stadtinspektor-Anwärter(innen),

1 Verwaltungspraktikant,

7 Stadtassistent-Anwärter(innen) und

3 Stenotypistin-Anlernlinge.

Das Interesse der Schulabgängerinnen an einer Ausbildung als Stenotypistin ist von Jahr zu Jahr geringer geworden.

Die Studienfahrten, die in den zurückliegenden Jahren mit den Nachwuchskräften durchgeführt wurden, sind aufgegeben worden. An deren Stelle sind Bildungswochen getreten, die in Zusammenarbeit mit der "Stätte der Begegnung" auf dem Jugendhof in Vlotho veranstaltet werden. Die ersten Freizeiten dieser Art wurden im Herbst und Winter des Berichtsjahres mit gutem Erfolg durchgeführt.

Das 25jährige Dienstjubiläum begingen 49 und das 40jährige Dienstjubiläum 10 Dienstkräfte; 1 Dienstkraft erreichte das seltene 50jäh-

rige Dienstjubiläum. Die verbilligte Erholungsfürsorge beschränkte sich im Berichtsjahr auf die Pension in Bühlertal im Schwarzwald. An ihr beteiligten sich 174 Dienstkräfte.

Die beantragten Beihilfen blieben im Rahmen der im Haushaltsplan dafür vorgesehenen Mittel, so daß Nachbewilligungen nicht notwendig waren.

36 Dienstkräften wurde ausreichender Wohnraum vermittelt.

Statistisches Amt und Wahlamt
=====

Dezernent: Oberstadtdirektor Heinz-Robert K u h n

Amtsleiter: Stadtamtmann Eduard W e b e r (ab 1.8.1966)

Zahl der Dienstkräfte: 2 Beamte

3 Angestellte

Die Tabellen im Monatsbericht der "Bielefelder Statistik" wurden in Angleichung an die in der Städtestatistik vorherrschende Form in ihrer äußeren Gestalt geändert. Die meisten Tabellen sind dadurch übersichtlicher geworden; außerdem braucht der Aufbau nicht mehr umgestaltet zu werden, wenn sich beim Inhalt Änderungen ergeben.

In den Bericht neu aufgenommen wurden Daten über: Aufgliederung der Bevölkerung nach Deutschen und Ausländern, Bevölkerungsdichte, Erkrankte an Tuberkulose, wirtschaftliche Tuberkulose-Hilfe, Sozialversicherung (Anträge auf Versichertenrente), Wohngeld, Arbeitslose und offene Stellen.

Die Einteilung des Stadtgebiets in Statistische Bezirke wurde im Einvernehmen mit der Abteilung Stadtforschung des Planungsamtes geändert, da die unterschiedliche Struktur, besonders die unterschiedlichen Funktionen der einzelnen Stadtteile im Gesamtgefüge der Stadt in der bisherigen Gliederung nur unzureichend zum Ausdruck kamen. Der Sinn einer Gebietsgliederung für statistische Zwecke liegt aber gerade darin, daß solche Unterschiede klar herausgestellt werden. So bilden jetzt die City als Geschäfts- und Verkehrszentrum, der Teutoburger Wald als Erholungsgebiet, Industrie- und Wohngebiete eigene Statis-

tische Bezirke, während früher verschiedenartige Gebiete häufig in einem Bezirk zusammengefaßt waren. Leider haben derartige Änderungen den Nachteil, daß die zeitliche Vergleichbarkeit beeinträchtigt wird. Dies muß aber in Kauf genommen werden, soll die Gliederung gegenwärtige, nicht vergangene Zustände widerspiegeln.

Die Anzahl der Statistischen Bezirke erhöhte sich von 14 auf 21. Als Namen wurden in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Bezeichnungen gewählt, die in Bielefeld gebräuchlich sind und Rückschlüsse auf die Lage des Bezirks im Stadtgebiet zulassen.

Statistische Daten für die neuen Statistischen Bezirke werden ab 1968 anfallen; u.a. werden die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 nach der neuen Gebietsgliederung aufbereitet.

Ebenfalls im Berichtsjahr wurde mit den Vorarbeiten für die kleinräumige Gliederung des Stadtgebiets begonnen. Statistische Daten sind für Zwecke der Stadtentwicklung und Stadtplanung nur von Wert, wenn sie sich auf sehr kleine Gebietseinheiten beziehen. Das bisherige Verfahren, statistische Daten, insbesondere Zählungsergebnisse, regional nur bis hinunter zu den Statistischen Bezirken aufzubereiten, wurde deshalb - vor allem von den Großstädten - als unbefriedigend empfunden.

Das Statistische Jahrbuch 1965 wurde im Februar herausgegeben. Im Dezember wurde die in Großstädten sich alle zwei Jahre wiederholende Viehzählung durchgeführt.

Finanzverwaltungsamt

=====

Dezernent: Stadtdirektor Dr. Georg G ö c k l e r

Amtsleiter: Städt. Verwaltungsrat Heinrich K o c h

Zahl der Dienstkräfte: 12 Beamte

(ohne Abteilung 3 Angestellte
für Wirtschaft)

Finanz- und Haushaltsabteilung

Der vom Oberstadtdirektor am 31.8.1966 festgestellte Entwurf des

Haushaltsplanes 1967 lag gemäß § 86 Abs. 3 GO in der Zeit vom 19. bis 26.9.1966 öffentlich aus. Von dem Recht der Einsichtnahme machten 9 Personen Gebrauch, Einwendungen wurden nicht erhoben.

In der Haushaltsrede vom 28.9.1966 vor dem Rat nannte der Stadtkämmerer den Planentwurf 1967

"einen Haushalt der weiteren Kürzungen und des Verzichts",

da von den Anforderungen der Ämter im ordentlichen Haushaltsplan über 7 Mio DM und im außerordentlichen Haushaltsplan über 13 Mio DM nicht berücksichtigt werden konnten. Der Haushaltsausgleich konnte nur durch Zurückstellung von Ausgaben und Erhöhungen der Benutzungsgebühren und -entgelte, insbesondere der Müllabfuhrgebühren (Anhebung um 30 %), als Folge der gestiegenen Kosten erreicht werden.

Die von der Deutschen Bundesbank im Jahre 1966 ausgelösten Restriktionsmaßnahmen hatten negative Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft, so daß sich eine allgemeine Verknappung auf dem Geldmarkt und eine spürbare wirtschaftliche Rezession im Laufe des Jahres 1966 abzeichneten.

Der Haushaltsplan 1967 war daher gekennzeichnet durch
noch anhaltende Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Darlehen auf dem Kapitalmarkt,
ein Ansteigen der zwangsläufigen Mehrausgaben, insbesondere der persönlichen Ausgaben um 3,2 Mio DM,
eine erheblich geringere Steigerung der Steuereinnahmen.

Nach Beratungen in den Fachausschüssen befaßte sich der Finanzausschuß mit dem Haushaltsplan.

Es wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- das Haushaltsvolumen wurde um 0,5 Mio DM ausgeweitet, wenn man den vom Land erstatteten Schuldendienst aus dem Ankauf des Universitätsgeländes in Höhe von 1,3 Mio DM aussondert;
- die Anteilsbeträge wurden um 1,0 Mio DM gekürzt;
- die Darlehnsaufnahmen des außerordentlichen Haushalts wurden infolge der gekürzten Anteilsbeträge erhöht.

Der Rat der Stadt verabschiedete die Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan einstimmig am 11.1.1967. Der Haushaltsplan war in den Reinein-

nahmen und Reinausgaben festgesetzt

im ordentlichen Haushalt auf 163 787 700,- DM,

im außerordentlichen Haushalt auf 42 943 000,- DM.

Das Volumen des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts lag um 3,1 % über dem Vorjahreshaushalt, wenn die durchlaufenden Beträge unberücksichtigt bleiben.

Nach Verabschiebung der Haushaltssatzung 1967 haben der Bund die Richtlinien über die Verteilung der Mineralölsteuer zugunsten des Verkehrsausbaus der Gemeinden und das Land das Finanzausgleichsgesetz 1967 erlassen. Hierdurch ergaben sich finanzielle Verbesserungen für die Stadt durch höhere Zuschüsse für den Straßenbau und eine höhere Schlüsselzuweisung durch Verbesserung des Hauptansatzes. Andererseits waren unabweisbare über- und außerplanmäßige Ausgaben zu leisten. Die Maßnahmen des außerordentlichen Haushalts konnten um das Tunnelbauwerk der Herforder Straße (1. Rate), das aus Mineralölsteuermitteln gefördert wurde, erweitert werden.

Die sich ergebenden Veränderungen waren so erheblich, daß der Erlaß einer Nachtragshaushaltssatzung erforderlich wurde. Sie wurde vom Rat am 19.7.1967 verabschiedet. Die Reineinnahmen und Reinausgaben erhöhten sich dadurch im ordentlichen Plan um 1 476 000,- DM auf 165 263 700,- DM und im außerordentlichen Plan um 1 837 000,- DM auf 44 780 000,- DM.

Im Laufe des Rechnungsjahres wurden vom Rat nach vorheriger Empfehlung durch die Fachausschüsse und den Finanzausschuß folgende Nachbewilligungen für unabweisbare über- und außerplanmäßige Ausgaben ausgesprochen:

153 Nachbewilligungen im ordentlichen Haushalt mit 2,6 Mio DM und
12 Nachbewilligungen im außerordentlichen Haushalt mit 6,4 Mio DM,
die aus Rücklagen bestritten wurden.

Aus Verstärkungsmitteln wurden an 102 Haushaltsstellen des ordentlichen Haushaltsplanes 151 860,12 DM im Wege der Haushaltssollübertragungen zugeführt.

Die Rechnung des ordentlichen Haushalts ergab einen Soll-Überschuß von 1,3 Mio DM, während die Ist-Rechnung, in der den geflossenen Einnahmen die geleisteten Ausgaben gegenübergestellt werden, mit einem Fehlbetrag von 0,5 Mio DM abschloß. Im Vergleich zum Voranschlag

wurden 3,4 Mio DM = 8,7 % Mehreinnahmen erzielt, denen 2,1 Mio DM Mehrausgaben gegenüberstanden.

Die Rechnung des außerordentlichen Haushalts schloß wie folgt ab:

	Ansatz einschl. Nachtrag	Rechnung
Einnahmen	44 780 000 DM	42 617 424 DM
Ausgaben	44 780 000 "	39 658 699 "
Überschuß	-	2 958 725 "

Die Kredite des Jahres 1967 wurden bis auf einen Betrag von rd. 1,3 Mio DM, der als zinsgünstiges Landesdarlehen beschafft werden konnte, bei den örtlichen Sparkassen und bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder aufgenommen.

Der Schuldendienst betrug für das Jahr 1967 (in 1000 DM):

Zinsen für äußere Darlehen	4 820	(4 350)
Tilgung für äußere Darlehen einschl. Zuführung an die gesetzl. Tilgungsrücklage	6 209	(6 365)
Schuldendienst für die äußeren Darlehen zus.	11 029	(10 715)
Zinsen für innere Darlehen	525	(554)
Tilgung für innere Darlehen	4 983	(4 032)
Schuldendienst für innere Darlehen zus.	5 508	(4 586)
Schuldendienst für äußere und innere Darlehen insgesamt	16 537	(15 301)

Die Schulden der Stadt haben sich wie folgt entwickelt (in 1000 DM):

	Schuldenstand beim Rechn.- Abschluß 1966	Zugang 1967	Tilgung 1967	Schuldenbe- stand beim Rechn.-Ab- schluß 1967
Gesamtschulden	139 616	7 975	14 636 ¹⁾	132 955 ¹⁾
dav. für Stadtwerke GmbH	26 690	-	2 339	24 351
	112 926	7 975	12 297 ¹⁾	108 604 ¹⁾
1) abzgl. kurzfristiges Darlehen z. Vorfinanzierung d. Universitätsgeländes	17 100	-	1 105	15 995 ²⁾
Stadt allein	95 826	7 975	11 192	92 609
davon				
Äußere Schulden	84 148	5 820	6 209	83 759
Innere Schulden	11 678	2 155	4 983	8 850

2) am 15.3.1968 außerplanmäßig getilgt

Die äußere Verschuldung der Stadt betrug am 31.12.1967 = 86,224 (84,100) Mio DM (einschl. der genehmigten, aber noch nicht ausgezahlten Darlehen 1967 in Höhe von 2,465 Mio DM). Die Schulden betragen somit je Einwohner 505,35 (493,18) DM.

Die Vermögensrechnung der Stadt, die das Vermögen mit Ausnahme der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze enthält, schloß wie folgt ab (in 1000 DM):

Verm. Gruppe	Vermögensart	Bestand am 31.12.1966	Zugang 1967	Abgang 1967	Bestand am 31.12.1967
1	Verwaltungsvermögen	266 861	26 937	20 053	273 745
2	Betriebsvermögen	59 733	2	-	59 735
3	Finanzvermögen	224 656	17 466	15 175	226 948
4	Rücklagen	52 448	24 018	19 680	56 786
5	Stiftungsvermögen	183	40	61	163
Summe (einschl. Stadtwerke)		603 882	68 463	54 969	617 375
Schulden (einschl. Stadtwerke)		139 616	7 975	14 636	132 955
Reinvermögen ohne Sondervermögen		464 266	60 488	40 334	484 421

Das Reinvermögen erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 20 154 716 DM.

Von dem Rücklagenbestand in Höhe von 56,8 Mio DM waren 8,8 Mio DM als Innere Darlehen in Anspruch genommen, so daß sich der tatsächliche Rücklagenbestand auf 48,0 Mio DM belief, der mit 43,1 Mio DM auf Sparbüchern und mit 4,9 Mio DM in Wertpapieren angelegt worden war.

Von dem Betrag in Höhe von 48,0 Mio DM entfielen auf

Pflichtrücklagen	9,0 Mio DM
Gebührenausgleichs-, Steuerausgleichs-, Tilgungs- und Bürgschaftssicherungsrücklagen	5,0 " "
Erneuerungsrücklagen	3,5 " "
Erweiterungs-, Sonder- und andere Rücklagen (einschl. 4,7 Mio DM für Kunsthalle)	30,5 " "
	<hr/>
zus.	48,0 Mio DM

Im Berichtsjahr übernahm die Stadt Bürgschaften in Höhe von 14,9 Mio DM für die Stadtwerke Bielefeld GmbH, wie folgende Übersicht zeigt (in 1000 DM):

	Bestand am 31.12.1966	Zugang 1967	Abgang 1966	Bestand am 31.12.1967
Wohnungsbau	413	-	13	400
Sonstige	3 210	-	164	3 047
Stadt allein	3 623	-	177	3 446
Stadtwerke Bielefeld	40 195	14 929	1 684	53 440
insgesamt	43 818	14 929	1 861	56 886

Hypothekenabteilung

Zur Spitzenfinanzierung von Mietwohnungen gewährte die Stadt für 429 Wohnungseinheiten Wohnungsbaudarlehen von insgesamt 1 677 900 DM.

Darin enthalten sind Altenwohnungen sowie Maßnahmen für Projektverdrängte und SBZ-Flüchtlinge. Zum überwiegenden Teil dienten die Förderungsmaßnahmen jedoch der Behebung akuter Wohnungsnotstände.

Für den Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen sowie zur Abdeckung von Mietvorauszahlungen wurden im Jahre 1967 an Bedienstete Darlehen nach den städt. Wohnungsfürsorgerichtlinien in einer Gesamthöhe von 228 050 DM bewilligt.

Außerdem wurden Darlehen in Höhe von 390 700 DM für Baumaßnahmen im öffentlichen Interesse an Körperschaften des öffentlichen Rechts und Private gewährt.

Stellplatzpflichtigen Bauherren wies die Stadt im gleichen Zeitraum 62 Stellplätze für Kraftfahrzeuge zu. Dafür waren nach den abgeschlossenen Verträgen insgesamt 229 500 DM zur anteiligen Finanzierung zu entrichten.

Abteilung für Wirtschaft

=====

Dezernent: Stadtdirektor Dr. Georg G ö c k l e r

Leiter: Dipl.-Kfm. Karl-Heinz P ä r s c h k e

Zahl der Dienstkräfte: 2 Beamte

22 Angestellte

1 Arbeiter

Wirtschaftsförderung

Einschließlich 15 Wirtschaftsförderungsfällen aus Vorjahren wurden im Berichtsjahr insgesamt 33 Anträge bearbeitet. In 6 Fällen wurden die Anträge zurückgenommen, in 6 weiteren Fällen (vier Grundstücksvermittlungen, ein Bauantrag und eine Förderung nach dem Landeskreditprogramm) konnte wirksame Unterstützung geleistet werden. Die am Ende des Jahres noch anhängigen 21 Fälle betrafen restlos Grundstücksvermittlungen, bei denen die Stadt trotz aller Bemühungen noch nicht helfen konnte, weil in den Verhältnissen Bielefelds, ausreichende Flächen für die gewerbliche Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, gegenüber dem Vorjahr keine Änderungen eingetreten sind. Nach wie vor sind die für die Ansiedlung oder Umsetzung von Gewerbebetrieben vorgesehenen Flächen auf dem Halhof und den nicht mehr benötigten Riesel-feldern von insgesamt 40 ha nicht verfügbar, weil die überörtlichen Planungen noch nicht abgeschlossen sind. Für die abgewanderten Industriebetriebe ergab sich durch die weitere Zunahme von Betrieben im Tertiärbereich ein gewisser Ausgleich.

Bei dieser Entwicklung zeigte sich die Notwendigkeit einer Gebietsreform besonders deutlich, weil die Stadt ohne den notwendigen gewerblichen Lebensraum ihren überörtlichen Funktionen und Aufgaben als Zentralort nicht gerecht werden und überörtlich wirksame Investitionen nicht durchführen und wirtschaftlich nutzen kann. Auch die dringend erforderliche Errichtung eines Nahverkehrsflugplatzes in Nagelsholz konnte im Berichtsjahr nicht weiter gefördert werden. Der Wirtschaftsbeirat der Stadt, der im Berichtsjahr zweimal tagte, hat sich eindeutig für die großräumige Lösung einer Gebietsreform und für die Errichtung des für den Wirtschaftsraum besonders notwendigen und vordringlichen Flugplatz in Nagelsholz ausgesprochen.

Die Befragung in sieben Bielefelder Großbetrieben über die Einführung einer Arbeitszeitstaffelung wurde nach Abschluß der im Vorjahr

begonnenen Vorbereitungen und Verhandlungen mit den Betrieben im Juli und August durchgeführt, wobei insgesamt 15 500 Fragebogen an die Firmen ausgegeben wurden. Die bis Ende des Berichtsjahres vorliegende Auswertung zeigte, daß sich bei einer an sich recht erfreulichen Beteiligung von 57 % der Befragten die Mehrheit (53 % ja, 34 % nein) zwar grundsätzlich für die Einführung einer Arbeitszeitstaffelung ausgesprochen und sich dadurch auch eine Verbesserung des Verkehrsablaufs versprochen hat, jedoch der Auffassung war, daß sich für den Arbeitsweg bei Einführung einer Arbeitszeitstaffelung keine Zeitersparnis erreichen ließe und daß (mit 56 % ja, 39 % nein) ihre derzeitige Arbeitszeit richtig festgesetzt sei.

Steuern und sonstige Abgaben

Durch das Umsatzsteuergesetz vom 29. Mai 1967 wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1968 die bisher geltende Allphasen-Brutto-Umsatzsteuer durch eine Allphasen-Netto-Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) mit Vorsteuerabzug ersetzt, wobei ein offener Steuerausweis auf den Belegen erforderlich wird. Die Abgrenzung der Steuerpflicht für die Körperschaften des öffentlichen Rechts wurde dem geltenden Körperschaftssteuerrecht angepaßt. Danach ist die Stadt nur noch im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art im Sinne des Körperschaftssteuergesetzes und im Rahmen ihrer land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe gewerblich oder beruflich tätig, wobei für letztere im Ergebnis eine Steuerpflicht nicht ausgelöst wird, weil den Umsätzen Vorsteuerbeträge in gleicher Höhe zugerechnet werden dürfen.

Die Vorbereitungen für die Umstellung auf das neue Umsatzsteuerrecht wurden im Berichtszeitraum in die Wege geleitet, die Ämter in die Problematik eingewiesen und Zweifelsfragen mit dem Finanzamt geklärt.

Einheitsbewertung

Die der Stadt zugeleiteten rd. 860 Erklärungsvordrucke für den städt. Grundbesitz zur Hauptfeststellung der Einheitswerte auf den 1.1.1964 konnten im Berichtszeitraum wegen umfangreicher und zeitraubender Einzelfeststellungen etwa nur zur Hälfte erledigt werden.

Vermietungen und Verpachtungen

Im Obergeschoß des Hallenbades am Kesselbrink wurde ein Erfrischungsraum eingerichtet. Er wurde gegen Ende des Berichtsjahres dem Pächter übergeben und war gut besucht.

Die Verpachtung der Cafeteria in der im Bau befindlichen Kunsthalle der Stadt wurde ausgeschrieben.

Im Fußgängertunnel am Jahnplatz wurde Anfang 1967 ein Fahrkartenverkaufs- und Informationsstand an die Stadtwerke Bielefeld GmbH vermietet.

Im Fußgängertunnel an der Alfred-Bozi-Straße/Stapenhorststraße wurde ein seit dem Vorjahr leerstehendes Ladenlokal an eine Schnellphotoautomaten-GmbH vermietet, die nach Umbau einen Schnellphotoautomaten und eine Persongenwaage installierte.

Mit dem Bau des Wirtschaftsgebäudes auf dem Kesselbrink, einem Ladenzentrum mit 17 Läden sowie einem Schalergebäude für die Bundesbahn und Bundespost, wurde im Berichtsjahr begonnen. Von den zahlreich eingegangenen Bewerbungen wurden die Mieter für folgende Branchen vorgesehen: Reformhaus, Blumen, Café, Foto-Drogerie, Porzellan und Keramik, Schuhreparaturwerkstatt, Zeitungen und Zeitschriften, Obst und Gemüse, chem. Reinigung, Friseur, Schuhverkauf, Uhren und Schmuck, Tabakwaren, Reisebüro, zwei Imbiß-Stuben sowie eine Zweigstelle der Stadtsparkasse.

Reisebüro

Der Konjunkturrückgang zeigte sich auch in der Entwicklung des Gesamtumsatzes, der gegenüber 1966 um 4,6 % abnahm. Bei den Hauptsparten ergaben sich - bezogen auf die Zahlen des Vorjahres - folgende Umsatzveränderungen:

DER-Geschäft (Fahrkarten, Fahrscheine u. ä.)	- 3,3 %
Flugpassagen	+ 7,5 %
Schiffspassagen	- 24,4 %
Touristik	- 7,2 %
Sonstiges	- 18,5 %

Daß der Umsatzrückgang nur konjunkturbedingt und nicht auf Bielefeld allein beschränkt ist, zeigt die Statistik der DER-Direktion, nach der das Reisebüro, gemessen am Umsatz, nach wie vor unter den ersten 50 von insgesamt über 650 DER-Büros des Bundesgebietes (einschl. Berlin/West) liegt.

Die trotz des allgemeinen Umsatzrückganges eingetretene Zunahme bei den Flugpassagen ist auf eine Strukturveränderung bei den Verkehrs-

trägern zurückzuführen. Vor allem über große Entfernungen und bei Geschäftsreisen wird das Flugzeug gegenüber den anderen Verkehrsmitteln bevorzugt.

Diese Tendenz und die in jedem Jahr zu verzeichnenden ständigen Schwankungen sind die Erklärung für die erneute erhebliche Abnahme bei den Schiffspassagen. Ein Teil des Rückgangs ist auch auf die Verlagerung von der Einzelschiffsreise zur Schiffstouristik zurückzuführen.

Dem Umsatzrückgang bei der Touristik lag eine wesentlich stärkere Abnahme der Personenanzahl zugrunde, die - soweit es sich um die Buchungen für die Reiseveranstalter TOUROPA, SCHARNOW und HUMMEL handelt - um 11,1 % unter der Vorjahresbeteiligung lag. Die demgegenüber relativ geringere Abnahme des Umsatzes hängt mit der größeren Beteiligung an der teureren Flug- und Schiffstouristik zusammen.

Stadtkasse

=====

Dezernent: Stadtdirektor Dr. Georg G ö c k l e r

Amtsleiter: Stadtoberamtmann Friedrich B e e r m a n n

Zahl der Dienstkräfte: 20 Beamte
(einschl. der Neben- 20 Angestellte
kasse d. Städt.Kran-
kenanstalten)

Der im Berichtsjahr weiter gestiegene Gesamtumsatz auf rd. 620 Mio DM entspricht der seit Jahren zu beobachtenden Entwicklungstendenz.

Als zusätzliche Aufgaben wurden die Kassengeschäfte der Jugendmusikschule e.V. Bielefeld sowie die Bearbeitung von rd. 3 000 Fällen übernommen, in denen Grundstückseigentümer zur Zahlung einer einmaligen Kanalanschlußgebühr herangezogen wurden.

Um etwa 15 % erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr sowohl die Summe der zu erledigenden Vollstreckungsaufträge als auch die der beigetriebenen Beträge.

Die Anzahl der im Stadtgebiet aufgestellten Parkuhrautomaten, für deren regelmäßige Entleerung die Stadtkasse zuständig ist, erhöhte sich inzwischen auf 1 349.

Steueramt
=====

Dezernent: Stadtdirektor Dr. Georg G ö c k l e r

Amtsleiter: Stadtoberamtmann Paul H u n k e

Zahl der Dienstkräfte: 26 Beamte

7 Angestellte

Grundsteuer

Die Hebesätze blieben unverändert. Das endgültige Jahressoll (Grundsteuer A und B) betrug 9 830 576 (9 096 458)DM.

Mit dem 1.4.1967 entfielen in 1 046 Fällen die vom 1.4.1957 an gewährten Steuervergünstigungen nach den Wohnungsbaugesetzen, da die zehnjährige Vergünstigungszeit am 31.3.1967 abgelaufen war. Infolge der Grundsteuervergünstigungen nach den Wohnungsbaugesetzen fielen 1 708 050 DM Grundsteuer aus. Dadurch erlitt die Stadt seit dem 1.4.1951 einen rechnungsmäßig nicht in Erscheinung tretenden Grundsteuerausfall von 21 126 327 DM.

Abgaben zur Deckung der Kosten der Müllabfuhr, Entwässerung und Straßenreinigung

Für die Erhebung der Müllabfuhrgebühren wurde die Satzung über die Kostendeckung der Müllabfuhr vom 7.12.1966 erlassen. Diese Änderung war erforderlich, weil die gleichzeitig erlassene neue Satzung über die Müllabfuhr (technische Satzung) erstmals die Verwendung von Großraumbehältern für die Müllabfuhr zuläßt. Hierfür mußte ein neuer Gebührensatz festgesetzt werden.

Außerdem mußten die Gebühren erhöht werden, weil das Gebührenaufkommen hauptsächlich wegen der seit 1963 stark gestiegenen Lohnkosten die Ausgaben des Gebührenhaushalts nicht mehr deckte.

Die Gebühren betragen pro Jahr bei wöchentlich zweimaliger Abfuhr

für ein 25-Liter-Gefäß 19,30 DM

für ein 35-Liter-Gefäß 27,00 "

für ein 50-Liter-Gefäß 38,60 "

Die Gebühr für ein Großraumgefäß mit 4 000 Liter Inhalt beträgt für eine Entleerung 29,65 DM.

Die Entwässerungsgebühren und die Straßenreinigungsgebühren wurden

nach den ortsrechtlichen Bestimmungen und den Gebührensätzen des Vorjahres erhoben.

Das endgültige Abgabesoll betrug:

bei der Entwässerung	2 749 235	(2 558 400) DM
bei der Müllabfuhr	1 779 207	(1 327 603) DM
bei der Straßenreinigung	674 547	(649 988) DM.

Gewerbsteuer

An Gewerbsteuer wurden im Berichtsjahr 44 596 538 (43 316 339) DM vereinnahmt, 2,9 (1,6) v.H. mehr als im Vorjahr. Die Veranlagung des Erhebungszeitraumes 1965 wurde fast vollständig abgeschlossen.

Es wurden nachgefordert für den Erhebungszeitraum

1965	=	5 823 119 DM
1964	=	1 753 660 "
1963	=	1 125 150 "
1962 u. früh.	=	90 988 "

Das Soll für die letzten fünf Erhebungszeiträume beträgt nunmehr (Stand 31.12.1967)

1963	=	35 578 306 DM
1964	=	38 874 683 "
1965	=	39 271 897 "
1966	=	36 518 597 "
1967	=	36 299 422 "

Auf Grund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14.2.1967 - Nichtigkeit des § 17 Abs. 1 GewStG für Bank- und Kreditunternehmen - wurden im Berichtszeitraum erstattet:

895 367 DM	Gewerbebranchenstellensteuer und
176 575 DM	Lohnsummenstellensteuer.

Zu den bei der Bearbeitung von Erstattungsanträgen aufgetretenen rechtlichen Problemen, und zwar sowohl hinsichtlich der Zweigstellensteuer für Wareneinzelhandelsunternehmen als auch für Bank- und Kreditunternehmen, ist noch keine höchstrichterliche Entscheidung ergangen. Über die eingelegten Widersprüche konnte daher noch nicht entschieden werden (vgl. hierzu Verwaltungsbericht 1966).

Die Gewerbesteuer wurde auch für das Kalenderjahr 1967 nach

dem Beschluß des Rates vom 11.1.1967 erhoben. Die Zahl der Mindeststeuerpflichtigen belief sich am 31.12.1967 auf 2 110 (2 224). Das Aufkommen an Lohnsummensteuer betrug 15 060 795 (15 566 535) DM. Es wurde von 3 207 (3 098) Betrieben aufgebracht.

Auf Grund der Verordnung vom 5.11.1966 wurden für den Gewerbesteuer- ausgleich zwischen Betriebs- und Wohngemeinden im Berichtsjahr die Berechnungsunterlagen zugrunde gelegt, die auch für das Ausgleichs- jahr 1964 verwendet worden waren. Die Zahl der Einpendler betrug 29 488 (29 485), die der Auspendler 6 178 (6 146).

An 479 (481) Wohngemeinden wurden Ausgleichszuschüsse in Höhe von 4 074 378 (4 063 511) DM gezahlt, als Wohngemeinde erhielt die Stadt von 14 (16) Gemeinden 3 873 (4 140) DM.

Vergnügungssteuer

Das Steueraufkommen betrug 224 469 (258 432) DM. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit des Erst- anschaffungspreises als Bemessungsgrundlage für die Vergnügungssteuer für Musikboxen und Unterhaltungsgeräte bzw. Höhe der Vergnügungs- steuer für Geldspielautomaten liegt noch nicht vor.

Um einer Vielzahl von Verwaltungsstreitverfahren vorzubeugen, sind auch im Berichtsjahr auf Grund der vorliegenden Widersprüche 50 v.H. der Vergnügungssteuer für Geldspielautomaten bzw. 75 v.H. der Ver- gnügungssteuer für Doppelgeldspielautomaten gegen Sicherheitsleistung ausgesetzt worden. Für Musikboxen wurde in zahlreichen Fällen bis zum III. Quartal der monatlich 10,- DM übersteigende Betrag ohne Sicherheitsleistung und ab IV. Quartal auf Grund des Beschlusses des OVG Münster vom 10.4.1967 die Hälfte des 10,- DM übersteigenden Be- trages ohne Sicherheitsleistung und die andere Hälfte gegen Sicher- heitsleistung von der Vollziehung ausgesetzt. In einigen Fällen wurde bis zum III. Quartal analog der Aussetzungspraxis bei Musikboxen auch der 10,- DM übersteigende Betrag pro Unterhaltungsgerät und Monat ohne Sicherheitsleistung von der Vollziehung ausgesetzt. Vom IV. Quar- tal an wurden Aussetzungen für Unterhaltungsgeräte nicht mehr vor- genommen. Insgesamt wurden 58 530 (48 906)DM von der Vollziehung aus- gesetzt.

Schankerlaubnissteuer

Das Aufkommen betrug 219 147 (136 997) DM bei 267 (266) Veranlagungsfällen. Gegen zwei Veranlagungen, die auf Grund der Schankerlaubnissteuerordnung der Stadt vom 25.8.1966 (gilt für die Zeit vom 1.1.62 - 3.10.64) durchgeführt wurden, wurden Widersprüche erhoben. Die Entscheidung darüber wurde ebenfalls ausgesetzt, bis über die in einem Fall anhängige Klage beim Verwaltungsgericht in Minden entschieden ist. Insgesamt lagen am Jahresende 34 (32) Widersprüche vor, mit einem strittigen Betrag von insgesamt 103 285 (98 989) DM. 21 732 (18 952) DM wurden von der Vollziehung ausgesetzt.

Hundesteuer

Die Zahl der angemeldeten Hunde betrug am Ende des Berichtsjahres 2 887 (3 051), das Steueraufkommen 172 756 (180 503) DM.

Folgende Steuervergünstigungen wurden gewährt:

für Dienst-, Blindenführ- und Schutzhunde	
für Hilflöse (steuerfrei) in	26 (28) Fällen,
für anerkannte Wach-, Schutz- und Jagdhunde (Steuerermäßigung 50 v.H.) in	112 (131) Fällen,
für Wachhunde für landwirtschaftliche Gehöfte (Steuersatz 10,- DM) in	35 (46) Fällen,
aus Billigkeitsgründen in	10 (14) Fällen.

Grunderwerbsteuer

Den Kreiszuschlag von 4 v.H. der Grunderwerbsteuer erhebt das Finanzamt. Im Betriebszeitraum überwies es 927 309 (1 431 092) DM an die Stadt.

Ausgleichsabgabe auf eingeführtes Frischfleisch

Das Aufkommen betrug 202 596 (205 848) DM; es floß der Schlachthofverwaltung zu.

Die der Stadt für die Mitwirkung des Steueramtes bei der Erhebung der Ausgleichsabgabe zustehende Verwaltungsgebühr betrug 3 v.H. des Aufkommens = 6 078 (6 175) DM.

Ausgleichszuschlag für Lebendvieh

Der Ausgleichszuschlag wird von der Schlachthofverwaltung eingezogen und monatlich an die Stadtkasse abgeführt. Das Aufkommen belief sich im Berichtsjahr auf 157 421 (142 829) DM. Von diesem Betrag entfielen 127 249 (116 862) DM auf sogen. Industrieschlachtungen. Die Schlacht-

hofverwaltung erhielt für die Einziehung des Ausgleichszuschlages (ohne Industrieschlachtungen) eine Verwaltungsgebühr von 3 v.H. von 24 898 (21 430) DM = 747 (643) DM.

Steuerprüfdienst

Die Lohnsummen von 599 (397) Gewerbebetrieben wurden überprüft; 225 649 (250 388) DM Lohnsummensteuer wurden nachgefordert.

Auf Grund von 2 (1) Schankerlaubnissteuerprüfungen wurden 17 355 (23 686) DM nachveranlagt.

Durch 1 (-) Ausgleichsabgabeprüfung wurden durch den Schlachthof 4 076 (-) DM nachgefordert.

Durch die Überprüfung von 7 (5) vergnügungssteuerpflichtigen Tatbeständen wurden 4 903 (580) DM Vergnügungssteuer nachveranlagt.

Der Leiter des Prüfdienstes nahm gemäß § 36 Abs. 4 der Abgabenordnung an Prüfungen und Schlußbesprechungen des Finanzamtes teil. An Gewerbesteuer wurden auf Grund dieser und sonstiger Prüfungen gewerbesteuerpflichtiger Betriebe insgesamt 266 655 (94 620) DM nacherhoben.

Grundstücksamt

=====

Dezernent: Beigeordneter Siegfried K r a l e m a n n

Amtsleiter: Stadtoberamtmann Siegfried M a r x

Zahl der Dienstkräfte: 11 Beamte

10 Angestellte

47 Arbeiter, darunter

26 Garderobenfrauen und

11 Türschließer in der Rudolf-Oetker-Halle und im Theater Alter Markt

Verkehrsabteilung:

Die Anforderungen auf Grunderwerb für die verschiedensten Verwendungszwecke stiegen weiterhin an. Die Grundlage hierfür bilden vorwiegend die zahlreichen rechtsverbindlichen Bebauungspläne. Dieser Grunderwerb, insbesondere für die überörtlichen Straßen, - u.a. Entlastungsstraße der B 61, Artur-Ladebeck-Straße (B 61), Herforder Straße (B 61), Detmolder Straße (B 66) - ist derart umfangreich, daß hierfür Jahre benötigt werden. Bei den zahlreichen Einzelfällen handelt es sich vornehmlich um mit Wohn- und Geschäftshäusern bebaute Grundstücke, die

nach Übernahme - häufig im Tauschwege - freigemacht und abgebrochen werden müssen.

Im Berichtsjahr wurden 318 Verträge notariell bzw. gerichtlich beurkundet und die dazu gehörigen Auflassungen erklärt.

Durch den Verkauf größerer Teilflächen des städt. Grundbesitzes verminderte sich dieser um rd. 10 ha auf 2 578 ha (einschl. 409 ha Straßenflächen).

Verwaltungsabteilung:

Der häufige Grundbesitzwechsel (Ankäufe, Verkäufe, Austausche) erhöhte den Arbeitsanfall bei der Verwaltung des bebauten und unbebauten städt. Grundbesitzes.

Einen erheblichen Arbeitsaufwand erforderte die anderweitige Unterbringung von Mietern in städt. Häusern, die wegen Straßenbauten abzubauen waren.

Der Versicherungsbestand des städt. Wagnisse bei der Feuerschutzgemeinschaft kreisfreier Städte des Rheinlandes und Westfalens, unter Beteiligung der Westf. Provinzial-Feuersozietät belief am Schluß des Berichtsjahres auf rd. 320 Mill. DM. Bei der Vermögensbuchführung für das unbewegliche Vermögen erreichten die insgesamt etwa 1 270 Vermögensbestandskonten am Jahresschluß einen Betrag von rd. 363 Mill. DM.

Rechtsamt

=====

Dezernent: Beigeordneter Siegfried K r a l e m a n n

Amtsleiter: Städt. Rechtsdirektor Hugo Z i l l i k e n s

Zahl der Dienstkräfte: 4 Beamte

2 Angestellte

Es liefen 339 Verfahren, darunter 103 im Berichtsjahr neu hinzugekommene. 118 Prozesse wurden zu Ende gebracht, davon wurden 50 gewonnen, 23 Klagen wurden zurückgenommen, 21 durch Vergleich beendet, 24 verloren.

Am Jahresende waren noch 221 Prozeßverfahren anhängig.

Auf dem Gebiete des Bielefelder Ortsrechts wurden unter Mitwirkung des Rechtsamtes folgende Verordnungen und Satzungen neu erlassen

bzw. überarbeitet:

- Satzung über die einmalige Anschlußgebühr vom 3.1.1967,
Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und
Ordnung im Gebiet der Stadt Bielefeld vom 8.12.1966,
Satzung über die Stiftung des Kulturpreises,
1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Er -
schließungsbeiträgen in der Stadt Bielefeld vom 8.5.1967,
1. Änderungssatzung zur Satzung über die Zuständigkeit für den
Erlaß, die Änderung und die Aufhebung von Viehseuchenverordnungen
der Stadt Bielefeld und deren Verkündung vom 24.7.1967,
Änderung der Hauptsatzung,
6. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bildung der
Schulbezirke für die Volks- und Sonderschulen der Stadt Bielefeld
vom 9.8.1967,
Gebührenordnung für den öffentlichen Schlachthof der Fleischerin -
nung Bielefeld nebst Gebührentarif,
1. Beschluß über die Änderung der Liste der Straßen und Straßenteile,
deren Reinigung von der Städt. Reinigungsanstalt übernommen wird,
vom 22.12.1967.

Bei der Haftpflichtschaden- und Versicherungsabteilung lagen am
Jahresanfang noch 16 unerledigte Schadenfälle vor. Hiervon wurden
3 Fälle abgelehnt, 3 anerkannt, 3 durch Vergleich (Teilanerkennung)
erledigt; 7 Fälle schweben noch.

Im Laufe des Berichtsjahres kamen 143 Haftpflichtschadenfälle neu
hinzu. Darunter waren 13 Eigenschäden (ES), in denen die Stadt selbst
geschädigt worden war. Für diese 13 Eigenschäden wurde eine Entschä -
digung von 11 058,01 DM erzielt.

In 51 Fällen wurden die Schäden anerkannt, in 64 Fällen wurden die
Ansprüche abgelehnt; 15 Fälle schweben noch.

Am 31.12.1967 waren somit noch 22 Fälle unerledigt.

Für die hier regulierten Schäden, für die der Haftpflichtschadenaus -
gleich westdeutscher Städte Deckungsschutz gewährte, mußten aufgewen -
det werden:

71 482,29 DM

Durch den HSA wurde die Stadt mit einer
Gesamtumlage belastet in Höhe von

64 707,53 DM

Von den gezahlten Aufwendungen wurde somit
der Stadt ein Betrag von
vom HSA erstattet.

6 774,76 DM

In 40 sogen. Selbstbehaltfällen, für die der HSA keinen Deckungsschutz gewährt, wurden von hier 4 520,28 DM gezahlt. Die Gesamtaufwendungen betragen somit:

Umlage an den HSA	64 707,53 DM
Selbstbehaltfälle	<u>4 520,28 DM</u>
zus.	69 227,81 DM

Hiervon wurden erstattet:

von den Stadtwerken	8 086,22 DM	
von der BGW	<u>1 241,25 DM</u>	- 9 327,47 DM

Die tatsächlichen Aufwendungen der Stadt betragen mithin: 59 900,34 DM

Schulunfälle:

Deckungsschutz beim Schüler-Unfallsschadenausgleich westdeutscher Städte bestand für 35 874 Schüler. Gemeldet wurden im Berichtsjahr 483 Vorfälle, davon 447 Unfälle und 36 Diebstähle.

In 62 Fällen wurden Entschädigungen von insgesamt 7 906,12 DM gezahlt, wofür der Ausgleich Deckungsschutz gewährte.

Die Gesamtumlage für Schufag betrug im Berichtsjahr: 8 714,30 DM.

Autoinsassen-Unfallversicherung

Versichert waren Kraftfahrzeuge, für die der Umlagebeitrag 4 725,11 DM betrug. Es traten keine Schäden ein.

Eigenschadenversicherung (früher Personal-Garantie-Versicherung)

Prämie einschl. Vers. Steuer	9 016,15 DM
Anschlußversicherung (wurde erstattet)	<u>590,90 DM</u>
zus.	<u>9 607,05 DM</u>

In 4 Fällen mit einer Entschädigungssumme von 2 424,73 DM wurde die Versicherung von der Stadt in Anspruch genommen.

Für sonstige Versicherungen und an Bewachungsgebühren für Schulen wurden 19 177,92 DM gezahlt.

Ordnungsamt
=====

Dezernent: Beigeordneter Siegfried K r a l e m a n n
Amtsleiter: Stadtoberamtmann Gustav B r e d e n b e c k
Zahl der Dienstkräfte: 31 Beamte
40 Angestellte
17 Arbeiter

Ordnungs- und Gewerbeabteilung

Die Gesamtzahl der Gewerbebetriebe nahm im Berichtsjahr weiter ab. In einzelnen Branchen gab es aber auch Zunahmen. So fiel z.B. auf, daß sich neuerdings mehr als bisher in Bielefeld Firmen niederlassen, die sich mit Vermögensberatung befassen.

Nach der Dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Fischereischein vom 7.12.1967 können Fischereischeine statt bisher nur für ein Kalenderjahr nunmehr für die Dauer von drei Kalenderjahren erteilt werden. Dies ist eine Verwaltungsvereinfachung.

Bei den Schankbetrieben entwickelte sich im Berichtsjahr eine neue Betriebsart. Z.T. durch Umwandlung bereits bestehender Bierrestaurants entstehen sogen. "Tanz-Diskotheken" oder Diskothek-Bars", die überwiegend von jugendlichen Gästen aufgesucht werden. Bei der Erteilung der Konzession ist dem Schallschutz in diesen Betrieben besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Durch das "Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung" vom 24.8.1967 wurde u.a. auch der Betrieb von Altenheimen, Altenwohnheimen und Pflegeheimen für Personen jeden Alters in die Gewerbeordnung einbezogen. Nunmehr kann die Landesregierung durch Rechtsverordnung diese Heime der Überwachung durch die zuständigen Behörden unterstellen.

Außerdem hat dieses Gesetz bei den sogen. "Wanderlagern" zu einer Klärung der bisher umstrittenen Rechtslage geführt. Es steht jetzt fest, daß alle Veranstaltungen der genannten Art der Anmeldepflicht nach § 56 a Gewerbeordnung unterliegen, ohne Rücksicht darauf, ob bei ihnen Waren feilgehalten oder nur Bestellungen hierauf aufgesucht werden.

Die "Verordnung über die Hygiene bei der Ausübung des Friseur-Handwerks" vom 27.5.1966 trat an die Stelle der bisherigen "Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Ausübung des Friseurhandwerks" vom 6.12.1937. Durch Verfügung des Hauptamtes vom 13.4.1967 wurde das Ordnungsamt als federführend für die nach der Friseur-Hygiene-Verordnung zu treffenden Maßnahmen bestimmt.

Es mehren sich die Fälle, in denen ein Handwerk unerlaubt ausgeübt wird. In diesem Zusammenhang ist ein neueres Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin von Bedeutung, wonach "auf einfache

Arbeiten beschränktes Fensterputzen" kein Handwerk und daher ohne Eintragung in der Handwerksrolle zulässig ist. Wesentlich im Sinne des § 1 Abs. 2 Handwerksordnung können nach diesem Urteil nur solche Tätigkeiten sein, zu deren einwandfreier Ausführung es einer handwerklichen Befähigung bedarf.

Im Dezember 1967 mußte eine Versteigerung von etwa 140 Orientteppichen untersagt werden, weil nach Feststellungen eines von der Industrie- und Handelskammer benannten Gutachters das Versteigerungsgut bis auf wenige Stücke "ungebraucht" und damit nicht versteigerungsfähig im Sinne der Versteigerer-Vorschriften war.

Im Schweinebestand eines Bielefelder Tierhalters brach Ende Februar die Schweinepest aus. Der Bildung eines Sperrbezirks hat es, nach Tötung des gesamten Bestandes von 10 Tieren, nicht bedurft. Der geringe Tierbestand im Stadtgebiet sowie die räumliche Trennung der Bestände haben sich seuchenverhindernd ausgewirkt.

Im März wurden alle Rinder gegen die Maul- und Klauenseuche geimpft.

Alle in Bielefeld genehmigten privaten Schießstände wurden gemeinsam mit dem vereidigten Schießsachverständigen der Bezirksregierung überprüft. Ein Schießstand mußte vorübergehend für den Schießbetrieb gesperrt werden, da er nicht mehr den Sicherheitsbestimmungen entsprach.

Die Überwachung der Preisauszeichnung im Einzelhandel wurde im Interesse der Verbraucher und zur Förderung der Preisklarheit und Preiswahrheit verstärkt. Gegen 5 Geschäftsinhaber wurden wegen wiederholter Zuwiderhandlung gegen die Preisauszeichnungs-Verordnung Geldbußen festgesetzt.

Auch im Berichtsjahr war die Zahl der Beschwerden wegen nachbarschaftlicher Störungen - ohne Gaststätten - recht hoch. In 12 Fällen wurden Bußgeldbescheide erlassen.

Auf Grund vermehrter Beschwerden über Lärmbelästigungen durch Musikboxen, Diskotheken mußten in immer stärkerem Umfange geeignete Maßnahmen zur Behebung dieser Störungen veranlaßt werden.

Gemäß Verfügung des Hauptamtes vom 1.12.1966 erhielt mit Wirkung

vom 1.1.1967 der beim Ordnungsamt bestehende Außendienst die Bezeichnung "Zentraler Außen- und Vollzugsdienst". Er hat von diesem Zeitpunkt ab neben den ihm bisher übertragenen Funktionen sämtliche Ermittlungsaufgaben für die städtischen Dienststellen auszuführen, die bisher dem Ermittlungsdienst beim Einwohnermeldeamt und dem Ermittler des Steueramtes oblagen.

Obdachlosenabteilung

Die Zahl der vom Amtsgericht Bielefeld gefällten Räumungsurteile ist im Berichtsjahr auf 484 (534) leicht gesunken. Angehalten hat die in den letzten Jahren zu verzeichnende ständige Abnahme der Wiedereinweisungen, die mit 160 (165) auf dem niedrigsten Stand der letzten Jahre liegt. Bei 54 Neuzugängen waren 59 Aufhebungen zu verzeichnen. Die Räumung der Häuser Herforder Straße 24/26 und Bolbrinkersweg 4, 17, 24, die jahrelang mit Obdachlosen belegt waren (21 Parteien mit 66 Personen), war besonders schwierig.

Die städt. Obdachlosenunterkünfte waren im Berichtsjahr voll belegt. Bei 200 Neuaufnahmen waren 185 Abgänge zu verzeichnen.

Im Rahmen der Resozialisierung wurden 36 Familien in ausreichende Neubauwohnungen vermittelt.

Straßenverkehrsabteilung

Zur Hebung der Leichtigkeit und Sicherheit des Fahrzeug- und Fußgängerverkehrs wurden 1967 einige Signalanlagen neu errichtet und verschiedene Durchgangsstraßen bevorrechtigt gekennzeichnet.

Im Verkehrserziehungszentrum an der Schwartzkopffstraße wurde ein schon seit Jahren erforderlich gewesenes Unterrichtsgebäude errichtet und am Ende des Berichtsjahres in Betrieb genommen. Der Neubau soll zu einer erfolgversprechenden und geordneten Verkehrserziehung beitragen. Das alte Gebäude wird ausschließlich zur Unterbringung der notwendigen Fahrzeuge und Verkehrszeichen benötigt.

Die Anzahl der Führerscheinanträge war leicht rückläufig, da nur noch wenige ältere Personen eine Fahrerlaubnis beantragen. Anträge werden fast nur noch von Bewerbern unter 25 Jahren gestellt. Zugunommen haben dagegen die Verwaltungsmaßnahmen auf Grund von Mitteilungen der

Polizei, der Staatsanwaltschaften und des Kraftfahrt-Bundesamtes.

Die Zahl der registrierten Kraftfahrzeuge und Anhänger erhöhte sich von 40 453 am 1.1.1967 um 2 810 auf 43 236 am 31.12.1967.

Es wurden im einzelnen bearbeitet:

14 575	Anmeldungen mit
6 035	Neuanmeldungen
225	intern. Zulassungen für Bielefelder Kennzeichen und Zollkennzeichen
636	Wiederzulassungen und
7 904	Ummeldungen.
11 909	Abmeldungen mit
2 181	Löschungen.

Die höchste monatliche Zulassungszahl brachte der Monat März mit 1 640 und die höchste Abmeldezahl der Monat Mai mit 1 345 Kraftfahrzeugen.

Bei 3 110 polizeilichen Strafanzeigen wurden die Halter ermittelt, 285 Mängelanzeigen wurden bearbeitet.

In 785 Fällen mußte der Ermittlungsdienst einschreiten wegen Nichtbestehens des Versicherungsschutzes und Nichtzahlung der Kraftfahrzeugsteuer. Außerdem wurden 6 773 weiße Kraftfahrzeugscheine für rote Kraftfahrzeugkennzeichen und 1 357 Schichtenbücher ausgefertigt.

Zivilschutzabteilung

Der Schwerpunkt der Arbeit lag bei der Aufstellung und Ausbildung der örtlichen Zivilschutzeinheiten. Die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltes, vor allem die Kürzungen beim Zivilschutz wirken sich negativ bei den Helfern aus. Trotzdem gelang es, dieses Stimmungstief zu überbrücken und durch zwei Werbeaktionen die Zahl der Helfer erneut zu vergrößern. Am Ende des Berichtsjahres war das Aufstellungs-Soll zu über 70 % erfüllt.

Um die sächlichen Voraussetzungen für die vom Bund bereits zu über 50 % angelieferte Ausrüstung zu schaffen, wurden folgende Objekte angemietet oder in Benutzung genommen:

Detmolder Str. 15 (als zentrale Ausbildungsstätte und Bekleidungs- und Gerätekammer),

Breite Str. 47 (als Unterkunft und Bekleidungskammer für die 1. ZS-Sanitätsbereitschaft und den 1. ZS-Krankentransportzug),

Schulstr. 10 (als Zentrallager für Bekleidung).

Der Fahrzeugbestand vergrößerte sich im Berichtsjahr auf 57 Einheiten.

Die Ausbildung wurde koordiniert und gestrafft. Über 500 verschiedene Ausbildungsveranstaltungen (Fachdienst-Ausbildung) wurden in 10 verschiedenen Ausbildungseinheiten durchgeführt. Zusätzlich hierzu fanden als Spezialausbildung statt:

- 3 Funksprecher-Lehrgänge
- 1 Lehrgang für ABC-Helfer aller Fachdienste
- 1 Sanitätslehrgang für Helfer aller Fachdienste
- 1 Lehrgang für Filmvorführer
- 1 Lehrgang für Fernschreiber und
- 1 Lehrgang für Munga-Kraftfahrer.

An diesen Sonderlehrgängen nahmen 150 Helfer teil. Zu Spezial-Lehrgängen an den zentralen Ausbildungsstätten des Landes und des Bundes wurden weitere 80 Helfer entsandt. Alle in Bielefeld aufgestellten ZS-Bereitschaften und selbständigen Züge veranstalteten mindestens eine größere Einsatzübung. Darüber hinaus nahmen die 1. ZS-Bergungsbereitschaft und die 1. ZS-Sanitätsbereitschaft an einem Vergleichswettkamp teil. Dadurch, daß die Übungsobjekte Westrup und der Truppenübungsplatz Sennelager für die Benutzung durch die ZS-Einheiten zur Verfügung standen, konnte die Ausbildung intensiviert und vielseitiger gestaltet werden.

Neben der Helferausbildung in den jeweiligen Fachdiensten und in Sonder-Lehrgängen fanden zusätzliche Sonder-Ausbildungsveranstaltungen für die ZS-Führungskräfte der Stadt Bielefeld statt. Die Ausbildung im Selbstschutz trat wegen der Suspendierung des Selbstschutz-Gesetzes zwangsläufig in den Hintergrund.

Marktabteilung

Durch die Abtretung eines Teiles der Marktfläche an die Deutsche Bundespost und durch eine neue Zufahrt hat der Hauptwochenmarkt etwa ein Drittel seiner bisherigen Fläche verloren. 44 feste Verkaufsstände und 4 Lagerhallen wurden abgerissen. Als Ersatz wurden 10 neue Verkaufsstände errichtet.

Bei einer an einem Sonnabend im September durchgeführten Besucherzählung wurden auf dem Hauptwochenmarkt 17 720 Besucher gezählt. Das ist ein Beweis dafür, daß der Wochenmarkt immer noch eine große Anziehungskraft für die Bielefelder Bevölkerung ausübt.

Das Interesse der Markthändler an der Errichtung weiterer Nebenmärkte ist im Vergleich zu früheren Befragungen zurückgegangen. Die auf dem Hauptwochenmarkt neu errichtete Marktmeisterei wurde in Betrieb genommen.

Das Marktgeschäft auf dem Großmarkt war das ganze Jahr hindurch schleppend. Die Zahl der auf das Marktgelände eingeschobenen Waggons war weiterhin rückläufig (1965 = 2 542 Waggons; 1966 = 2 207 Waggons; 1967 = 2 069 Waggons).

Ein Großhändler schied durch Konkurs im Frühjahr 1967 aus.

Die am 1.1.1967 in Kraft getretene neue Gebührenordnung für den Großmarkt wurde von den Großhändlern angefochten, über die Klage ist noch nicht entschieden.

Bemühungen, brachliegende Flächen des Marktgeländes an der Nordost-ecke an eine Bananenreiferei abzugeben, blieben ohne Erfolg.

Die Auftriebszahlen auf dem Schlachtviehhof haben im Vergleich zu 1966 bei Rindern um 10,6 % und bei Schweinen um 5,3 % zugenommen. Bei Kälbern hingegen war ein Rückgang von rd. 9 % zu verzeichnen.

Durch die nunmehr beschlossene Zulassung der Sonnabendschlachtung auf dem Schlachthof werden die Auftriebszahlen weiter absinken.

Einwohnermeldeamt

=====

Dezernent: Beigeordneter Siegfried K r a l e m a n n

Amtsleiter: Stadtamtmann Heinz T h i e l

Zahl der Dienstkräfte: 9 Beamte

22 Angestellte, dar. 1 Aushilfskraft

1 Arbeiter

Meldekartei

Es wurden 31 505 (33 087) Meldungen bearbeitet, darunter 11 685 (12 431) Ummeldungen innerhalb des Stadtgebiets.

Gegen Personen, die ihrer Meldepflicht nicht fristgerecht nachge-

kommen waren, wurden 1 200 (1 125) gebührenpflichtige Verwarnungen ausgesprochen und 19 (14) Bußgeldverfahren eingeleitet. Die Zahl der Auskunftsersuchen von Behörden und Privatpersonen stieg an, es wurden 13 200 (12 100) gebührenpflichtige Auskünfte erteilt. Auf Grund von Mitteilungen der Standesämter und Gerichte über Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle, Namensänderungen, Ehescheidungen, Todeserklärungen, Adoptionen sowie Kirchenein- und -austritte wurden 8 344 (8 822) Karteikarten berichtigt.

In Ausführung des Jugendarbeitsschutzgesetzes wurden 2 021 (1 943) Untersuchungsberechtigungsscheine ausgestellt. Vermutlich wird es in den nächsten Jahren bei diesen Zahlen verbleiben.

Wehrerfassung und Führungsliste

Im Berichtsjahr stand die Erfassung des Jahrganges 1949 an; es wurden 940 (1795) Wehrpflichtige erfaßt. Hinzu kamen 189 (289) Nach- und Sondererfassungen sowie vorbereitende Arbeiten für andere Dienststellen, 458 (461) Zurückstellungsanträge und 4 (17) Befreiungsanträge.

Über Strafen wurden im Berichtsjahr 8 697 (8 017) Auskünfte in Angelegenheiten von Führungszeugnissen und an andere Stadtämter gegeben. Von den Gerichten gingen 3 796 (4 073) Mitteilungen über Strafen ein.

Einwohner-Lochkarten-Kartei

Die im April 1966 begonnenen Umstellungsarbeiten der Adrema-Plattei auf das Lochkarten-Verfahren wurden im Sommer des Berichtsjahres termingerecht beendet. Es konnten daher die Lohnsteuerkarten für das Kalenderjahr 1968 zum ersten Mal mit der elektronischen Datenverarbeitungs-Anlage gedruckt werden.

Es wurden an Lohnsteuerkarten ausgestellt:

Durch eDV-Verfahren	85 141	(83 596)
durch die Sachbearbeiter	<u>13 495</u>	<u>(18 549)</u>
zus.	98 636	(102 145)
	=====	

Ferner wurden 2 532 (2 911) zweite und weitere Lohnsteuerkarten ausgeschrieben. Außerdem wurden 13 622 (13 332) Lohnsteuerkarten berichtigt und 663 (817) Ersatzkarten ausgestellt.

Paß- und Personalausweisstelle

Die Zahl der ausgestellten Reisepässe, sonstigen Pässe und Kinder- ausweise betrug im Berichtsjahr 4 162 (4 384). Hinzu kamen 2 286

(1 662) Paßverlängerungen, 374 (422) Paßänderungen sowie 115 (110) Unbedenklichkeitsbescheinigungen.

Die Ausstattung der Bevölkerung mit neuen Bundespersonalausweisen ging weiter. Es wurden mit Unterstützung durch Aushilfskräfte 9 400 (12 136) neue Personalausweise ausgestellt.

Ausländerabteilung

Das Aufgabengebiet der Ausländerabteilung gewinnt an Bedeutung, wenn auch die Zahl der Ausländer im Berichtsjahr geringfügig um 157 Personen von 5 889 auf 5 732 zurückgegangen ist. Zugenommen hat die illegale Einwanderung in die Bundesrepublik. Die Ausländerabteilung mußte daher - in Verbindung mit der Kriminalpolizei --ständige Kontrollen in Hotel- und Gaststättenbetrieben, in Unterkunft- und Beherbergungsstätten durchführen. Diese Kontrollen führten zu Festnahmen illegal eingereister und gesuchter Ausländer, so daß die Zahl der Ausweisungen im Berichtsjahr auf 54 gegenüber 14 im Vorjahr anstieg. Die hohe Zahl der Ausweisungsverfügungen brachte nach den Rechtsvorschriften des neuen Ausländergesetzes, durch zwischenstaatliche Vereinbarungen und die EWG-Verträge, erhebliche Mehrarbeit mit sich. Die von der Ausweisung betroffenen Ausländer lassen sich durch Rechtsanwälte vertreten, um durch langfristige Verfahren Zeit für den Verbleib in der Bundesrepublik zu gewinnen. Die Verwaltungsarbeiten in Beschwerde- und Rechtsverfahren nehmen daher einen immer größeren Umfang an.

Adrema-Abteilung

Nach Beendigung der Umstellungsarbeiten der Adrema-Plattei auf das Lochkartenverfahren - im Sommer des Berichtsjahres - wurde die Adrema-Straßenplattei aufgelöst. Vorhanden blieben verschiedene kleinere Sonderplatteien, die im Zuge weiterer Rationalisierungsmaßnahmen noch aufgelöst werden sollen. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wurde deshalb das verbleibende Aufgabengebiet dem Hauptamt unterstellt.

Standesamt

=====

Dezernent: Beigeordneter Siegfried K r a l e m a n n

Amtsleiter: Stadtammann Oskar S t u t e

Zahl der Dienstkräfte: 7 Beamte

7 Angestellte

Im Berichtsjahr wurden 1 500 (1 613) Aufgebote für Eheschließungen entgegengenommen.

Beurkundet wurden:

1 563	(1 633)	Eheschließungen
3 650	(3 794)	Geburten
2 254	(2 320)	Sterbefälle
11	(9)	Kriegssterbefälle und
8	(13)	nachträgliche Beurkundungen.

Von den Eheschließungen entfielen 74 (52) auf Ausländer. Diese Beurkundungen erfordern erhebliche Mehrarbeit und vor allem Kenntnisse im internationalen Ehe- und Kindschaftsrecht. Eine große Anzahl von diesen Eheschließungen mußte mit Dolmetschern durchgeführt werden, da nicht alle Beteiligten die deutsche Sprache beherrschten. Eintragungen im Heiratsbuch gemäß § 15 a des Ehegesetzes erfolgten in 60 (52) Fällen. In diesen Fällen war die Ehe vor spanischen oder griechischen Geistlichen geschlossen worden. Es wurden 34 (43) Ehefähigkeitszeugnisse ausgestellt. Diese Ehefähigkeitszeugnisse sind erforderlich, wenn deutsche Staatsangehörige im Ausland die Ehe schließen wollen.

In der Familienbuch-Abteilung nahm die Arbeit weiter zu, bis zum 31.12.1967 waren rd. 15 800 (14 003) Familienbücher zu verwalten. Die Zahl der Anträge auf Anlegung von Familienbüchern gemäß § 15 a betrug 98 (115), hiervon wurden 81 Familienbücher angelegt. Die Testamentskartei umfaßt am 31.12.1967 = 5 695 (5 488) Mitteilungen über vorliegende Testamente.

Versicherungsamt

=====

Dezernent: Beigeordneter Siegfried K r a l e m a n n

Amtsleiter: Stadtoberamtmann Erich B e g e r

Zahl der Dienstkräfte: 8 Beamte

9 Angestellte

Der Aufsicht des Versicherungsamtes unterstanden 1 Ortskrankenkasse, 1 Innungskrankenkasse und 17 Betriebskrankenkassen.

Am 30. November 1967 wurde auf Grund des § 33 Abs. 3 des Gesetzes über die Selbstverwaltung auf dem Gebiet der Sozialversicherung vom 23. August 1967 eine Mitgliederbereinigung für die pflichtversicherten Beschäftigten des Kraftfahrzeug-Handwerks zwischen der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Bielefeld, der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Bielefeld und der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Wiedenbrück auf der einen, der Innungskrankenkasse Bielefeld, der Handwerkskammer Bielefeld und der Kreishandwerkerschaft Bielefeld auf der anderen Seite angeordnet und bis Jahresschluß durchgeführt. Dagegen erhob die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Landkreis Wiedenbrück bei dem Sozialgericht in Detmold Klage, die jedoch keine aufschiebende Wirkung hat. Von den genannten Allgemeinen Ortskrankenkassen wurden 2 274 Mitglieder der Innungskrankenkasse Bielefeld zugeführt.

Durch das o.a. Gesetz über die Selbstverwaltung auf dem Gebiet der Sozialversicherung wurden vor allem für die Selbstverwaltungsorgane bedeutsame Neuregelungen geschaffen.

Auch die Wahlordnung für die Sozialversicherung wurde neu gefaßt; die Änderungen werden aber erst ab 1968 wirksam.

Durch das 9. Gesetz über die Anpassung der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung (9. Renten Anpassungsgesetz vom 28.12.1966) wurden die Renten, in denen der Versicherungsfall bis zum 31.12.1966 eingetreten war, um 8,1 % erhöht.

Die Bezugsgrößen für die Berechnung der Renten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten sowie in der Knappschaftsrentenversicherung wurden durch die 10. Verordnung zur Änderung der o.a. Bezugsgrößen vom 23.12.1966 neu festgesetzt. Die allgemeine

Bemessungsgrundlage erhöhte sich auf 8 490 DM, während das Durchschnittsbruttoarbeitsentgelt für das Kalenderjahr 1965 mit 9 229 DM errechnet wurde (nur für Angestellten- und Arbeiterrentenversicherung). Zu den bestehenden Beitragsklassen wurden mit der 9. Verordnung zur Ergänzung der Beitragsklassen in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten vom 23.12.1966 zwei neue Klassen (Klasse U mit einem Monatsbeitrag von 189 DM und Klasse V mit einem Monatsbeitrag von 196 DM) geschaffen.

Die Beitragsbemessungsgrenze wurde durch Bekanntmachung vom 23.12.1966 für das Kalenderjahr 1967 in der Arbeiterrentenversicherung und Angestelltenversicherung auf 16 800 DM jährlich = 1 400 DM monatlich festgesetzt.

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Belgien wurde eine Vereinbarung über die Durchführung der Verordnung Nr. 3 und 4 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer abgeschlossen. Diese Vereinbarung wurde durch Gesetz vom 10.2.1967 und durch Bekanntmachung vom 31.Mai 1967 in Kraft gesetzt.

Die Zahlen der über das Versicherungsamt gestellten Rentenanträge aus der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung sowie die der formlosen Rentenanträge haben im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Im Zuge der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung war ein Absinken der Heilverfahrensanträge im Berichtsjahr zu verzeichnen. Diese Tendenz blieb nicht allein auf Bielefeld beschränkt, sondern ist im gesamten Bundesgebiet festzustellen. Eine erhebliche Zunahme war bei den Anträgen auf Beitragserstattung aus Anlaß der Heirat einer Versicherten festzustellen.

Im letzten Vierteljahr 1967 nahm die Beratungstätigkeit erheblich zu. Dies war auf das Finanzänderungsgesetz vom 21.12.1967 zurückzuführen, durch welches in den betroffenen Bevölkerungskreisen eine gewisse Rechtsunsicherheit aufgetreten war.

Berufsfeuerwehr
=====

Dezernent: Beigeordneter Siegfried K r a l e m a n n

Amtsleiter: Brandoberamtmann Willi S t r a u c h
ab 1.10.1967 Brandamtmann Herward W u l f

Zahl der Dienstkräfte: 101 Beamte

1 Angestellte

Die Freiwillige Feuerwehr hatte am 31.12.1967

184 (181) aktive Mitglieder

24 (19) Mitglieder in der Jugendabteilung

64 (61) Mitglieder in der Altersabteilung.

Folgende Fahrzeuge wurden beschafft und in Dienst gestellt:

1 Strahlenschutzwagen, 1 Krankenwagen, 1 Pkw.

Die vielseitige Verwendung von radioaktiven Stoffen machte die Beschaffung eines Strahlenschutzfahrzeuges erforderlich. Das Fahrzeug wird mit Strahlenmeß- und Absperrgeräten sowie Transportbehältern bestückt, der Innenausbau dieses Mercedes-Benz-Transporters mit geschlossenem Kastenaufbau wird hier vorgenommen. Die Kosten für Fahrzeug und Geräte werden über mehrere Jahre verteilt; der Zuschuß des Regierungspräsidenten aus der Feuerschutzsteuer beträgt 56 %. Das Fahrzeug ist auch für den überregionalen Einsatz vorgesehen. Die für die Bedienung vorgesehenen Feuerwehrmänner werden am Institut für Strahlenschutz in Neuherberg bei München ausgebildet.

Außer Dienst gestellt wurden: 1 Unfallwagen, 1 Krankenwagen, 1 Pkw.

Feuermeldeanlage: An die 159 (149) Feuermelder sind angeschlossen:

44 (38) Nebenmelderanlagen mit

556 (542) Druckknopfmeldern

978 (976) Wärmemeldern

324 (171) Rauchmeldern

6 (6) Feueraugen

6 (5) selbsttätigen Berieselungsanlagen

Die Berufsfeuerwehr wird nach einem monatlich aufgestellten Übungsplan fortgebildet. Außerdem wurden folgende Lehrgänge belegt:

An der Landesfeuerweherschule NW in Münster:

Brandinspektor-Lehrgang: 3 Oberbrandmeister bzw. Brandmeister

Brandmeister-Lehrgang: 8 Oberfeuerwehrmänner

Maschinisten-Lehrgang: 4 Oberfeuerwehrmänner

Atemschutzgerätewart-Lehrgang: 4 Oberfeuerwehrmänner

Erste-Hilfe-Lehrgang: 2 Oberfeuerwehrmänner

Zivilschutz-Fachführer-Lehrgang: 1 Brandinspektor

Am Institut für Strahlenschutz in Neuherberg bei München:

Strahlenschutz-Grundlehrgang: 1 Brandmeister

Strahlenschutz-Ergänzungslehrgang: 1 Brandmeister

An der Landesausbildungsstätte für den Luftschutzdienst:

Sonderlehrgang für Wasseraufbereitungszüge; 10 Beamte

Fernmelde-Einweisungs-Lehrgang: 1 Oberbrandmeister

Führerscheine erwarben nach Schulung durch den Fahrlehrer der Feuerwehr:

Führerschein der Klasse II : 10 Beamte

Führerschein der Klasse III : 1 Beamter

Die Freiwillige Feuerwehr bildet sich in eigenem Übungsdienst weiter.

Außerdem wurden folgende Lehrgänge belegt:

An der Landesfeuerweherschule in Münster:

Brandmeister-Lehrgang: 1 Unterbrandmeister

Oberfeuerwehrmann-Lehrgang: 3 Feuerwehrmänner

Maschinisten-Lehrgang: 3 Feuerwehrmänner

Gerätewart-Lehrgang: 1 Oberfeuerwehrmann

Lehrgänge im Zivilschutz:

Kraftfahrer-Lehrgang in Lette: 2 Freiwillige Feuerwehrmänner

Maschinisten-Lehrgang in Lette: 1 Freiwilliger Feuerwehrmann

Rechnungsführer-Lehrgang in Wesel: 1 Freiwilliger Feuerwehrmann

Fernmeldeeinweisungslehrgang in Wesel: 1 Freiwilliger Feuerwehrmann

Spezial-Kfz-Unterweisung in Wesel: 1 Freiwilliger Feuerwehrmann

Sanitäts-Lehrgang in Bielefeld: 11 Freiwillige Feuerwehrmänner.

Hilfeleistungen

Befreiung von Menschen in Notlagen	23 (19)
Bergungs- und Abschlepptätigkeiten	38 (54)
Tiere in Notlage	3 (9)
Wasserpumpen	31 (82)
Ölschäden	37 (25)
Strahlenschutz-Einsätze	1 (-)
Wasserfahren	37 (32)
Sturmschäden	44 (7)
Sonstige	298 (375)
	<hr/>
	512 (603)

Krankentransporte

Unfälle	2 658	(2 618)
Normale Krankentransporte	4 806	(4 755)
Infektionstransporte	54	(55)
Krankentransporte sitzend	3 540	(4 248)
Entlassungen	1 574	(1 468)
Leichentransporte	192	(231)
	<u>12 824</u>	<u>(13 375)</u>

Vorbeugender Brandschutz

Brandschau	297	(207)
Nachschau	139	(131)
sonst. Ortsbesichtigungen	45	(87)
Alarmübungen in Schulen	30	(29)

Die gutachtliche Mitwirkung bei Baugesuchen erforderte

88 (30) Ortsbesichtigungen und
152 (127) schriftliche Gutachten.

Weitere Daten, insbesondere Angaben über Brände, enthält das Statistische Jahrbuch der Stadt Bielefeld 1967.

Schulverwaltungsamt und Geschäftsstelle des

Schulamtes für die Stadt Bielefeld

Dezernent: Beigeordneter Dr. Dr. Klaus R e v e r m a n n

Amtsleiter: Stadtoberamtmann Hermann O e r t e l

Zahl der Dienstkräfte: 11 Beamte

81 Angestellte

336 Arbeiter

Planungen für folgende Schulbauvorhaben wurden bearbeitet:

Neubau einer Volksschule an der Pläßstraße, Bau einer 2. Turnhalle für das Helmholtz-Gymnasium und Erweiterungsbau für die Rudolf-Rempel-Schule, Kfm. Berufsschule und Handelsschulen.

Ferner wurden die verwaltungsmäßigen Vorbereitungen für die Erweiterung des Ratsgymnasiums (Neubau naturwissenschaftlicher Unterrichtsräume und Umbau der alten Turnhalle) getroffen, so daß mit den Bauarbeiten im Sommer 1967 begonnen werden konnte.

Darüber hinaus wurden die Probleme der Raumnot verschiedener anderer Schulen unter Berücksichtigung der angespannten Finanzlage der Stadt untersucht. Einen besonderen Raum nahmen dabei die Maßnahmen ein, die im Zusammenhang mit der Durchführung des im Jahre 1966 auf dem Gebiete

des Volksschulwesens auf Vorschlag des Kultusministers begonnenen Schulversuchs (Bildung geschlossener Jahrgangsklassen des 7. - 9. Schuljahres, Einteilung der Volksschulen in Stammschulen - 1. - 6. Schuljahr - und in Hauptschulen - 1. - 9. Schuljahr) erforderlich wurden. Außerdem wurde der vom Kultusminister vorgeschlagene neue Schulversuch "Hauptschule der weiterführenden Bildung" (Gliederung der Volksschulen in Grundschulen - 1. - 4. Schuljahr - und in Hauptschulen - 5. - 9. Schuljahr -) versuchsweise an der Brodhagen-/Wellensiek-, Sieker-/Rußheiderschule und an der Stieghorstschule eingeführt.

Folgende Schulbauten wurden im Berichtsjahr bezugsfertig:
Siekerschule (I. Bauabschnitt), Stieghorstschule II, Hellingskampschule II (Baumheide, 6 Klassenräume und Nebenräume wurden vorab fertiggestellt), Overbergschule (Erweiterung).

Schulamt für die Stadt Bielefeld

Der 1966 begonnene Schulversuch "Volksschuloberstufe, Bildung von geschlossenen Jahrgangsklassen für die 7., 8. und 9. Schuljahre" wurde im Berichtsjahr fortgesetzt und durch einen weiteren Schulversuch "Hauptschule der weiterführenden Bildung für die 5. bis 9. Schuljahre" in drei Volksschulen erweitert.

Wegen der steigenden Schülerzahlen an den beiden Sonderschulen für Lernbehinderte (August-Hermann-Francke-Schule und Pestalozzischule) wurden in den Vorjahren diesen Schulen Schulpavillons zur Verfügung gestellt und außerdem für sie noch weitere Räume angemietet.

Der Rat der Stadt beschloß am 24. Mai 1967 mit Wirkung vom 1. August 1967 im Ortsteil Stieghorst durch Teilung des Schulbezirks der Pestalozzischule eine 3. Sonderschule für Lernbehinderte zu errichten. Dieser Beschluß wurde durch den Kultusminister genehmigt.

Auf Antrag griechischer und spanischer Eltern wurden zwei Übergangsklassen für griechische Kinder an der Klosterschule und eine Übergangsklasse für spanische Kinder an der Josefschule jeweils für die Dauer eines Jahres eingerichtet. Durch diese Klassen wird den ausländischen Kindern das Einleben in deutsche Schulen erleichtert. Italienische Kinder erhalten Sonderunterricht von 5 Wochenstunden von einer italienischen Lehrkraft. Durch diesen Unterricht sollen

die Kinder mit der Kultur und Religion ihrer Heimat verbunden bleiben. Der Regierungspräsident in Detmold hat durch Verfügung vom 2.10.1967 die Einrichtung einer 2. Förderklasse an der Overbergschule für spät-angesiedelte weibliche Jugendliche genehmigt.

Die Lehrgänge zur Erlangung der Befähigung zum verkürzten Studium an den Pädagogischen Hochschulen wurden - ähnlich wie in den Jahren 1963 und 1965 - gemäß Erlaß des Kultusministers vom 7.6.1966 fortgesetzt. In Bielefeld erfüllten 11 Bewerber die Voraussetzungen auf Zulassung zu einem Lehrgang. Die Ausbildung dieser Bewerber hat der Regierungspräsident in Detmold diesmal dem Schulamt für den Landkreis Bielefeld mit übertragen; im Jahre 1965 war beim Schulamt für die Stadt Bielefeld ein solcher Lehrgang auch für Teilnehmer aus den Landkreisen Bielefeld, Halle und zum Teil Wiedenbrück eingerichtet.

Nach der Verordnung vom 6.10.1967 zur Bestimmung für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Gesetz über die Schulpflicht im Lande Nordrhein-Westfalen ist das Schulamt für die Stadt Bielefeld Verwaltungsbehörde im Sinne des § 73 des Gesetzes über die Ordnungswidrigkeiten für Volksschulen (Grund- und Hauptschulen) und Sonderschulen mit Ausnahme der Blinden- und Gehörlosenschule.

Schulkindergärten

Im Schulkindergarten "West", Brodhagenschule, wurden 21 vom Schulbesuch zurückgestellte Kinder, 12 Knaben und 9 Mädchen, betreut. Vom Landesjugendamt sind 25 Plätze genehmigt, die aber nicht voll genutzt werden können, weil der Schulkindergarten behelfsmäßig in der Mütterberatungsstelle der Brodhagenschule untergebracht ist.

Im Schulkindergarten "Ost", Petrischule, wurden 25 vom Schulbesuch zurückgestellte Kinder, 18 Knaben und 7 Mädchen, betreut. Auch für diesen Schulkindergarten sind vom Landesjugendamt 25 Plätze genehmigt, die wegen der räumlich günstigen Verhältnisse im Neubau sämtlich belegt werden konnten.

Im Berichtsjahr wurden beide Schulkindergärten vom Landesjugendamt, dem die Heimaufsicht obliegt, besichtigt.

Die Überprüfung des Schulkindergartens "Ost" ergab nur geringfügige Beanstandungen, die sofort abgestellt wurden.

Dagegen hat das Landesjugendamt die Unterbringung des Schulkindergartens "West" in den Räumen der Mütterberatungsstelle in der Brodhagenschule für unzureichend erklärt. Es befürchtet gesundheitliche Gefahren, weil ein sehr großer Personenkreis Zutritt zu den Räumen hat und dort auch Impfungen vorgenommen werden. Das Landesjugendamt hat deshalb nur bis zum 31.7.1968 Befreiung von der Vorschrift des § 28 Jugendwohlfahrtsgesetz, wonach für die Aufnahme jedes Kindes eine besondere Erlaubnis einzuholen ist, erteilt und gefordert, daß Räume eingerichtet werden, die nur den Kindern des Schulkindergartens zugänglich sind. Gegen diese Auflage wurde Widerspruch erhoben. Der Schularzt teilt die gesundheitlichen Bedenken nicht, weil regelmäßig für die Desinfektion der Räume gesorgt wird. Außerdem ist zu erwarten, daß die Pflicht zum Besuch eines Schulkindergartens allgemein eingeführt wird. Für diesen Fall ist mit einheitlichen Richtlinien für den Bau von Schulkindergärten zu rechnen, und es deshalb nicht zweckmäßig wäre, einen Neubau schon jetzt zu planen. Im Rahmen der für das Jahr 1968 zu erwartenden Änderung der Schulgesetze werden die Schulkindergärten sicherlich der Schulaufsicht unterstellt und damit der Heimaufsicht des Landesjugendamtes entzogen.

Volksschulen und Sonderschulen für Lernbehinderte

Der seit 1966 bestehende Schulversuch "Volksschuloberstufe (7. bis 9. Schuljahr)" wurde ab 1. August 1967 an 5 Schulen in den Schulversuch "Hauptschule der weiterführenden Bildung" (5. bis 9. Schuljahr) übergeführt.

Auf Beschlüsse des Schulausschusses und des Rates der Stadt wurden folgende Maßnahmen getroffen:

Die Stammschule Wellensiekschule - Gemeinschaftsschule - wurde Grundschule und gab die Jahrgänge 5 und 6 an die Brodhagenschule ab, deren Hauptschulbezirk den unverändert bleibenden Schulbezirk der Wellensiekschule mit umfaßt.

Die Brodhagenschule - Gemeinschaftsschule - wurde Hauptschule. Die Grundschulklassen wurden organisatorisch mit der Hauptschule verbunden.

Die Siekerschule - Gemeinschaftsschule - wurde Hauptschule. Ihr Schulbezirk umfaßt die bisherigen Schulbezirke der Siekerschule und der Rußheiderschule.

Die Rußheiderschule - Gemeinschaftsschule - wurde Grundschule. Ihr Schulbezirk umfaßt die bisherigen Schulbezirke der Rußheiderschule und der Siekerschule.

Die Stieghorstschule - Gemeinschaftsschule - wurde Hauptschule. Die Grundschulklassen wurden mit der Hauptschule organisatorisch verbunden. Die Schulbezirke der Grundschulklassen decken sich mit dem bestehenden Schulbezirk der Stieghorstschule.

Bei der bestehenden Stieghorstschule an der Detmolder Straße 415 konnte dieser Schulversuch durchgeführt werden, weil mit Beginn des Schuljahres 1967/68 das neue Schulgebäude am Hellweg 230 fertiggestellt worden war.

Durch diesen Schulversuch mußten 2 Klassen der Rußheiderschule in die Siekerschule und 3 Klassen der Brodhagenschule in die Eichendorffschule wegen Raummangels ausgelagert werden.

An der Sonderschule für Lernbehinderte, und zwar an der Pestalozzischule, wurde ebenfalls ein neuer Schulversuch begonnen. Dieser Schulversuch hat den Zweck, unter ausreichenden personellen Verhältnissen die bisher auf freiwilliger Basis gewonnenen Erfahrungen in der Unterrichts- und Erziehungsarbeit im 9. Sonderschuljahr und in der gesamten Sonderschuloberstufe zu ergänzen und zu vertiefen. Die Ergebnisse des Versuchs sollen für Richtlinien, Stoffpläne und Stunden tafeln ausgewertet werden und die Grundlage einer Reform der Sonderschule für Lernbehinderte bilden. An der Pestalozzischule soll der Unterricht nur im obligatorischen 9. Schuljahr zunächst für 1 bis 2 Jahre intensiviert werden. Zusätzliche Räume oder zusätzliche Lehrpersonen wurden für diesen Versuch nicht benötigt.

Durch das stetige Anstigen der Schülerzahlen an den beiden Sonderschulen für Lernbehinderte wurde es unumgänglich, eine 3. Sonderschule durch Teilung der bestehenden Pestalozzischule zu errichten. Die 3. Sonderschule Bielefeld-Stieghorst wurde ab 1.8.1967 für den Ortsteil Stieghorst in 4 Klassenräumen des Schulgebäudes der Bonifatiuschule, Kath. Volksschule und im Pavillon der Stieghorstschule I untergebracht.

Mit der Leitung dieser neuen Schule wurde Sonderschulkonrektor Hofmann beauftragt, der von der Pestalozzischule abgeordnet wurde.

Der Regierungspräsident gewährte auch im Berichtsjahr Fahrtkostenbeihilfen in Höhe von 40 000,- DM, die an die Eltern ausgezahlt wurden. Ferner gewährte das Land einen einmaligen Ergänzungszuschuß gemäß § 10 SchFG in Höhe von 38 050,- DM zu den Transportkosten, die der Stadt durch die Beförderung der Sonderschüler entstanden sind.

Der Neubau der Stieghorstschule II am Hellweg 230 wurde am 5.9.1967 bezogen. In dem Neubau sind 13 Klassenräume, 5 Fachunterrichtsräume, 3 Gruppenräume, 3 Kursräume, eine modern eingerichtete Lehrküche und eine Normalturnhalle enthalten.

Die Siekerschule, Grasmückenweg 11, in deren Schulbezirk sehr viele neue Wohnungen errichtet worden sind und die Hauptschule wurde (Versuch), benötigte unbedingt weitere Klassen- und Fachunterrichtsräume. Die Vorarbeiten wurden so früh begonnen, daß bereits am 20.6.1967 der 1. Bauabschnitt des Erweiterungsbaues fertiggestellt worden war. Im Zuge der Erweiterung wurde der 1895 errichtete alte Gebäudeteil abgerissen. Der Schule stehen nunmehr zusätzlich 8 Klassenräume mit den erforderlichen Nebenräumen und eine neue Turnhalle zur Verfügung. Die Siekerschule verfügt mit den 8 Klassenräumen in dem 1953 errichteten Gebäude über insgesamt 17 Klassenräume.

Die Overbergschule, Kath. Volksschule, erhielt am 19.5.1967 durch einen Anbau an das bestehende Gebäude 3 weitere Klassenräume und einen Lehrmittelraum, so daß für diese Schule die Raumnot behoben ist.

Das Land gewährte auf Antrag wegen überdurchschnittlicher Belastung auch in diesem Jahr wieder einen Ergänzungszuschuß zu den Volksschul-lasten in Höhe von 80 000,- DM.

Realschulen

Zu den Realschulen wurden für das Schuljahr 1967/68 = 545 Kinder angemeldet, was eine Steigerung von 23,6 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Nach den Ergebnissen des Probeunterrichts und infolge von Abmeldungen einiger Kinder wurden am 1.8.1967 = 514 Kinder aufgenommen. Alle fünf Realschulen sahen sich genötigt, je 3 Anfangsklassen zu errichten.

An der Abendrealschule bestanden am 15.10.1967 = 4 Klassen, unter-

richtet wurden 63 Schüler.

Der Sonderzuschuß für auswärtige Schüler gemäß § 11 SchVG betrug im Berichtsjahr 163 877,28 DM.

Gymnasien

Bedingt durch die beiden Kurzsuljahre erreichten die Grundschüler die Versetzung in die 5. Klasse und damit die Voraussetzung für den Übergang in eine weiterführende Schule diesmal früher als sonst. Die Folge war ein Ansteigen der Anmeldungen zu den Gymnasien um 18,2 %, und zwar wurden zum 1.12.1966 = 475 und zum 1.8.1967 = 540 Schüler angemeldet. Eine Reihe von Schülern, die auswärts wohnen, wurde an Gymnasien im Landkreis verwiesen, soweit diese Schulen noch aufnahmefähig waren und die Wege den Schülern zugemutet werden konnten. Das Staatliche Gymnasium in Heepen nahm sogar 19 Schüler aus Bielefeld auf. In den früheren Jahren richteten das Helmholtz-Gymnasium und das Max-Planck-Gymnasium insgesamt 5 Sexten ein, die 5. Sexta wechselte jährlich zwischen diesen Schulen. Um diesmal sämtliche Jungen aufnehmen zu können, eröffneten diese Schulen je 3 Sexten; das Max-Planck-Gymnasium gab außerdem einige Anmeldungen an das Helmholtz-Gymnasium ab. Da das Bavink-Gymnasium nur wenige beim Cecilien-Gymnasium zuviel angemeldete Schülerinnen übernehmen konnte, mußten an diesem erstmals 4 Sexten eingerichtet werden. Bei dieser Schule, die ohnehin unter Raumnot litt, traten dadurch äußerst ungünstige Verhältnisse ein. Die Gymnasien führten am 15.10.1967 insgesamt 147 Klassen - im vorausgegangenen Schuljahr 142 Klassen - mit insgesamt 3 891 Schülern - im vorausgegangenen Schuljahr 3 770 Schülern -. Insgesamt wurden 14 Anfangsklassen (früher 12) eröffnet.

Wegen des dem Cecilien-Gymnasium angeschlossenen Gymnasiums für Frauenbildung zur Erlangung einer fachgebundenen Hochschulreife war hier der Andrang in den zurückliegenden Jahren stärker als beim Bavink-Gymnasium. Deshalb beschloß der Rat der Stadt am 26.4.1967, dem Bavink-Gymnasium zum 1.8.1967 ein Pädagogisch-musisches Gymnasium in Aufbauform zur Erlangung einer fachgebundenen Hochschulreife anzugliedern. So können künftig Mädchen, deren Begabung den Anforderungen eines Gymnasiums mit Vollabitur nicht entspricht, einen weiteren Schultyp besuchen, der ihren Neigungen entgegenkommt. Schwerpunkte sind Pädagogik und musische Fächer. Außerdem wird damit Realschülerin-

nen die Möglichkeit gegeben, unmittelbar im Anschluß an den Real-
schulbesuch nach 3 Jahren die fachgebundene Hochschulreife zu erlan-
gen. Es werden nicht nur Mädchen, sondern auch Jungen aufgenommen,
um ihnen die gleichen Möglichkeiten zu bieten. Der Zuspruch war sehr
groß; von 61 angemeldeten Jungen und Mädchen wurden 23 Mädchen und 9
Jungen aufgenommen. Die Klassenhöchststärke von 25 mußte daher mit
Genehmigung des Schulkollegiums beim Regierungspräsidenten in Münster
erheblich überschritten werden.

Zum Ende des Schuljahres 1966/67 trat der Leiter des Max-Planck-Gym-
nasiums, Oberstudiendirektor Dr. Wolf, nach Erreichen der Alters-
grenze in den Ruhestand. Auf Vorschlag des Rates der Stadt ernannte
der Kultusminister Oberstudienrat Wilhelm Butenholz, damals stellver-
tretender Leiter des Städt. Gymnasiums in Oerlinghausen, zum neuen
Leiter des Max-Planck-Gymnasiums. Butenholz trat am 8.11.1967 seinen
Dienst an; in der Zwischenzeit wurde die Schule von Oberstudienrat
Stodieck geleitet.

An Sonderzuschüssen für auswärtige Schüler gemäß § 11 SchFG zahlte
das Land 302 167,53 (348 590,34) DM. Der Rückgang ist einmal darauf
zurückzuführen, daß die Zahl der auswärtigen Schüler gegenüber dem
Vorjahr von 1 197 auf 1 073 gesunken ist, zum anderen erhalten die
Schulträger die Zuschüsse nicht mehr wie früher entsprechend ihren
Stellenbeitragsleistungen. Vor der Änderung des Schulfinanzgesetzes
im Jahre 1966 zahlten die Schulträger einheitliche Stellenbeiträge,
nach denen sich der Landeszuschuß für jeden einzelnen auswärtigen
Schüler richtete. Seit der Gesetzesänderung werden die Schulträger
unter Berücksichtigung ihrer Steuerkraft und ihrer Einwohnerzahl zu
den Stellenbeitragsleistungen herangezogen (Schulträger mit weniger
als 50 000 Einwohnern sind besser gestellt als Schulträger mit größerer
Einwohnerzahl). Die Stellenbeiträge liegen gestaffelt zwischen 22
und 35 % der Personalkosten eines Lehrers. Die meisten Schulträger
liegen in der Nähe des unteren Satzes, während die Stadt Bielefeld
28 % zu erstatten hat. Da sich der Kopfbetrag nach den durchschnitt-
lichen Stellenbeitragsleistungen sämtlicher Schulträger richtet,
entspricht der Sonderzuschuß nicht der Höhe der von der Stadt Biele-
feld zu erstattenden Personalkosten.

Schulturnen und Schulsport

Im Rahmen des Erweiterungsbaues der Siekerschule wurde am 20.6.1967 die neue Turnhalle in der Größe 14 x 28 m übergeben. Die Schwierigkeiten im Schulturnen der Siekerschule wurden dadurch beseitigt.

In Verbindung mit dem Schulneubau der Stieghorstschule II wurde am 5.9.1967 eine Turnhalle in der Größe 14 x 28 m sowie ein Gymnastikraum 9 x 12 m übergeben. Ein angrenzender Schulsportplatz befindet sich in Bau.

Für die Ergänzung und Reparaturen von Turn-, Sport- und Spielgeräten der Schulen wurden insgesamt rd. 24 000,- DM aufgewendet.

Alle Bielefelder Schulen beteiligten sich an den Sommer- und Winter-Bundesjugendspielen mit abschließenden Mannschaftswettkämpfen der Besten der Mittel- und Oberstufe.

Der obligatorische Schulschwimmunterricht der 5. Klassen der Volksschulen, der 1. Klassen der Realschulen und des Sexten der Gymnasien erreichte trotz des Kurzschuljahres eine Beteiligung von 90 %. Davon erfüllten rd. 70 % die Bedingungen für das Frei- und Fahrtenschwimmerzeugnis.

Stadt- und Kreisbildstelle

Trotz der Kurzschuljahre entsprachen die Verleihziffern etwa denen von 1966.

Die Landesmittel in Höhe von 6 658,- DM waren zweckgebunden und dienten nur der Beschaffung von Filmen und Bildreihen. Für diesen Zweck wurden insgesamt 14 156,86 DM ausgegeben.

Im Archiv der Bildstelle waren vorhanden:

2 087	(2 032)	Ton- und Stummfilme
3 570	(3 485)	Bildreihen
400	(400)	Schallplatten
195	(153)	bespielte Tonbänder

Ausgeliehen wurden:

7 260	(7 378)	Ton- u. Stummfilme
8 396	(7 652)	Bildreihen
204	(163)	Schallplatten
308	(236)	bespielte Tonbänder.

Berufs-, Berufsaufbau- und Berufsfachschulen

Als Nachfolger für den am 31.3.1966 in den Ruhestand getretenen Leiter der Carl-Severing-Schulen, Städt. Berufsschule für gestaltende Berufe und Berufsaufbauschule, Oberstudiendirektor Emrich, wurde durch den Rat der Stadt Studienrat Volker (Celle/Niedersachsen) gewählt.

Auf Antrag von Oberstudiendirektor Hartmann, Carl-Severing-Schulen, Städt. Kfm. Berufs- und Berufsaufbauschule und Handelsschulen, wurde erstmalig der Versuch unternommen, durch Stellenausschreibung Diplom-Kaufleute, Diplom-Volkswirte und Diplom-Soziologen als Lehrkräfte für den Unterricht an den Kfm. Berufsbildenden Schulen zu gewinnen. Den Bewerbern sollte ermöglicht werden, nach Ableistung des Referendariats als Studienrat in den Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen übernommen zu werden. Von den eingegangenen Bewerbungen wurden nach Überprüfung der Unterlagen 6 an den Regierungspräsidenten in Detmold weitergeleitet mit der Bitte, die Bewerber in den Vorbereitungsdienst einzustellen. Lediglich ein Bewerber hat sich nach Auskunft des Regierungspräsidenten bereit erklärt, in den Vorbereitungsdienst einzutreten.

An Ergänzungszuschüssen wurden vom Land für die Berufs- und Berufsaufbauschulen 98 000 (93 700) DM und für die Berufsfachschulen 42 500 (35 000) DM gewährt.

Fach- und Höhere Fachschulen

Durch Beschluß des Rates der Stadt vom 25.9.1963 wurde im Jahre 1963 wegen der geringen Zahl der Studierenden der Bereich "Plastik" an der Werkkunstschule aufgelöst. Nach dem Runderlaß des Kultusministers vom 18.2.1956 gilt eine Werkkunstschule jedoch nur dann als voll ausgebaut, wenn die 4 Bereiche Raum, Farbe, Graphik und Plastik an der Schule vertreten sind. Seit Ende 1966 wurden deshalb Überlegungen angestellt, in welcher Form der Bereich "Plastik" an der Werkkunstschule wieder vertreten werden kann. Das Kultusministerium empfahl, eine Designer-Klasse zu errichten; auch die Mitglieder des Kuratoriums waren der Ansicht, daß eine Werkgruppe Metall, Edelmetall(design) sich für den hiesigen Raum am besten eignet. Auf Empfehlung des Schulausschusses beschloß der Rat am 18.10.1967 unter Aufhebung des Beschlusses aus dem Jahre 1963, eine Werkgruppe "Plastik" (design) wieder einzurichten.

An Ergänzungszuschüssen wurden vom Land für die Fachschulen 25 705 (18 900) DM und für die Höheren Fachschulen 42 500 (29 300) DM gewährt.

Stadtbücherei

=====

Dezernent: Beigeordneter Dr. Dr. Klaus R e v e r m a n n

Amtsleiter: Städt. Büchereidirektor Dr. Hansjörg S ü b e r k r ü b

Zahl der Dienstkräfte: 3 Beamte

37 Angestellte

9 Arbeiter

Im Jahre 1967 wurde die Bücherei wie im Vorjahr benutzt, d.h. pro Einwohner entfielen 2,5 Bände (441 918 Entleihungen).

Der Schwerpunkt der Benutzung lag wiederum eindeutig bei den Fachbuchbeständen und Zeitschriften. Hier nimmt die Benutzung ständig zu, während in der Entleihung von Schöner Literatur und Jugendliteratur keine Änderung eintrat.

Der Buchbestand stieg in der Berichtszeit auf 179 767 Bände an.

Es erschienen folgende Veröffentlichungen:

Literaturdienst, Reihe B, Thematische Listen:

Nr. 1 Ost-West-Perspektiven

2 Geplante Zukunft

3 Probleme der Schulreform

4 Schulpolitik

5 Rechtsradikalismus

6 Völkerbund und Uno

7 Friedensbewegung

Sonderverzeichnisse: Allgemeine Enzyklopädien und Konversationslexika aus 4 Jahrhunderten

Arturo Ui

Autorenlesungen im Bunker Ulmenwall

Exil und Literatur

Jungen lesen - Mädchen lesen

Auswahlverzeichnisse: Weihnachtsmusik

Russische Literatur der Gegenwart

(Von Dortmund übernommen)

Zusammenfassend ist - wie bereits im Vorjahr - auch jetzt festzustel-

len, daß jede Weiterentwicklung der Bücherei nur bei Verbesserung der Raumverhältnisse, insbesondere in der Hauptausleihe Stadtmitte, zu erwarten ist. Z.Z. sind rd. 30 000 Bände aus dem Bestand der Bücherei wegen Platzmangels im Bunker in der Neustädter Straße ausgelagert und damit nur unter besonders erschwerten Bedingungen verfügbar.

Stadtarchiv und Heimatbücherei

=====

Dezernent: Beigeordneter Dr. Dr. Klaus R e v e r m a n n

Amtsleiter: Dr. Ursula Niemann

Zahl der Dienstkräfte: 9 Angestellte

Im Berichtsjahr wurden sowohl das Archiv als auch die Bücherei sehr lebhaft benutzt; die Zahl der Leser ist weiter gestiegen.

Im Zuge der Maßnahmen zum Schutz des Archivgutes im Katastrophenfall wurden große Teile des Archivs, und zwar alle Urkunden, Handschriften, Kämmereirechnungen und sonstige Akten bis zum Jahre 1800, außerdem alle Ratsprotokolle bis heute von einer Duisburger Firma, die schon seit Jahrzehnten in dieser Arbeit Erfahrungen hat, auf Film aufgenommen. Die Filme wurden genau verzeichnet; sie lagern aus Sicherheitsgründen am dritten Ort, und zwar im Kloster Gerleve. Die Kosten der Verfilmung trugen zu je einem Drittel das Land Nordrhein-Westfalen, der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, die Stadt.

Die Bilder- und Dia-Sammlung wird laufend ergänzt. Sie erfreut sich sehr regen Interesses sowohl bei der Presse als auch bei den sonstigen Benutzern.

Die Bücherei wurde laufend vervollständigt, soweit es sich mit den im Jahre 1967 leider stark gekürzten Haushaltsmitteln finanzieren ließ. Ganz besonders reges Interesse findet immer die familienkundliche Abteilung.

Zeitungsarchiv und Westermannsammlung wurden in der gewohnten Weise fortgesetzt und soweit möglich auch verzettelt.

In den Vitrinen im Lesezimmer sind wechselweise Literatur, Archivalien und Bilder zur westfälischen und oft auch speziell Bielefelder Geschichte ausgestellt. Eine Ausstellung von Bielefelder Notgeld wurde besonders stark besucht.

Schulklassen und Gruppen von ausländischen Jugendlichen wurden Einführungen in die Geschichte Bielefelds und seiner Industrie gegeben.

Kunsthhaus und Museum

=====

Dezernent: Dr. Dr. Klaus R e v e r m a n n

Amtsleiter: Städt. Museumsdirektor Dr. J.W. von M o l ' t k e

Zahl der Dienstkräfte: 1 Beamter

6 Angestellte

5 Arbeiter

Kunsthhaus

Die Sammlungen des Städt. Kunsthauses wurden ergänzt durch:

Gemälde: 1 Permeke)
(3) 1 Manguin) m. Unterstützung d. Westd. Rundfunks
1 Marcoussis)

Plastik: 4 Gaudier-Brzeska
(4)

Graphik: 1 Radierung Liebermann
(51) 1 " Picasso
1 " Shephard
2 " Graumann
1 " Nolde
1 Linolschnitt Edelmann
1 Lithographie Edelmann
1 " Rödel
1 Farbholzschn. Jacob
1 Holzschnitt Kirchner
1 " Nolde
1 Reliefdruck Tapiés
3 Kupferstiche v. Pilgrim
5 " Hincks
22 Blätter div. Techn. H.v.Pilgrim = 1 Mappe
6 " Koehler = 1 Mappe
1 Pastell L.v.Hofmann
1 " Graumann

Ferner erhielt das Städt. Kunsthaus folgende Stiftungen und Geschenke:
1 Gemälde von V. Tuxhorn, 1 Plastik von Gaudier-Brzeska, 9 div. Lithographien, 4 Linolschnitte, 6 Holzschnitte, 74 div. Radierungen, 1 Siebdruck, 1 Aquarell, 1 Kreidezeichnung, 1 Farbstudie, 1 Lithographie, 2 Radierungen als Jahresgaben.

Im Berichtsjahr wurden vom Städt. Kunsthaus 6 Ausstellungen veranstaltet.

Die Jahresausstellung des Wirtschaftsverbandes Bildender Künstler NRW wurde mit Unterstützung der Stadt durchgeführt.

Museum

Die Bestände des Städt. Museums wurden ergänzt und erweitert durch den Ankauf von:

- 1 Kronleuchter, 8armig, Biedermeier
- 2 Büsten aus Fürstenberg-Porzellan
- 1 silberne Kaffeekanne, 18. Jahrhundert

Das Städt. Museum führte eine Ausstellung "Käthe Kollwitz" durch.

Ferner erhielt das Städt. Museum folgende Stiftungen und Geschenke:

- 1 Geldbörse
- 1 Tischnadelkissen.

Die Bestände der Naturkunde-Abteilung wurden ergänzt und erweitert:

- 1 Insekten-Sammlung (12 Kästen)
- 3 Insekten-Präparate
- 7 div. Skelette
- 8 div. Schädel
- 4 div. Stopfpräparate
- 34 Mineralien
- 22 Versteinerungen
- 2 Teile der geologischen Sammlung Adolf Deppe.

Gestiftet wurden der Naturkunde-Abteilung 6 Fossilien. Es wurden zwei Ausstellungen: "Vogelwelt in Bielefeld" und "Adolf Deppe - ein Lebenswerk für die geologische Heimatforschung" veranstaltet.

Die Ausstellung der Münzfunde im Bielefelder Raum im Bankhaus Lampe lief auch in diesem Jahr weiter.

Das Bauernhausmuseum war das ganze Jahr über geöffnet und feierte im Juli 1967 sein 50jähriges Bestehen.

Städtische Bühnen und Städtisches Orchester
=====

Dezernent: Beigeordneter Dr. Dr. Klaus R e v e r m a n n

Intendant: Horst Alexander S t e l t e r

Generalmusikdirektor: Bernhard C o n z

Amtsleiter: Geschäftsf. Direktor Wilhelm H e i w i n k e l

Zahl der Dienstkräfte in der Verwaltung: 1 Beamter

16 Angestellte

(Sonst. Personal s. Stat.
Jahrbuch 1967)

Im Berichtsjahr fanden statt:

Stadttheater:	290 Vorstellungen mit	182 526 Besuchern
Theater am Alten Markt:	250 Vorstellungen mit	79 911 Besuchern
Studio am Alten Markt:	10 Vorstellungen mit	800 Besuchern
insgesamt:	550 Vorstellungen mit	263 237 Besuchern
darunter:		
Volksbühne	53 1/2 Vorstellungen mit	32 558 Besuchern
Jugendkulturring	31 Vorstellungen mit	16 057 Besuchern

Durch den Bielefelder Besucherring wurden 56 148 auswärtige Besucher in die Vorstellungen gebracht.

Im Stadttheater Minden wurden 14 Vorstellungen (5 Opern, 3 Operetten, 6 Schauspiele) für 6 838 Besucher gegeben.

In der Weserbergland-Festhalle in Hameln fand 1 Schauspielaufführung vor 836 Besuchern statt.

Erstmalig konnte mit der Stadt Herford ein Gastspielvertrag abgeschlossen werden. 1 Operette und 1 Schauspiel wurden im dortigen Stadttheater vor 1 136 Besuchern aufgeführt.

Anlässlich der "Woche der Begegnung mit Polen" in Hamburg wurde eine Studio-Aufführung mit "Striptease" und "Karl" - 2 Einakter von Slawomir Mrozek - im "Theater im Zimmer" gebracht. Die Besucher waren hauptsächlich geladene Gäste.

In der Spielzeit 1967/68 war gegenüber der vorhergegangenen Spielzeit im Abonnement ein kleiner Rückgang zu verzeichnen.

Die Eintrittspreise der Städt. Bühnen wurden ab Beginn der Spielzeit 1967/68 um 10 % erhöht.

Das Städt. Orchester veranstaltete in der Rudolf-Oetker-Halle 10 Sinfoniekonzerte der Reihe A (Freitag) und 5 Sinfoniekonzerte der Sonntagsreihe bei 23 597 Besuchern.

3 115 Schüler der hiesigen Schulen besuchten die an den Vormittagen der Konzerttage stattfindenden Generalproben.

Die Preise der Konzertreihe A wurden um 20 % und die der Sonntagsreihe um 10 % erhöht.

Sozialamt

=====

Dezernent: Beigeordneter Sigismund K o c h

Amtsleiter: Stadtoberamtmann Hermann B o h n e n k a m p

Zahl der Dienstkräfte: 22 Beamte

23 Angestellte

Organisation

Die bisherige Heimabteilung wurde mit Wirkung vom 4.8.1967 in die Abteilung "Altenheime und Altenhilfe" umbenannt. Neben der Verwaltung des Wilhelm-Augusta-Stiftes und des Upmannstiftes ist die Abteilung für alle Maßnahmen der Altenhilfe zuständig.

Regelsätze und Heimpflegekosten

Die vom Rat der Stadt ab 1.6.1966 festgesetzten Regelsätze wurden im Berichtsjahr nicht geändert.

Für Pflegekinder wurden auch im Berichtsjahr die tatsächlich entstandenen notwendigen Kosten übernommen.

Die Kommission zur Beratung von Pflegesatzfragen im Lande Nordrhein-Westfalen vereinbarte, ab 1.1.1967 folgende neue Pflegesätze für die westfälischen Heime :

	bis 1961 fertig- gestellt DM	ab 1962 fertig- gestellt DM
1. <u>Altersheime</u>		
Einbettzimmer	10,30	11,35
Zweibettzimmer	8,90	9,95
Mehrbettzimmer	8,50	9,55
<u>Erhöht Pflegebedürftige im</u>		
Einbettzimmer	13,25	14,30
Zweibettzimmer	11,85	12,90
Mehrbettzimmer	11,35	12,50
<u>Schwer Pflegebedürftige im</u>		
Einbettzimmer	17,75	18,80
Zweibettzimmer	16,35	17,40
Mehrbettzimmer	15,95	17,--
2. <u>Kinderheime</u>		
Säuglinge u. Kleinstkinder	9,95	10,95
Kinder im Alter v. 2 - 7 J.	9,95	10,95
Kinder über 7 Jahre	9,35	10,35
3. <u>Mütter- u. Säuglingsheime</u>		
Säuglinge u. Kleinstkinder	10,25	
Mütter	9,15	
4. <u>Vorasyle</u>	8,85	
5. <u>Jugendheime</u>	9,75	

Für mehrere Heime wurden hiervon abweichende Sonderpflegesätze festgesetzt. Die Pflegesatzerhöhungen wurden im allgemeinen mit gestiegenen Personalkosten begründet.

Sozialhilfeleistungen wurden im Berichtsjahr 1967 gewährt:

- a) Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen einschl. pauschalierter Kriegsfolgenhilfe,
- b) Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen für Zugewanderte aus der SBZ und dem Sowjetsektor von Berlin.

	Parteien	Pers.	Aufwand DM
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten			
a)	1 004	.	1 726 254,63
b)	5	.	10 743,35
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in Anstalten			
a)	-	120	301 421,36
Einmalige Hilfen zum Lebensunterhalt			
a)	Die Parteien und Personen wurden zahlenmäßig nicht erfaßt.		348 214,79
b)			1 380,-
Hilfe in besonderen Lebenslagen außerhalb von Anstalten insges.			
a)	.	184	379 606,54
b)	.	4	5 181,49
Hilfe in besonderen Lebenslagen in Anstalten insgesamt			
a)	.	49	195 662,29
b)	.	1	

Wirtschaftliche Jugendhilfe nach dem JWG wurde neben den laufenden Leistungen nach dem BSHG gewährt, und zwar

- a) Hilfe zur Pflege und Erziehung Minderjähriger außerhalb von Anstalten an 94 Kinder mit 151 216,10 DM.
- b) Hilfe zur Pflege und Erziehung Minderjähriger in Anstalten an 128 Kinder mit 477 332,76 DM.

Die Kostenerstattung an andere Träger der wirtschaftlichen Jugendhilfe betrug 41 446,21 DM.

An Erstattungen von Leistungen zu a) und b) wurden von auswärtigen örtlichen Trägern 36 759,63 DM, von überörtlichen Trägern 69 110,62 DM eingezogen.

Weihnachtsbeihilfen wurden auf Grund eines Beschlusses des Rates der

Stadt in Höhe von insges. 103 511,- DM gezahlt. Die Landeszuschüsse zu den Weihnachtsbeihilfen an Bedürftige fielen weg, die bisher geleisteten Zuschüsse des Landes sind als mit den Schlüsselzuweisungen abgegolten anzusehen.

Ausbildungsbeihilfen nach dem Bundessozialhilfegesetz zum Besuch von Realschulen, höheren Schulen und Fachschulen sowie für Lehrberufe wurden in 44 Fällen gewährt. Der Gesamtaufwand betrug 80 695,50 DM.

Der auffallende Rückgang der Zahl der gewährten Ausbildungsbeihilfen - im Vergleich zum Vorjahr - beruht auf dem Ausbleiben von Zuwanderern aus den Vertreibungsgebieten. Die Zahl der zuwandernden Jugendlichen ist starken Schwankungen unterworfen.

Eingliederungshilfen nach dem Bundesjugendplan erhielten 41 jugendliche Zuwanderer aus den deutschen Ostgebieten, Mitteldeutschland und Ostberlin für den Besuch von Förderschulen, allgemeinbildenden Schulen und für die Ausbildung in Lehrberufen in Höhe von insgesamt 73 189,75 DM.

Die Zahl der Empfänger von Landeshilfe für hochgradig Sehschwache betrug am Ende der Berichtszeit 12, der Jahresaufwand belief sich auf 19 874,90 DM.

Im Rahmen der Hilfe für geistig Behinderte und Suchtkranke sowie Hilfe für Körperbehinderte, Seh-, Hör- und Sprachgeschädigte wurden im Berichtsjahr betreut:

837 geistig Behinderte, 55 Suchtkranke, 321 Körperbehinderte, 14 Blinde, 47 Hör- und Sprachgeschädigte.

Fürsorgestelle für Kriegssopfer

Die der Fürsorgestelle im Rahmen der §§ 25 - 27 des Bundesversorgungsgesetzes in Verbindung mit dem Bundessozialhilfegesetz obliegenden Aufgaben wurden fortgeführt. Zunehmend wurde auch Hilfe nach dem Soldatenversorgungsgesetz für ehemalige Soldaten der Bundeswehr und ihre Hinterbliebenen gewährt.

Folgende Anträge wurden bearbeitet und folgende Beträge gezahlt:

Kapitalabfindungen	49 Fälle mit 460 568,-- DM
Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen	9 " " 42 609,86 DM
Gleichstellungen	51 "

Kündigungsanträge			
entschieden	48 Fälle		
beigelegt	18 "		
Kraftfahrzeugbeschaffungen	13 "	mit 35 500,-- DM	
Kraftstoffbeihilfen	29 "	" 10 967,-- DM	
Wohnungsfürsorge	8 "	" 50 600,-- DM	
Erholungsfürsorge	75 "	" 17 921,20 DM	
Ausweise			
an Kriegs- u. Zivilbe-			
schädigte	4324		
Zusatzausweise für die			
städt. Verkehrsmittel	441		
Berufsfürsorge - Festigung der			
Existenz	3 Fälle mit	32 000,-- DM	

Als Ausgleichsabgabe wurden von 3 Arbeitgebern 12 331,-- DM eingezogen.

Als eine Folge des wirtschaftlichen Rückganges hat sich die Zahl der Kündigungen von Schwerbeschädigten im Jahre 1967 stark erhöht. Durch Verhandlungen mit den Firmenleitungen, den Personalräten und den Vertrauensleuten der betroffenen Schwerbeschädigten gelang es der Fürsorgestelle in Verbindung mit dem Arbeitsamt fast in allen Fällen, befriedigende Lösungen zu finden und Härten zu vermeiden.

Die Zahl der ausgestellten Ausweise für Kriegs- u. Zivilbeschädigte mit Freifahrtberechtigung für die Verkehrsmittel der Stadtwerke hat erheblich zugenommen. Vor allem die Zivilbeschädigten haben von der Möglichkeit Anträge zu stellen, mehr als bisher Gebrauch gemacht.

Folgende ergänzende Leistungen wurden gewährt:

Laufende und einmalige ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt

 an Kriegsbeschädigte (einschl. Sonder-

 fürsorgeberechtigte) 54 265,03 DM

 an Hinterbliebene 126 255,70 DM.

Laufende und einmalige ergänzende Hilfe in besonderen Lebenslagen

an Kriegsbeschädigte (einschl. Sonderfürsorgeberechtigte) und

Hinterbliebene 111 140,60 DM.

Außerdem wurden einmalige Beihilfen, Darlehen sowie Ergänzungsbeihilfen in besonderen Fällen in Höhe von 73 951,-- DM gewährt.

Während die Zahl der geförderten Kinder von Schwerkriegsbeschädigten konstant blieb, ist bei den Kriegerwaisen ein deutlicher Rückgang eingetreten. Die Ursache ist darin zu sehen, daß sowohl die Ausbildung an Fachschulen als auch der Besuch von Akademien wegen des Alters der Waisen (die jüngsten Kriegerwaisen vollenden im Jahre 1968 das 23. Lebensjahr) dem Ende zugeht.

Im Berichtsjahr wurden gewährt:

	Kriegerwaisen	Kinder von Kriegs- beschädigten
Erziehungsbeihilfen zum Besuch von		
Volks-, Fach-, Real- und höheren Schulen	30	72
höheren Fach- u. Hochschulen	157	14

Dazu wurden 48 Kinder von sonderfürsorgeberechtigten Kriegsbeschädigten gefördert.

Die Gesamtaufwendungen der Erziehungsbeihilfe betragen 731 571,80 DM, davon erstatteten der Bund und die Hauptfürsorgestelle 694 767,80 DM.

Kriegsgefangenenentschädigung und Beihilfen für Heimkehrer

Im Berichtszeitraum wurden an 7 ehemalige Kriegsgefangene Entschädigungen von insgesamt 3 690,-- DM gezahlt.

An 3 Heimkehrer wurden Entlassungsgeld und Übergangsbeihilfe im Gesamtbetrag von 1 500,-- DM gewährt.

In 10 Fällen wurden die Transportkosten für Deutsche, die aus den Vertreibungsgebieten aus kriegsursächlichen Gründen zurückgeführt worden sind, mit insgesamt 7 586,39 DM übernommen.

Die Aufwendungen für die Umsiedlung Heimatvertriebener betragen in 3 Fällen 1 060,30 DM.

Betreuung von Besuchern aus Mitteldeutschland, Ostberlin und den Vertreibungsgebieten

Der Besuchsreiseverkehr von Personen aus den genannten Gebieten hielt in erheblichem Umfang an. Auffallend ist, daß aus den Vertreibungsgebieten vereinzelt auch Familien mit Kindern eine Besuchsreiseerlaubnis erhielten, wogegen aus Mitteldeutschland und Ostberlin nur Rentner oder Personen im Rentenalter nach Westdeutschland kommen durften.

3 411 Besucher erhielten Bargeldbeihilfen, 335 Krankenhilfe. An 867 Besucher wurden Gutscheine für die Bundesbahn für Zusatzfahrten innerhalb der Bundesrepublik ausgegeben, 3 088 Besucher erhielten Gutscheine für die Rückfahrt bis zur ersten Schnellzugstation jenseits der Demarkationslinie bzw. bis zur ersten Tarifstation im Währungsgebiet des Besuchers. An hilfebedürftige Gastgeber wurden in 118 Fällen Sonderbeihilfen von insges. 10 153,15 DM gezahlt. 67 Besucherinnen und Besuchern, die während ihres Aufenthalts in Bielefeld ihren Geburtstag verlebten, wurden durch Mitglieder des Sozialausschusses die Glückwünsche der Stadt übermittelt und Präsente im Werte von je rd. 15,--DM überreicht. Für 3 Besucher wurden die Unterbringungskosten übernommen, da sie von ihren Gastgebern nicht aufgenommen werden konnten.

Die an jeden Besucher gezahlte einmalige Barbeihilfe betrug wie bisher 60,-- DM. Sie wurde mit 30,--DM vom Bund, mit 20,-- DM vom Land und mit 10,-- DM aus städtischen Mitteln getragen. Daneben erhielt jeder Besucher Freifahrtscheine für die Verkehrsmittel der Stadtwerke und eine Freikarte für einen Theaterbesuch.

Unterhaltssicherungsgesetz (USG)

Die Zahl der Anträge auf Gewährung von Leistungen für Wehrpflichtige und deren Familienangehörige nahm im Berichtsjahr zu. Demgegenüber waren die Aufwendungen geringer, weil im Vorjahr im verstärkten Umfange ältere Jahrgänge zum Grundwehrdienst und zu Wehrübungen einberufen worden sind, und ab 30.7.1967 alle Grundwehrdienst leistenden Wehrpflichtigen von der Vollendung des 25. Lebensjahres ab Anspruch auf Übungsgeld haben.

Es wurden bearbeitet:

154	Anträge auf Allgemeine Leistung gem. § 5 USG	=	751 402,97 DM
20	" " Einzelleistung gem. § 6 USG	=	11 980,55 DM
457	" " Sonderleistungen gem. § 7 USG	=	233 368,55 DM
145	" " Verdienstausfallentschädigung gem. § 13 USG	=	89 580,53 DM
41	" " Härteausgleich gem. § 23 USG	=	10 685,53 DM
	insgesamt 823 Anträge	=	1 097 018,23 DM

In der Aufstellung sind die Anträge von Wehrdienstpflichtigen, die zum Ersatzdienst einberufen wurden, mit einem Aufwand von 10 322,96 DM enthalten.

Krankenversorgung für Unterhaltshilfeempfänger

Unterhaltshilfeempfänger erhielten zusätzlich Krankenversorgung nach Art und Umfang der Leistungen nach dem BSHG. 1967 wurden hierfür 198 561,33 DM aufgewendet. Die Erstattungen aus dem Ausgleichsfonds betragen 25 %.

An 36 Unterstützungsberechtigte der ehemaligen Bielefelder Sackfabrik wurden aus dem von der Stadt Bielefeld treuhänderisch verwalteten Vermögen vom Sozialamt monatlich laufende Beihilfen von insgesamt 28 980,72 DM gezahlt.

Zur Erlangung des Armenrechts in Zivilsachen wurden 455 Zeugnisse ausgestellt.

Von den von der Bundespost zur Verfügung gestellten 1 368 Freistellen für minderbemittelte Tonrundfunkteilnehmer (= 5 v.H. der Gesamtzahl der Tonrundfunkteilnehmer) waren Ende des Berichtsjahres 896 vergeben. Befreiung von der Fernsehgebühr erhielten 100 Personen.

Erholungsfürsorge für alte Menschen

248 Personen im Alter von über 65 Jahren (in besonderen Fällen bereits über 60 Jahre) wurden zur Erholung verschickt.

Es wurden folgende Heime belegt:

Kurheim Haus Hessenkopf, Goslar	mit 28 Plätzen
" Gut Sassenscheid b. Altona	" 48 "
DRK-Kurheim Bad Hüsede	" 71 "
Priv. Kurheim, Lavern	" 72 "
St. Josefs-Haus Bremen	" 17 "
Haus Ende, Herdecke	" 12 "

Die Gesamtaufwendungen betragen 73 273,90 DM, davon wurden 16 554 DM aus Landesmitteln getragen und 1 400 DM von den Kurteilnehmern als Eigenanteil eingezogen.

Der Stadt Berlin wurden 8 500 DM für Erholungsmaßnahmen für ältere einkommensschwache Bürger zur Verfügung gestellt.

Sonstige Altenhilfe

Im Rahmen der kulturellen Altenbetreuung wurden mehrere Veranstaltungen durchgeführt, die reges Interesse fanden.

Anlässlich seiner Gastspielreise gab der Mozartchor aus Sao-Paulo, Brasilien, am 23.1.1967 ein Konzert für 500 Personen in der Aula des Cecilien-Gymnasiums.

Am 19.6.1967 fand eine Sondervorstellung der Kinder-Oper "Der Igel

als Bräutigam" mit Mitgliedern der Städt. Bühnen und dem Kinderchor der Bückardtschule statt.

Am 14.11.1967 wurden die alten Mitbürger zu einer Kaffeetafel in das Haus des Handwerks geladen. Der Nachmittag wurde von Mitgliedern der Städt. Bühnen, dem Brackweder Akkordeon-Orchester und dem Kinderballett der Tanzschule Müller-Schmiecke gestaltet.

200 Personen besuchten am 4.12.1967 eine Vorstellung des "Theaters im Koffer" aus Prag.

Darüber hinaus wurden Freikarten für weitere kulturelle Veranstaltungen verteilt.

Insgesamt wurden hierfür 4 899 DM ausgegeben.

Wohlfahrtsverbände

Die freien Wohlfahrtsverbände erhielten an Zuschüssen und Beihilfen für:

Einsatz von Hauspflegerinnen	43 660,70 DM
Erholungsmaßnahmen für alte Menschen je Tag und je Person 2,- DM	23 320,-- DM
Altenhilfemaßnahmen	15 000,-- DM
Aufgaben der Bahnhofsmision	3 000,-- DM
Suchdienstarbeit und Vermißtenforschung des Deutschen Roten Kreuzes	2 000,-- DM
Frauenheim des Deutsch-Ev.-Frauenbundes	4 000,-- DM
Zuschuß an den Verein Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind e.V.	6 000,- DM
Aktion "Essen auf Rädern"	7 000,-- DM

Auf Grund des Beschlusses des Rates der Stadt vom 14. Juni 1967 wurde durch das EMNID-Institut GmbH & Co., Bielefeld, eine Repräsentativ-Untersuchung über das Thema "Die soziale Lage der alten Menschen in der Stadt Bielefeld" durchgeführt.

Jugendamt

=====

Dezernent: Beigeordneter Sigismund K o c h

Amtsleiter: Stadtoberamtmann Heinrich F r o b ö s e

Zahl der Dienstkräfte: 24 Beamte

39 Angestellte

31 Arbeiter

In den Berichten der Vorjahre wurde mehrfach auf die beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfassungsbeschwerden hingewiesen, über die das Gericht nunmehr, und zwar am 18.7.1967, nach einem Zeitraum von 5 Jahren entschieden hat. Das Gericht wies die Verfassungsbeschwerde zurück, erklärte verschiedene Bestimmungen des JWG und BSHG als mit dem Grundgesetz vereinbar, andere wiederum für nichtig. Das Urteil löste in der Fachliteratur und den einschlägigen Gremien lebhaftere Diskussionen aus. So beschloß der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge im Einvernehmen mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und anderen interessierten Stellen die Bildung eines paritätisch zusammengesetzten Ausschusses, dem die Aufgabe gesetzt ist, in Auswirkung des Urteils die allgemeinen Fragen des Verhältnisses zwischen den Trägern der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege zu erörtern und nach Maßgabe der Leitlinien des Urteils Empfehlungen für die Zusammenarbeit zu entwickeln.

Der Jugendwohlfahrtsausschuß trat achtmal zusammen. Vier Sitzungen fanden in Einrichtungen der Jugendhilfe statt; sie wurden bei dieser Gelegenheit besichtigt. Im Vordergrund der Arbeit des Ausschusses stand im Berichtsjahr die Frage der Erweiterung des Angebots an kinderfürsorgerischen Einrichtungen. Der Ausschuß regte die Schaffung weiterer Kindergärten bzw. Spielstuben in den Siedlungsgebieten am Bültmannshof und Am Großen Wiel an. Er schloß sich dem Vorschlag der Verwaltung an, in der Teutoburger Straße einen Kindergarten Stadtmitte zu errichten; der Unterausschuß "Kinderfürsorgerische Einrichtungen" hatte die vorgesehenen Räumlichkeiten zuvor besichtigt. Der Kindergarten kann nach Fertigstellung 100 Kinder aufnehmen. Mit Bedauern nahm der Ausschuß Kenntnis, daß mit dem Umbau des Kindergartens Heeper Fichten nicht begonnen werden konnte, weil das Land aus finanziellen Gründen über die beantragte Beihilfe nicht entschied, andererseits jedoch den mehrfach beantragten vorzeitigen Baubeginn nicht genehmigte.

Das Jugendheim Artur-Ladebeck-Straße 7, in dem die Jugendmusikschule untergebracht war, und das außerdem wegen seiner ungünstigen Lage und aus anderen Gründen nur in beschränktem Umfange von Jugendgruppen benutzt werden konnte, wurde ab 1.10.1967 auf 10 Jahre an die Arbeiterwohlfahrt vermietet, die dort ihre Erziehungsberatungsstelle ausbaut. Die Jugendmusikschule bezog ein Haus am Goldbach.

Arbeiterwohlfahrt und Jugendamt zeigten vom 6. - 19.3.1967 im Altstädter Gemeindehaus eine Spielzeugausstellung, in der den Kindern Gelegenheit zum Spielen gegeben wurde. Die Ausstellung zählte 12 000 Besucher.

Amtsvormundschaft

Am 31.12.1967 standen 1 306 Kinder unter Amtsvormundschaft, bei 185 Zugängen und 200 Abgängen waren es 15 weniger als am Jahresende 1966.

Außerdem wurden bearbeitet:

420 Ost-West-Verrechnungsfälle in Unterhaltssachen

126 Unterhaltspflegschaften für eheliche Kinder

12 Ehelichkeits-Anfechtungspflegschaften

Es wurden 984 213,23 DM an Unterhaltsbeiträgen vereinnahmt, 10 260,74 DM mehr als 1966.

Das auf Sparbüchern verwahrte Mündelvermögen erreichte Ende 1967 einen Stand von 493 097,06 (399 922,16)DM.

Bei Unterhaltssachen im Ost-West-Verrechnungsverkehr bestanden nach wie vor Schwierigkeiten, weil in der SBZ weniger Verrechnungspartner als in der Bundesrepublik vorhanden sind. 38 186,59 (41 899,43)DM wurden den unterhaltsberechtigten Kindern in der SBZ zur Verfügung gestellt. 318 479,73 DM werden für diese Verrechnung auf Sperrkonten verwahrt.

Für eigene Mündel wurden 112 Unterhaltsklagen eingeleitet. Im Rahmen der Amtshilfe für andere Jugendämter wurden vor dem Amtsgericht Bielefeld und vor dem Arbeitsgericht Bielefeld 96 Prozeßvertretungen übernommen.

In 390 Fällen wurde Amtshilfe für andere Jugendämter zur Ermittlung der wirtschaftlichen Verhältnisse Unterhaltspflichtiger geleistet.

In der Adoptionsvermittlung überstieg wieder die Nachfrage nach Adoptivkindern das Angebot; immerhin konnten 26 Kinder einem Elternhaus zugeführt werden. Ende 1967 waren noch 54 offene Stellen, d.h. Eltern, die sich um ein Adoptivkind bemühen, vorhanden.

Erziehungshilfe

In 171 Fällen von Ehescheidungen nahm das Jugendamt Stellung zur Frage der elterlichen Gewalt. Es wirkte in 23 Fällen von Verkehrsregelungen, d.h. Regelung des Besuchsrechts zwischen dem nichtsorgeberechtigten Elternteil und den Kindern mit.

74 männliche Minderjährige wünschten für volljährig erklärt zu werden; als Grund wurde in allen Fällen Eheschließung angegeben. In 71 Fällen wurde dem Antrag vom Vormundschaftsgericht nach Befürwortung durch das Jugendamt entsprochen.

Die Zahl der Anträge auf Fürsorgeerziehung hielt sich in den Grenzen der Vorjahre. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 16 Anträge gestellt, davon 4 für weibliche Minderjährige.

Im Wege der freiwilligen Erziehungshilfe wurden 6 weibliche und 10 männliche Minderjährige in Heimerziehung gegeben.

Für 32 Minderjährige wurden Erziehungsbeistände bestellt.

Für 53 Kinder beantragte das Jugendamt gerichtliche Maßnahmen, weil die Eltern in der Erziehung ihrer Kinder versagten oder nach der Scheidung als Träger der elterlichen Gewalt nicht in Frage kamen.

Für diese Kinder wurden Vormundschaften oder Pflegschaften eingerichtet, die in der Regel vom Jugendamt übernommen wurden, weil bei der Schwierigkeit der Fälle und der erforderlichen intensiven Betreuungsarbeit Einzelpersonen derartige Aufgaben nicht zugemutet werden können. Am Ende des Berichtsjahres führte das Jugendamt 127 derartige Vormundschaften bzw. Pflegschaften.

Unter formloser Betreuung standen am Ende des Berichtsjahres 2 174 männliche und 1 607 weibliche Minderjährige.

Am Ende des Berichtsjahres waren 151 Kinder in Familienpflegestellen untergebracht. Die Pflegestellen wurden laufend überprüft, in einem Fall wurde wegen mangelnder Pflege in gütlichem Einvernehmen mit den Pflegeeltern die Pflegehalteerlaubnis zurückgegeben. 927 uneheliche

bei der Mutter befindliche Kinder wurden überwacht.

438 Minderjährige standen unter Einzelvormundschaft, 25 unter Vereinsvormundschaft.

In der Jugendgerichtshilfe waren 364 Neuzugänge zu verzeichnen, weniger als im Jahre 1966. Das Jugendamt steht mit den in Strafanstalten und anderen Heimen untergebrachten Minderjährigen in ständiger Verbindung, was im Interesse der Betreuung nach Entlassung aus derartigen Einrichtungen unerlässlich ist. Aus besonderen Anlässen (Weihnachten, Geburtstagen) wurden die Insassen mit kleinen Geschenken bedacht.

Das städt. Kinderheim war mit 20 Plätzen voll belegt. In der von Laer-Stiftung, die von der Stadt erhebliche Zuschüsse erhält, standen zeitweilig freie Plätze zur Verfügung, eine Erscheinung, die sich auch anderen Orts in gleichen Einrichtungen gezeigt hat. Die Ursache liegt in der verstärkten Unterbringung von Kindern in Pflegestellen sowie darin, daß gegenüber früher immer mehr Mütter ihre Kinder zu sich nehmen. Zweifellos spielt hier die sich langsam wandelnde Auffassung über uneheliche Kinder eine Rolle.

Die Unterbringung älterer Kinder bereitet nach wie vor Schwierigkeiten und die Suche nach geeigneten Heimplätzen ist stets mit erheblichem Zeitaufwand verbunden.

Die Wohlfahrtsverbände erhielten auch 1967 für ihre Mitarbeit in der Jugendhilfe Zuschüsse; die Zusammenarbeit zwischen den Verbänden und dem Jugendamt war gut. Das gleiche kann über die beiden Erziehungsberatungsstellen gesagt werden, die für ihre Mitarbeit ebenfalls Zuschüsse erhielten.

In der Jugendschutzstelle waren 56 männliche Jugendliche untergebracht, die aus dem Elternhaus oder Erziehungsheimen fortgelaufen waren und wieder aufgegriffen wurden. Sie wurden nach Rücksprache mit Eltern oder Heim zurückgebracht.

Jugendpflege

Die im Bielefelder Jugendring zusammengeschlossenen 35 anerkannten Jugendverbände wurden auch 1967 von der Stadt in ihrer jugendpflegerischen Arbeit unterstützt; an Beihilfen wurden 48 000 DM gezahlt.

Die Beihilfen waren für allgemeine Ausgaben, selbständige Jugendfreizeitheime und Heime mit teiloffener und offener Tür bestimmt. Besonders gefördert wurde die politische und musische Bildung mit 15 000 DM und Berlin- und Zonengrenzfahrten mit 4 000 DM.

Für die bauliche Förderung von Jugendheimen der Verbände wurden von der Stadt im Berichtsjahr 47 100 DM aufgewendet.

Auch im Berichtsjahr hatte die Arbeit für nicht organisierte Jugendliche einen sehr großen Umfang. Als gezielt geplante Maßnahmen für diesen Personenkreis und für die in Jugendverbänden erfaßten Jugendlichen wurden von der Stadt weiterhin gefördert: der Jugend-Kultur-ring mit 68 500 DM, Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für Freizeit- und Gruppenbeschäftigungen mit 9 000 DM, politische Bildungsseminare mit 9 000 DM und der Ring politischer Jugend mit 5 500 DM.

Auch 1967 fanden die Häuser der Offenen Tür lebhaften Zuspruch. Die Stadt förderte die Arbeit in Heimen der freien Träger wiederum mit 14 800 DM; für die drei städtischen Häuser der Offenen Tür (Bunker Ulmenwall, Niedermühlenkamp und Wellensiek) wurden auch 1967 rd. 200 000 DM einschl. der Betriebs- und Personalkosten sowie der Einnahmen aus Veranstaltungen und Landeszuschüssen aufgewandt.

Die Gewerkschaftsjugend im Deutschen Gewerkschaftsbund eröffnete im Berichtsjahr an der Marktstraße ein neues eigenes Jugendheim.

Weiterhin große Aufmerksamkeit widmete das Jugendamt den zahlreichen freien Jugendclubs, die in privaten Häusern und in städtischen Gebäuden untergebracht sind. Im Berichtsjahr wurden neben den bestehenden kommerziellen Jugendzentren (Gaststätte "Eisenhütte", Johannisberg und Star-Club) zahlreiche Diskotheken in Gaststätten der Stadt eröffnet. Die Einrichtungen wurden ständig vom Jugendamt überwacht und bei ihrer Tätigkeit beraten.

An Schulungs- und Bildungsveranstaltungen des Jugendamtes nahmen 1967 an 22 Lehrgängen mit je 10 Doppelstunden 412 Personen teil.

Das Haus der Offenen Tür Am Niedermühlenkamp war an 265 Tagen geöffnet. Die Gesamtzahl der Besucher betrug rd. 135 000, davon waren rd. 25 000 Kinder im schulpflichtigen Alter und rd. 110 000 Jugendliche und Erwachsene. Von der Gesamtbesucherzahl gehörten rd. 5 000 Kinder,

Jugendliche und Erwachsene 5 im Heim zusammenkommenden Jugendgruppen an.

An den verschiedenen Veranstaltungen nahmen teil:

Offene Veranstaltungen für Jugendliche:

45 Tanzveranstaltungen an Samstagen	mit	24 750	Besuchern
38 Diskothekveranstaltungen am Freitag	"	5 700	"
45 Clubveranstaltungen am Dienstag	"	9 000	"
52 Filmveranstaltungen am Mittwoch	"	5 000	"
25 Sonderveranstaltungen (Kabarett, Laienspiel, Schauspiel u.a.)	"	7 000	"
18 Tischtennis- und Fußballspiele	"	500	Teilnehmern
1 Moped-Geschicklichkeits-Turnier	"	150	"
8 auswärtige Besuchergruppen mit	"	150	"
	zus.	52 250	Besucher bzw. Teilnehmer

Offene Veranstaltungen für Kinder:

5 Kinderfeste	mit	800	Besuchern
6 Puppentheaterveranstaltungen	"	2 000	"
6 Filmveranstaltungen	"	1 000	"
2 Sonderveranstaltungen	"	500	"
	zus.	4 300	Besucher

Geschlossene Veranstaltungen:

68 Klassenfeste (Realschulen u. Gymnasien)	mit	4 000	Besuchern
54 Sitzungen	"	1 500	"
12 Sonderveranstaltungen (Tanzabende der Schülermitverwaltung u.a.)	"	5 000	"
5 Kinderveranstaltungen	"	300	"
11 Weihnachtsfeiern	"	1 000	"
	zus.	11 800	Besucher

Die übrigen 66 650 Besucher gehörten zum Normal-Besucherkreis des Hauses außerhalb der Veranstaltungen.

1967 eröffnete das Jugendheim Niedermühlenkamp einen offiziellen Austausch mit dem Mossley Youth Club in Walsall/England mit einem Besuch der Bielefelder in Walsall. An dieser Veranstaltung und einer Studienfahrt nach Berlin nahmen 100 Jugendliche teil.

Mittelpunkt zahlreicher Kleinkunstveranstaltungen war auch 1967 das Clubheim Bunker Ulmenwall, das seine Anziehungskraft erneut erhöhen konnte.

Die Veranstaltungen waren wie folgt besucht:

Offene Veranstaltungen:

93 Jazzabende	mit	22 600	Besuchern
11 Autorenlesungen	"	1 608	"
11 Folklore- und Chanson-Abende	"	967	"
10 Kabarett- und Kleinbühnen-Veranst.	"	980	"
7 Vortrags- und Diskussionsveranst.	"	405	"

zus. 26 560 Besucher

Geschlossene Clubabende:

26 Clubabende der Ev. Studentengemeinde	mit	900	Besuchern
9 Clubabende des Int. Fahrtenclubs "Fahr mit"	"	250	"
8 Clubabende der Arbeitsgemeinschaft "Das kleine Bunkergespräch"(Theater)	"	180	"
6 Clubabende des Jugendfilmclubs	"	120	"
12 Klassenfeste	"	600	"

zus. 2 050 Besucher

Offene Clubabende

mit 12 000 Besuchern

insges. 40 610 Besucher
=====

Im Berichtsjahr wurden wieder 7 Ausstellungen junger Künstler im Bunker Ulmenwall veranstaltet.

Der Arbeit im Haus der Offenen Tür Wellensiek sind vom Raumprogramm einige Grenzen gesetzt, die Arbeit muß sich im wesentlichen auf Club- und Gruppenveranstaltungen beschränken.

Die Veranstaltungen waren wie folgt besucht:

Offene Veranstaltungen für Jugendliche:

43 Tanzabende	mit	3 440	Besuchern
45 Filmveranstaltungen am Dienstag	"	900	"
6 Veranstaltungen Pantomime/Folklore	"	200	"
29 Diskothekveranstaltungen	"	1 160	"
10 Turnier- und Sportveranstaltungen	"	240	"
8 Zeltfahrten/Radtouren	"	30	Teilnehmern

zus. 5 970 Besucher bzw.
Teilnehmer

Geschlossene Veranstaltungen:

15 Klassenfeste	mit	750	Besuchern
10 Versammlungen/Feiern/Vorträge	"	700	"

zus. 1 450 Besucher

Offene Veranstaltungen für Kinder:

43 Filmveranstaltungen am Dienstag	mit	430 Besuchern
4 Veranstaltungen, Puppentheater/Pantomime	"	400 "
4 Kinderfeste und -feiern	"	125 "
2 Veranstaltungen mit dem Zauberer	"	150 "
3 Tischtennisturniere	"	45 "
		<hr/>
zus.		1 150 Besucher

Feste organisierte Gruppen im Haus

8 Sportgruppen und Clubs; 7 Lehrgangs- und Hobbygruppen, 1 Altenclub mit insgesamt 14 170 Besuchern.

Die Veranstaltungsankündigungen "für Dich" erschienen im bisherigen Umfang. Das gleiche gilt für das Programmheft "Ferien für Dich". In Schulen, Betrieben und öffentlichen Gebäuden wurde weiterhin durch Aushang von Plakaten auf das offene Angebot für die Jugend hingewiesen.

Die Schulentlaßschrift erschien in einer Auflage von 3 000 Exemplaren. Für diese Werbung wurden an städtischen Mitteln insgesamt 3 407,95 DM aufgewandt.

In der Jugenderholungspflege wurden von den Jugendverbänden Freizeiten, Lager und Wanderungen mit 910 Teilnehmern und 14 649 Verpflegungstagen durchgeführt. Die Stadt zahlte eine Beihilfe von 25 385 DM.

Im Rahmen der internationalen Jugendbegegnung nahmen an Begegnungen in Bielefeld und im Ausland 940 Bielefelder Jugendliche teil, bedeutend mehr als im Vorjahr. Der Zuschuß der Stadt betrug 8 000 DM. 1967 besuchte erneut eine Gruppe von 40 jungen Engländern aus der Partnerstadt Rochdale/England Bielefeld.

Die Begegnungen in der Tschechoslowakei nahmen erheblich zu, erstmalig war auch eine Gruppe aus der Tschechoslowakei Gast in Bielefeld. Über diese Gruppen von Jugendlichen hinaus kamen zahlreiche junge Künstler und Theatergruppen zu Veranstaltungen des Jugendamtes, des Jugendkulturringes und der Ev. Kirchengemeinden.

Im Rahmen des Ferienhilfswerks der Wohlfahrtsverbände in Heim- und Stadtranderholungen wurden 1 696 Kinder an 35 100 Verpflegungstagen verschickt. Der städtische Zuschuß wurde im Berichtsjahr auf 25 000 DM gekürzt.

Die Familienerholung der Wohlfahrtsverbände, an der 489 Personen an 10 728 Verpflegungstagen teilnahmen, wurde erstmalig mit 5 000 DM durch die Stadt gefördert.

Die Ferienspiele des Jugendamtes auf Bielefelder Spielplätzen wurden auch 1967 vom 31.7. bis 25.8. durchgeführt. Rd. 25 000 Kinder wurden auf 11 Spielplätzen von 30 Helfern betreut, die Bielefelder Puppenspiele traten während der Ferienspiele wieder auf. Die Stadt stellte hierfür 7 000 DM zur Verfügung.

Das Jugendherbergswerk wurde von der Stadt mit 1 300 DM gefördert. 1 600 Jugendherbergsausweise wurden im Berichtsjahr ausgestellt.

Die betriebspädagogischen Seminare wurden auch 1967 mit gutem Erfolg weitergeführt; 4 Großbetriebe führten in eigener Finanzierung Aufbau-seminare mit dem durch das Jugendamt vermittelten Referenten durch.

Begleitende Erziehungshilfe für Eltern wurde in der elternpädagogischen Arbeit in Schulen, Kindergärten und Erwachseneneneinrichtungen durch zahlreiche Vorträge durch Mitarbeiter des Jugendamtes und Fachkräfte, die das Jugendamt vermittelte, gegeben.

1967 erschienen die vom Jugendamt initiierten Briefe an junge Eltern, die allen Eltern von erstgeborenen Kindern zugestellt wurden. Der Versand wurde durch Beschluß des Jugendwohlfahrtsausschusses an die Arbeiterwohlfahrt delegiert.

Im Mitarbeiterseminar für Sozialarbeiter und andere in der Erziehungsarbeit stehende Personen (Lehrer, Fürsorger, Betriebsausbilder, Polizei, Ärzte usw.) wurden 5 Abendveranstaltungen durchgeführt. An diesen Abendveranstaltungen nahmen namhafte Fachleute zum Themenkreis "neue Wege im Bereich der offenen und geschlossenen Erziehungshilfe" Stellung.

Ein ganztägiges Seminar mit Mitarbeitern der Deutschen Gesellschaft für Ehe und Familie e.V. "pro Familia" befaßte sich mit Fragen der Familienplanung und Empfängnisregelung als Forderungen an eine moderne Gesellschaft.

Gemeinsam mit der Stadtbücherei wurde auch 1967 der Katalog "Jungen

lesen, Mädchen lesen" als Hilfe für den Kauf von Büchern und die Lektüre von Kindern und Jugendlichen herausgegeben.

Ebenfalls als gemeinsame Herausgabe wurde der Katalog über die Autorenlesungen im Bunker Ulmenwall in Fortsetzung herausgegeben. Der Vorlesewettbewerb wurde ebenfalls gemeinsam durchgeführt.

Die Betreuung der Jugendlichen in der Ausländersiedlung Am Alten Dreisch wurde 1967 erstmalig regelmäßig mit Sozialschülern und den in der Siedlung tätigen Verbänden durchgeführt.

Für die Betreuung der Gastarbeiter, die vornehmlich von den Wohlfahrtsverbänden geleistet wird, stellte die Stadt 3 000 DM zur Verfügung.

Im Rahmen der Weisungsaufgaben, die das Jugendamt als Ordnungsbehörde auf dem Gebiet des gesetzlichen Jugendschutzes wahrzunehmen hat, wurden 20 Abendkontrollen in Gaststätten, in der Regel zusammen mit der Polizei, durchgeführt. Es wurden 122 Kinder und Jugendliche bei Verbotsübertretungen festgestellt; gegen Gewerbetreibende und Veranstalter wurden 2 Bußgeldbescheide erlassen sowie 1 Verwarnung ausgesprochen.

Gesundheitsamt

=====

Dezernent: Städt. Obermedizinaldirektor Dr. Heinrich R e d e k e r

Amtsleiter: Stadtamtmann Herbert G e h r i n g

Zahl der Dienstkräfte: 36 Beamte

30 Angestellte

5 Arbeiter

Am 31.5.1967 trat ein neuer vorläufiger Organisations- und Dienstverteilungsplan in Kraft, durch den der organisatorische Aufbau des Gesundheitsamtes wesentlich gestrafft ist. Während das Amt bisher in 10 Abschnitte gegliedert war, sieht der neue Plan 5 Abteilungen vor.

Tbc-Fürsorge/Labor

Die Zahl der an Tbc erkrankten Personen, deren Gesundheitszustand zu überwachen war, betrug am Ende des Berichtsjahres 1 845 (1 898), darunter 550 (570) mit einer aktiven und 155 (176) mit einer an-

steckungsfähigen Tbc.

1967 wurden 131 (110) neue aktive Tuberkulosefälle (einschl. Wiedererkrankte) festgestellt; an Tbc starben 10 (12) Personen.

361 (254) Tbc-Kranke wurden zur Behandlung in Krankenhäuser und Heilstätten eingewiesen.

Der Arbeitsanfall im Labor war wie folgt:

Röntgenleistungen	Laborleistungen
819 (797) Durchleuchtungen	6 415 (5 640) Harnuntersuch.
2 586 (3 637) Filmbefunde	375 (440) Blutsenkungen
5 456 (5 644) Odelka-Aufnahmen	156 (35) Blut morph.
	398 (25) Blut chem.

Mit 2 Röntgenbussen der Röntgen-Schirmbildstelle Westfalen-Lippe wurde in der Zeit vom 18.9. bis 25.10. für alle Personen über 14 Jahre eine kostenlose Röntgen-Reihenuntersuchung durchgeführt. Zu diesen offenen Terminen erschienen 29 532 (von 143 256 Personen = 20,4 %). Dazu wurden in geschlossenen Terminen (Betrieben, Schulen usw.) 23 124 Schirmuntersuchungen vorgenommen = insgesamt 52 565. Das Ergebnis von 380 (= 0,72 %) krankheitsverdächtigen Befunden beweist die Notwendigkeit solcher Röntgen-Reihenuntersuchungen.

Vorsorge-Untersuchungen

Die nach den §§ 17, 18 BSeuchG jährlich vorgeschriebene Untersuchung des Personals des Lebensmittelgewerbes konnte immer noch nicht befriedigend durchgeführt werden. Von den bisher erfaßten 5 417 Beschäftigten wurden im Berichtsjahr 2 206 (2 104) untersucht.

Hygiene

1967 wurden 348 (363) übertragbare Krankheiten im Sinne der §§ 3 ff BSeuchG gemeldet und überwacht, darunter 155 (176) Erkrankungen an Tbc; 50 Dauerausscheider von pathogenen Darmkeimen wurden überwacht und beraten. 220 (298) Haus- und Anstaltsdesinfektionen waren notwendig. 9 406 (8 977) Päckchen bzw. Pakete für den Versand in die SBZ wurden desinfiziert.

Neben den regelmäßig durchgeführten hygienisch-bakteriologischen Untersuchungen des Trinkwassers aus der zentralen Wasserversorgungsanlage wurden aus 580 privaten und öffentlichen Einzelbrunnen, die zum großen Teil noch als Trink- und Gebrauchswasserbrunnen genutzt werden, Wasserproben entnommen; nach Auswertung durch das Hyg.-Bakt.

Institut oder das Untersuchungsamt wurden geeignete Maßnahmen ergriffen.

Nerven-, Gemütskranken- und Süchtigenfürsorge

Die Fürsorgestelle für Nerven- und Gemütskranke betreute 1 178 (1 193) Personen, von denen 144 (159), (57 (57) Männer, 87 (102) Frauen) in stationäre Behandlung gebracht wurden. In 40 Fällen erfolgte die Einweisung wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

In der Fürsorgestelle für Alkoholkranke wurden 271 Personen betreut, 21 (35) Alkoholsüchtige erhielten Entziehungskuren.

Geschlechtskrankenfürsorge

Der Beratungsstelle wurden 118 (114) geschlechtskranke Personen gemeldet, darunter 13 (19) unter 21 Jahren. Die Zahl der gemeldeten Prostituierten schwankt zwischen 40 und 46 (41).

Fürsorge für Mutter und Kind

In 56 (55) Kursen für werdende Mütter einschließlich Schwangerschaftsgymnastik wurden 1 350 (1 118) Mütter betreut. An Gymnastikkursen und Kursen nach der Geburt nahmen 460 (305) Mütter teil.

In den 14 Mütterberatungsstellen wurden im Berichtsjahr 1 779 Säuglinge (bis zur Vollendung des 1. Lebensjahres) und 2 312 Kleinkinder z.T. mehrmals vorgestellt. Im Durchschnitt wurde mithin jede Mütterberatung monatlich von rd. 25 Müttern aufgesucht.

Schulgesundheitspflege

Es wurden insgesamt 7 760 Schüler untersucht, und zwar in:

Volksschulen	5 297
Realschulen	1 070
Gymnasien	743
Berufsschulen	457
Sonderschulen	193

Auf Sonderschulbedürftigkeit wurden 105 (118) Schüler untersucht.

Zahnklinik

Insgesamt wurden 23 538 (15 936) Kleinkinder, Schüler und Schülerinnen zahnärztlich untersucht. Davon waren

11 774 (6 800) Volksschüler
4 771 (2 416) Realschüler und Gymnasiasten

3 918 (5 155) Berufsschüler

2 275 (1 565) Kinder in Kindergärten

Bei 11 442 Kindern wurden Schäden an den Zähnen, bei 4 441 Kindern Kieferanomalien festgestellt.

Kurheilmfürsorge für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

654 (704) Kinder und Jugendliche sowie 157 (162) Erwachsene nahmen an Heilkuren teil. Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege erhielten für Erholungskuren in 113 (88) Fällen Zuschüsse. Außerdem wurden 12 (11) Mutter-Kind-Kuren bewilligt.

Körpergeschädigten- und Körperbehinderten-Fürsorge

Betreut wurden 260 (258) Personen, darunter 12 (11) Contergankinder.

Am orthopäd. Turnen und am orthopäd. Schwimmen nahmen 736 (734) haltungsgeschädigte Kinder teil.

An den monatlich stattfindenden orthopäd. Sprechtagen wurden 564 Kinder und Jugendliche von einem Facharzt der Orthopädie untersucht.

392 (244) Kinder und Jugendliche wurden bei den Sprechtagen von dem Sprachheilbeauftragten der Stadt auf ihre Sprache getestet. An den 12 Sprachheilkursen nahmen 63 (60) sprachgestörte Kinder und Jugendliche teil. Kinder mit schweren Sprachfehlern unterrichtete der Sprachheilbeauftragte im Einzelunterricht. In der Tagesstätte in Brackwede wurden durchschnittlich 22 Kinder (spastisch-gelähmt) betreut.

Wirtschaftliche Tbc-Hilfe

Die Zahl der betreuten Parteien betrug 302 (314). 110 (136) Heilkuren wurden vermittelt und für Hausrat und Bekleidung 118 (152) Beihilfen bewilligt.

Krebsberatungsstelle

511 (391) Frauen suchten die Krebsberatungsstelle auf. 423 (312) waren ohne Befund, 1 (1) Fall wurde als Ca-Erkrankung bestätigt. In 3 Fällen war eine bereits behandelte Ca-Erkrankung ohne Rückfall. Andere gynäkologische Erkrankungen wurden bei 84 Frauen festgestellt.

Impfungen

Es wurden folgende Impfungen durchgeführt:

- 4 106 (3 652) Pockenschutzimpfungen
- 1 624 (1 260) Dreifach-Impfungen (Di.-Pert.-Tet.)
- 1 507 (1 812) Zweifach-Impfungen (di.-Tet.)
- 8 421 (7 932) Oral-Schluckimpfungen gegen Kinderlähmung
- 3 045 (3 263) BCG-Impfungen bei Neugeborenen und Kleinkindern

Familienfürsorge

Die Tätigkeit der Sozialarbeiterinnen in der Familienfürsorge besteht zunehmend in Beratungen bei Lebensproblemen von Familien, Kindern, Jugendlichen und alten Menschen.

Städt. Krankenanstalten

=====

Dezernent: Städt. Obermedizinaldirektor Dr. Heinrich R e d e k e r

Ltd. Chefarzt: Prof. Dr. Erich K l e i n

Verwaltungsleiter: Städt. Verwaltungsrat Kurt W i e p r e c h t

Zahl der Dienstkräfte: 18 Beamte

386 Angestellte

195 Arbeiter

Belegung: +)

Stationäre Patienten am Jahresanfang 424 (408)

Zugänge im Berichtsjahr 10 972 (10950)

11 396 (11358)

Abgänge 11 034 (10934)

Bestand am Jahresschluß 362 (424)

Auf diese Patienten entfielen 214 242 (211 933) Berechnungstage (Aufnahmetag und Entlassungstag je ein Tag) bzw. 203 208 (200 999) Pflage tage (Aufnahmetag und Entlassungstag zusammen ein Tag).

Die durchschnittliche Verweildauer der Patienten (einschl. gesunde Neugeborene) betrug 18,4 Tage.

+) Die Zahlen schließen auch Neugeborene ein und weichen insoweit von den Angaben im Statistischen Jahrbuch 1967 ab

Von den in den Städt. Krankenanstalten während des Berichtsjahres behandelten Patienten wohnten

58,2 (60,4) %	in der Stadt Bielefeld
24,3 (24,9) %	im Landkreis Bielefeld
14,4 (12,6) %	im übrigen Reg.-Bez. Detmold
3,0 (2,0) %	im übrigen Bundesgebiet und
0,1 (0,1) %	im Ausland
<u>100,0(100,0) %</u>	

Kostenträger für die stationär behandelten Patienten waren:

Krankenkassen	zu 80,0 (81,0) %
Sozialamt der Stadt Bielefeld	" 1,0 (0,8) %
Ausw. Sozialämter	" 0,5 (0,5) %
Berufsgenossenschaften	" 2,5 (2,4) %
Tbc-Hilfe	" 0,2 (0,2) %
Begutachtungsfälle	" 1,6 (1,4) %
Heilverfahren	" 0,3 (0,2) %
Selbstzahler I. Klasse	" 0,9 (0,7) %
Selbstzahler II. Klasse	" 9,3 (9,0) %
Selbstzahler III. Klasse	" 3,7 (3,8) %
	<u>100,0 (100,0) %</u>

Im Jahresdurchschnitt standen täglich 700 (693) Betten einschl. 29 Betten für Säuglinge zur Verfügung. Bei einer durchschnittlichen Belegung von 557 (551) Betten betrug die Bettenausnutzung 79, 6 (79,5) %.

Geburten und Sterbefälle

Im Berichtsjahr wurden in den Städt. Krankenanstalten 910 (1 014) Kinder geboren.

768 Patienten erlagen trotz Einsatzes aller ärztlichen und pflegerischen Kräfte der Schwere ihrer Erkrankung oder ihrer Verletzungen; in dieser Zahl sind 39 Personen enthalten, die bereits tot eingeliefert oder die tot geboren wurden.

Entwicklung der Pflegesätze:

I. Pflegeklasse	vom 1. 1. - 15. 1.1967 = 54,-- DM
	" 15. 1. - 15. 7.1967 = 56,70 "
	" 15. 7. - 31.12.1967 = 64,-- "

II. Pflegeklasse	vom 1. 1. - 15. 1.1967 = 43,-- DM
"	15. 1. - 15. 7.1967 = 45,15 "
"	15. 7. - 31.12.1967 = 48,-- "

III. Pflegeklasse und Kassenpatienten

	vom 1. 1. - 5. 1.1967 = 33,85 "
"	6. 1. - 31.12.1967 = 35,55 "

Ambulante Behandlungsfälle:

Die Zahl der ambulanten Behandlungsfälle betrug im Berichtszeitraum bei

Selbstzahlern	1 780 (1 747)
Kassenpatienten	6 726 (6 355)
Betriebsunfällen	6 028 (6 533)
Gutachten	1 256 (1 532)

Blutbank

Im Jahre 1967 standen den Städt. Krankenanstalten ständig 1 183 (1 330) Personen als Spender für Blutübertragungen und Blutkonserven zur Verfügung. So konnten insgesamt 3 377 (3 508) Blutkonserven hergestellt werden, von denen 2 939 (3 117) im Hause verbraucht und 438 (491) an andere Krankenhäuser abgegeben wurden. Für einen vorübergehenden stärkeren Bedarf und einige besondere Blutgruppen mußten 1 248 (1 458) Blut- und Plasma-Konserven von Blutzentralen des Dt. Roten Kreuzes und anderen Instituten bezogen werden; hiervon wurden 103 Konserven an andere Krankenhäuser abgegeben.

Ausbildungsstätten für Pflege- und med.-techn. Personal

Die Krankenpflegeschule der Städt. Krankenanstalten wurde im Berichtszeitraum von 50 Schülerinnen des Ev. Diakonievereins Berlin-Zehlendorf und 6 Schülern besucht. Das bereits im Vorjahr festgestellte zunehmende Interesse für den Pflegeberuf setzte sich auch im Berichtsjahr fort; auf lange Sicht betrachtet ist mit einer geringfügigen Besserung der Personalsituation im Pflegebereich zu rechnen.

Die Lehranstalt für med.-techn. Assistentinnen wurde im Berichtsjahr von 59 Schülerinnen besucht.

Sonstiges

Die Personalsituation hat sich weiter gebessert. Im ärztlichen und pflegerischen Personalbereich wurden rd. 80 Kräfte gewonnen, so daß

nicht nur eine fühlbare Entlastung der vorhandenen Fachkräfte eingetreten ist, sondern zunehmend auf die Heranziehung ungelernter orts- und sachkundiger Aushilfskräfte verzichtet werden konnte.

Die Gewinnung von Wirtschafts- und Hilfspersonal war im Jahre 1967 verhältnismäßig leicht. Leider eignen sich diese Kräfte vielfach nicht für eine Dauerbeschäftigung. Die Personalfluktuation in diesem Bereich war nach wie vor groß.

Die vom Gesundheitsausschuß im Jahre 1966 angeregten Maßnahmen zur Besserung der Personalsituation und Entlastung des Pflegepersonals wurden vorangetrieben bzw. abgeschlossen:

Umbau des alten Kesselhauses :

Eine neue Müllverbrennungsanlage mit erheblich größerer Kapazität, die allen neuzeitlichen Sicherheitsbestimmungen entspricht, wurde in Betrieb gesetzt. Der alte Verbrennungsofen wurde abgebrochen. Der so gewonnene Raum ermöglicht die dringend notwendige Erweiterung der Wäscherei. Die Bauarbeiten gingen so zügig voran, daß bereits Ende 1967 die erforderlichen Geräte gekauft werden konnten.

Schwestern- und Personalwohnheim :

Ende November wurde mit den Ausschachtungsarbeiten zum Bau eines Schwesternwohnheimes an der Eduard-Windthorst-Straße mit 49 Einzelzimmern begonnen.

Zusammenlegung von Haupt- und Diätküche:

Aus personellen und organisatorischen Gründen und um die Qualität der Krankenkost zu verbessern, soll die Diätküche, die bisher in einem kleinen Nebengebäude untergebracht war, in die Hauptküche einbezogen werden. Gleichzeitig soll durch die Aufstellung neuzeitlicher Elektrokochgeräte die Leistungsfähigkeit der Küche erhöht werden. Die Großkochgeräte, Küchenmaschinen, Arbeitstische und Kleingeräte wurden Ende des Berichtsjahres gekauft. Die Aufstellung verzögerte sich, da die vorhandene elektrische Energie nicht ausreicht und deshalb der Bau einer neuen Trafostation abgewartet werden mußte.

Transformatorstation :

Der Energiebedarf für diagnostische und therapeutische Geräte und Apparate sowie in den Wirtschaftsbetrieben (Küche und Wäscherei) stieg in den letzten Jahren ständig an. Die Inbetriebnahme weiterer

Geräte erforderte jetzt die Errichtung einer neuen Trafostation, die auch für die Zukunft eine ausreichende Energieversorgung sichert. Das Trafogebäude wurde an der Ostseite des Bunkers an der Oelmühlenstraße erstellt.

Telegammatherapieanlage (Kobaltbombe):

Umfangreiche Umbau- und Installationsarbeiten waren erforderlich, um geeignete Räume zur Aufnahme der Kobaltbombe im Bunker an der Oelmühlenstraße zu schaffen. Die Arbeiten wurden zügig vorangetrieben, mit dem Einbau der eigentlichen Therapieanlage wurde Ende 1967 begonnen; die Anlage kann Anfang 1968 benutzt werden.

Erweiterung des zentralen Hol- und Bringendienstes:

Zur weiteren Entlastung des Pflege- und Stationspersonals wurden weitere Aufgaben dem zentralen Hol- und Bringendienst zugewiesen, und zwar: der tägliche Transport der Schmutz- und Frischwäsche, der Küchen- und sonstigen Abfälle, der Versorgung mit Stationsbedarf und Getränken. Die Übernahme des Medikamententransports, der Verbandstoffe, des med.-techn. Kleinbedarfs und med. Einmalgeräte wurde vorbereitet.

Trotz der Notwendigkeit, der Zweckmäßigkeit und der von allen Seiten (Patienten und Personal) anerkannten Wirksamkeit dieser Maßnahmen wird die gleichzeitige Fortsetzung der Überlegungen bezüglich einer Neugestaltung der Städt. Krankenanstalten an Wichtigkeit nicht verlieren, sondern gewinnen. Die unaufhaltsame Entwicklung auf dem Gebiete der klinischen Medizin stellt an das Haus zunehmend räumliche und organisatorische Ansprüche, die nur durch großzügige Baumaßnahmen oder durch weiteren Verlust an Krankenbetten befriedigt werden können.

Ausgleichsamt

=====

Dezernent: Beigeordneter Sigismund K o c h

Amtsleiter: Stadtoberamtmann Josef E u s t e r g e r l i n g
(bis zum 31.3.1967)

Stadtoberamtmann Franz R a t h k e
(ab 1.4.1967)

Zahl der Dienstkräfte: 22 Beamte

29 Angestellte

Das 19. Änderungsgesetz brachte einige wesentliche Änderungen des

Lastenausgleichsgesetzes (LAG). Im Mittelpunkt steht eine beträchtliche Erhöhung der Grundbeträge der Hauptentschädigung, wobei für die Verzinsung und Erfüllung der zusätzlichen Beträge eine gesonderte Regelung getroffen wurde. Bestimmte Geschädigte, bei denen bisher die Merkmale der Auswanderung in das Ausland nicht vorlagen, sind durch Änderung des § 230 Abs. 1 Satz 2 LAG bei Vorliegen der Staatsangehörigkeitsvoraussetzungen antragsberechtigt geworden. Ferner wurden vertriebene oder ostgeschädigte Sowjetzonenflüchtlinge, die bis zum 31.12.1969 (bisher 1965) den ständigen Aufenthalt im Geltungsbereich des LAG genommen haben bzw. nehmen, auf Grund der Änderung des § 230 Abs. 2 Nr. 3 LAG nunmehr ebenfalls antragsberechtigt. Die bisher schon angewandten völkerrechtlichen Grundsätze der Schutzmacht- und Ordnungsfunktion wurden durch einen neuen § 230 a LAG, der verschiedene Regelungen im Bereich der Staatsangehörigkeit trifft, nunmehr ausdrücklich im LAG verankert. Die Abgabenseite des Gesetzes betrifft eine Änderung des § 55 a LAG, nach der Sowjetzonenflüchtlingen die Vermögensabgabe vom Finanzamt gestundet wird; hierbei sind die Ausgleichsamter beteiligt, weil Voraussetzung der Stundung ist, daß Schäden nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz festgestellt sind und eine Grundbetragsberechnung des Ausgleichsamtes vorliegt.

Kriegsschadenrente (Unterhaltshilfe, Entschädigungsrente, Beihilfe zum Lebensunterhalt und besondere laufende Beihilfe)

Auf Grund des 3. Neuordnungsgesetzes zum Bundesversorgungsgesetz vom 28.12.1966 wurden Anfang 1967 in rd. 150 Fällen die erhöhten Rentenbeträge ermittelt und ab 1. Januar 1967 auf die Kriegsschadenrente angerechnet. Das 9. Rentenanpassungsgesetz vom 28.12.1966 brachte eine Erhöhung der Sozialversicherungsrenten. Es mußten deshalb in rd. 1 500 Fällen die Rentenempfänger aufgefordert werden, ihre erhöhten Renten mitzuteilen. Die aus diesem Gesetz sich ergebenden Rentenerhöhungsbeträge waren ab 1. Juni 1967 bei der Kriegsschadenrente zu berücksichtigen. Da der Entwurf des 20. Änderungsgesetzes eine Erhöhung der Sätze der Unterhaltshilfe vorsieht, waren bei der Umrechnung bereits die erhöhten Beträge der Unterhaltshilfe anzusetzen. Es war in jedem Einzelfalle vorläufig zu überprüfen, ob durch die Erhöhung der Sätze der Unterhaltshilfe in Verbindung mit den erhöhten Renten nach dem 9. Rentenanpassungsgesetz die Unterhaltshilfe zu

kürzen war. Änderungsbescheide über die neu festgestellte Unterhalts-
hilfe sollen erst nach Inkrafttreten des 20. Änderungsgesetzes er-
teilt werden. Die Entschädigungsrenten wurden unter Berücksichtigung
der Rentenerhöhung sofort neu berechnet und entsprechende Änderungs-
bescheide erteilt.

Seit Jahren ist das Ausgleichsamt bemüht, die Rentenempfänger zu ver-
anlassen, ihre monatlichen Rentenbeträge auf ein Konto bei einer Bank
oder Sparkasse überweisen zu lassen. Eine erhebliche Anzahl der
Empfänger hatte bei den Geldinstituten auch ein Konto eröffnet. Nach
einem Erlaß des Finanzministers vom 3. Mai 1967 sollte nochmals da-
rauf hingewirkt werden, daß bei der Kriegsschadenrente in Zukunft
möglichst alle Zahlungen bargeldlos geleistet werden. Auf Grund die-
ses Erlasses wurden rd. 1 000 Rentenberechtigte schriftlich gebeten,
ein Konto einzurichten. Diese Aktion verlief erfolgreich, so daß heute
rund 90 % der Rentenempfänger ihre Rente bargeldlos beziehen. Den üb-
rigen Rentenempfängern konnte es aus persönlichen Gründen (Alter,
Gebrechlichkeit und weite Wege) nicht zugemutet werden, ein Konto bei
einem Geldinstitut einzurichten, so daß es bei der postbaren Auszah-
lung verbleiben mußte.

Das 19. Änderungsgesetz vom 3. Mai 1967 hatte für die Kriegsschaden-
rente wesentliche und sofortige Auswirkungen (Erhöhung der Entschä-
digungsrente, Erhöhung der Selbständigenzuschläge, Verlängerung der
Laufzeiten u.ä.) Bei einer großen Anzahl von Kriegsschadenrenten-
empfängern erhöhte sich der Grundbetrag der Kriegsschadenrente. Der
Mehrgrundbetrag ist ab 1. Juni 1967 bei der Kriegsschadenrente zu
berücksichtigen. Bei den Sparergeschädigten waren die neuen Grundbe-
träge von der Abteilung "Kriegsschadenrente" selbst zu ermitteln.
In diesen Fällen konnten sofort Bescheide zugunsten der Empfänger
erteilt werden. In den Fällen, in denen den Grundbeträgen Schäden
zugrunde liegen, die nach dem Feststellungsgesetz festzustellen sind
(Grundvermögen, landwirtschaftl. Vermögen, Betriebsvermögen usw.),
bleibt zunächst die Neuzuerkennung der Grundbeträge der Hauptentschä-
digung abzuwarten. Damit auch diese Geschädigten schnellstens in den
Genuß der erhöhten Rentenbeträge kommen, wurde die Abteilung "Haupt-
entschädigung" angewiesen, die erhöhten Beträge für die Renten-
empfänger bevorzugt festzusetzen.

Im Laufe des Jahres waren zur Anrechnung der Kriegsschadenrente auf die Hauptentschädigung in 348 Fällen die gezahlten Beträge an Kriegsschadenrente zu ermitteln, und zwar meistens rückwirkend ab 1949. Am Schluß des Jahres wurden rd. 1 800 Rentenempfänger gebeten, die geforderte Lebensbescheinigung beizubringen.

Am Ende des Berichtsjahres bezogen:

	Zahl der Fälle
Unterhaltshilfe	1 575 (1 663)
Beihilfen zum Lebensunterhalt	52 (49)
besondere laufende Beihilfe	30 (23)
Entschädigungsrente	1 086 (1 169)
(davon 740 (767) Fälle Entschädigungsrente und Unterhaltshilfe zusammen).	

In 329 (305) Fällen ruhte die Kriegsschadenrente am Ende des Berichtsjahres. Diese Fälle müssen überprüft werden, wenn sich die gesetzlichen Bestimmungen ändern.

Ausgezahlt wurden:

Unterhaltshilfe	3 250 868,22 (3 496 089,55)DM
Beihilfen zum Lebensunterhalt	118 908,50 (110 524,50)DM
besondere laufende Beihilfe	15 800,— (28 935,—)DM
Entschädigungsrente	903 308,84 (1 094 813,35)DM
Sterbegeld in 143 (161) Fällen	71 054,50 (72 461,70)DM.

Die Anzahl der Kriegsschadenrentenempfänger veränderte sich im Berichtsjahr wie folgt:

durch Tod ohne Rechtsnachfolger	in	164 (162) Fällen
durch Einstellungen (Verzicht), Auszahlung der Hauptentschädigung, Verbrauch des Grundbetrages	in	10 (13) Fällen
durch Ruhen der Kriegsschaden- rente	in	24 (28) Fällen.

Durch Neueinweisungen trat in der Gesamtzahl der Bezieher von Kriegsschadenrente keine wesentliche Veränderung ein.

Ausbildungshilfe

Im Berichtsjahr wurden für

5 (7) Realschüler und Gymnasiasten

9 (7) Schüler von Fachschulen

9 (24) Studierende an Hochschulen

8 (18) Lehrlinge und Anlernlinge

31 (56)

Ausbildungshilfe im Gesamtbetrage von 42 261,45 (57 609,--)DM bewilligt. Aus dem Härtefonds erhielten hiervon 8 (8) Antragsteller Beihilfen zur Berufsausbildung im Gesamtbetrage von 12 417 (10 409)DM.

39 (40) Anträge wurden abgelehnt.

Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener

Es wurde über 52 (75) Fälle entschieden, davon wurden 46 (68) Fälle anerkannt und 6 (7) abgelehnt. Die bewilligten Anträge ergaben einen Gesamtbetrag von 127 504 (275 536) RM. An Umstellungsbeträgen einschl. Altsparerzuschlag wurden hierauf durch die Kreditinstitute 9 805,53 (26 495,01) DM gezahlt.

Altsparerentschädigung

Es wurde über 12 (25) Fälle entschieden.

Hausratentschädigung (einschl. Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat und Einrichtungshilfen nach dem Flüchtlingshilfegesetz)

Die Arbeiten erstreckten sich - wie im Vorjahr - auf die unerledigten Anträge und auf die Schadenseinstufungen.

Im Berichtsjahr gingen 174 (228) Neuanträge ein.

Es wurden gezahlt:

Hausratentschädigung	111 288,09 (226 164,53) DM
Beihilfen zur Schaffung von Hausrat (Härtefonds)	7 300,-- (36 150,--) DM
Einrichtungshilfe (Flüchtlingshilfegesetz)	7 400,-- (61 350,--)DM

Hausratentschädigung erhielten:

Vertriebene	Kriegssach- geschädigte	Ost- geschädigte	Sowjetz.- Flüchtl.	Berechtigte nach dem Flü-Hilfe- Gesetz	insges.
119 (185)	6 (13)	- (-)	6 (25)	6 (49)	137(272)

Für die endgültige Eingruppierung wurden 95 (245) Fälle überprüft.

Hiervon wurden

- 23 (58) Fälle, dav. 1 (3) Sowjetzonenflüchtlinge,
in die Schadensstufe 2
- 19 (40) Fälle, dav. - (2) Sowjetzonenflüchtlinge,
in die Schadensstufe 3

eingereiht, während für

- 53 (147) Fälle die Schadensstufe 1

endgültig festgesetzt wurde.

Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe

Allgemeiner Fonds

Am 1.1.1967 lagen an Anträgen vor	5 (6)
Im Berichtsjahr gingen ein	4 (8)
zus.	<u>9(14)</u>

Es wurden bewilligt für 1 (2) Vertriebene 30 000 (32 600) DM,
abgelehnt oder zurückgezogen wurden 7 (7) Anträge, als unerledigt
verblieben am Schluß des Berichtsjahres 1 (5) Anträge.

Härtefonds

Am 1.1.1967 lagen an Anträgen vor	1 (3)
Im Berichtsjahr gingen ein	2 (2)
zus.	<u>3 (5)</u>

Es wurden bewilligt für 1 (3) Sowjetzonenflüchtlinge 30 000 (85 000)
DM, abgelehnt oder zurückgezogen wurden 2 (1) Anträge.

Als unerledigt blieben am Schluß des Berichtsjahres keine (1) Anträge.

Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft

Im Berichtsjahr gingen ein 30 (15) Anträge

Es wurden bewilligt für 2 (4) Vertriebene 20 000 (50 000) DM,
abgelehnt oder zurückgezogen wurden 24 (8) Anträge.

Als unerledigt verblieben am Schluß des Berichtsjahres 4 (3) Anträge.

Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau

Allgemeiner Fonds

Am 1.1.1967 lagen vor 105 (103) Anträge

Im Berichtsjahr gingen ein
(einschl. der durchlaufenden
Anträge) 87 (278) Anträge

zus. 192 (381) Anträge

Es wurden bewilligt

15 (6) Darlehen für Wiederaufbau
und Ersatzbau 54 600 (34 600) DM

64 (40) Darlehen zum Bau einer
Wohnung am Arbeitsplatz 133 900 (209 000) DM

- (114) Darlehen zur Ablösung
von Sammeldarlehen - (420 000) DM

79 (160) 188 500 (663 600) DM

Zurückgezogen oder sonstwie erledigt wurden 89 (116) Anträge (einschl. der vorgeprüften und an auswärtige Ausgleichsämter weitergeleiteten Anträge).

Unerledigt blieben am Jahresschluß 24 (103) Anträge.

Härtefonds

Am 1.1.1967 lagen vor 1 (6) Anträge

Im Berichtsjahr gingen ein 8 (10) Anträge

zus. 9 (16) Anträge

Bewilligt wurden

2 (5) Darlehen mit 15 200 (31 300) DM, zurückgezogen oder sonstwie erledigt wurden 6 (10) Anträge. Unerledigt blieb am Jahresschluß

1 (1) Antrag.

Darlehen an Reparations-, Restitutions- und Rückerstattungsgeschädigte nach den Überbrückungsrichtlinien (Vorleistungen nach dem Kriegsfolgenschlußgesetz

Am 1.1.1967 lagen an Anträgen vor 3)
Im Berichtsjahr gingen ein 7) zus. 10 (8) Anträge

Es wurden bewilligt 5 (4) Fälle mit 26 300 (37 400) DM,
abgelehnt oder zurückgezogen wurde - (1) Antrag.

Als unerledigt verblieben am Schluß des Berichtsjahres 5 (3) Anträge.

Schadensfeststellung

Vertreibungs-, Kriegssach- und Ostschäden

Bis zum 31.12.1967 waren an Feststellungsanträgen eingegangen

25 917 (25 572)

davon wurden erledigt durch Bescheide,
Teilbescheide, Ablehnung oder sonstwie

25 470 (24 576)

unerledigt waren am 31.12.1967

447 (996)

Im Berichtsjahr wurden erledigt

Vertreibungsschäden 1 607 (2 051))

Kriegssachschäden 328 (647))

Ostschäden 2 (6))

einschl. Gesamtbescheide,
Bescheide für Mitbeteiligte
und Erben

1 937 (2 704)

Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz

Bis zum 31.12.1967 eingegangene Anträge 507 (383)

Ein Teil der Anträge wurde bearbeitet. Bescheide konnten noch nicht erteilt werden.

Hauptentschädigung

Auf Grund des 19. Änderungsgesetzes müssen die bisher erlassenen Bescheide, das sind 13 639 Positiv- und 4 519 Negativentscheidungen, überprüft werden. Durch diese umfangreiche Mehrarbeit werden die Ausgleichsämter in ihrem Erledigungsstand zeitlich zurückgeworfen. Wenn man weiter berücksichtigt, daß die sich auf Grund des 19. Änderungsgesetzes ergebenden Erhöhungsbeträge erst ab 1.1.1972 ausgezahlt werden sollen, so kann gesagt werden, daß sich die Beendigung der Arbeiten auf dem Gebiete des Lastenausgleichs noch nicht übersehen läßt.

Mit den Umstellungsarbeiten auf Grund des 19. Änderungsgesetzes konnte erst Ende November 1967 nach Schaffung der hierfür notwendigen organisatorischen und personellen Voraussetzungen begonnen werden.

Zuerkennungen erfolgten im Berichtsjahr für

596 (867) Vertreibungsschäden mit
Grundbeträgen von 1 967 600 (3 071 100) DM

119 (174) Kriegssachschäden mit
Grundbeträgen von 194 700 (494 900) DM

715 (1 041)

2 162 300 (3 566 000) DM

58 (51) Anträge auf Zuerkennung wurden abgelehnt.

Außerdem wurden auf Grund des 19. Änderungsgesetzes zum LAG mit Wirkung vom 1.12.1967 = 84 (-) Fälle überprüft.

Die Auszahlung der Hauptentschädigung wurde für Geschädigte ab Jahrgang 1905 abwärts in unbeschränkter Höhe freigegeben. Die Auszahlung konnte trotzdem nicht in vollem Umfange erfolgen, da die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung standen.

Die Hauptentschädigung wurde erfüllt durch

Barzahlung in 2 717 (3 278) Fällen mit 5 064 600 (5 322 100) DM
(Berechtigte m. hohem Lebensalter, soziale Notstände, Spareinlagen, Kleinstbeträge, Wohnungsbauvorhaben usw.)

Umwandlung von Darlehen in 140 (213) Fällen mit 192 900 (431 700) DM

Verrechnung mit gezahlter Kriegsschadenrente in 348 (491) Fällen mit 918 200 (971 400) DM

Verrechnung mit and. Ausgleichsleistungen in - (2) Fällen mit - (3 000) DM

Schuldverschreibungen u. Schuldbuchforderungen (Lebensversich.) in 258 (547) Fällen mit 1 347 700 (2 529 100) DM

Auszahlung von Zinsen in 441 (662) Fällen mit 172 500 (235 200) DM

Gesamterfüllung 3 904 (5 193) Fälle mit 7 695 900 (9 492 500) DM

Städt. Untersuchungsamt
=====

Dezernent: Städt. Obermedizinaldirektor Dr. Heinrich R e d e k e r

Amtsleiter: Städt. Chemiedirektor Dr. Gerhard N a g e l

Zahl der Dienstkräfte: 5 Beamte

16 Angestellte

5 Arbeiter

1967 wurde der nach 2 Jahren Bauzeit fertiggestellte Neubau am Jakobuskirchplatz bezogen. Die Arbeitsmöglichkeiten haben sich dadurch wesentlich gebessert, u.a. konnte eine besondere Rückstands-

abteilung eingerichtet werden.

Vertriebenenamt und Amt für Wiedergutmachung
=====

Dezernent: Beigeordneter Sigismund K o c h

Amtsleiter: Stadtammann Willy O b e r m e i e r

Zahl der Dienstkräfte: 2 Beamte

7 Angestellte

1 Arbeiter

Vertriebenenamt

Im Jahre 1967 wurden im 17. Aufnahmesoll 232 Personen (107 Männer, 125 Frauen), davon 171 Aussiedler (78 Männer und 93 Frauen) aufgenommen. Am 31.12.1967 waren damit vom 17. Aufnahmesoll insgesamt 628 Personen aufgenommen, 28 mehr als das Soll betrug.

Im Berichtsjahr kam nur ein männl. Jugendlicher aus der SBZ, die Ausreise von 7 Personen (3 männl. und 4 weibl.) wurde legalisiert. 133 Personen fanden Unterkunft in den Übergangsheimen; 194 Personen bekamen Wohnungen; 4 Kinder wurden geboren, 3 Personen sind verstorben.

105 Kinder aus den Übergangsheimen erhielten Weihnachtstüten im Wert von je 8 DM.

28 Personen verzogen in andere Gemeinden.

Für 52 Personen aus der SBZ wurden Zuzugsgenehmigungen erteilt.

Für 248 Personen aus den unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten wurden Einladungen und Zuzugsgenehmigungen ausgestellt.

Von der Möglichkeit, Kleindarlehen bis zu 1 000 DM zu beantragen, haben einige Flüchtlinge und Vertriebene Gebrauch gemacht. Bewilligt wurden 2 Anträge über 800 DM.

201 (281) Vertriebenen- und Flüchtlingsausweise wurden ausgestellt.

3 (9) Anträge nach dem Häftlingshilfegesetz wurden anerkannt und

26 280 (16 890) DM gezahlt. Abgelehnt wurden 5 (4) Anträge.

Patenschaft Gumbinnen:

Mitte 1967 wurde die bis dahin von Angehörigen der Landsmannschaft Gumbinnen geführte Gumbinner Kartei übernommen. Es waren umfangreiche

Umstellungs- und Ergänzungsarbeiten nötig, die noch nicht abgeschlossen sind. Rd. 70 Anfragen von ehemaligen Gumbinner Einwohnern, Ämtern und Heimatortskarteien wurden beantwortet.

An Ausbildungsbeihilfen aus Landesmitteln für jugendliche Vertriebene und Deutsche aus der SBZ zur erstmaligen Schul- und Berufsausbildung stellte der Regierungspräsident in Detmold für 17 Anträge 8 625,10 DM bereit.

Zur Behebung von Notständen besonderer Art bewilligte der Arbeits- und Sozialminister NW für 6 Antragsteller Härtebeihilfen von insgesamt 8 000 DM. 2 Anträge wurden abgelehnt.

Für die kulturelle Betreuung der Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ standen zur Verfügung:

aus Landesmitteln	3 180 DM
aus städtischen Mitteln	16 820 "
insges.	<u>20 000 DM</u>

Dieser Betrag wurde für 58 kulturelle Veranstaltungen und für sonstige kulturelle Zwecke (Kauf von Büchern) verwendet.

Eingliederung nach § 13 BVFG:

	Ausweise			zus.	
	A	B	C		
Eingegangene Anträge (Pers.)	2	-	4	6	(16)
Eingliederung bejaht	11	-	3	14	(32)
Eingliederung verneint	6	-	4	10	(3)
noch nicht abgeschlossen	1	-	4	5	(23)

Vergabe von Krediten aus Landesmitteln:

Eingegangene Anträge	6	= 123 000 DM	(8 = 200 000 DM)
Bewilligte Anträge	5	= 125 000 DM	(3 = 90 000 DM)
Abgelehnte Anträge	4	= 75 000 DM	(3 = 70 000 DM)
Unerledigte Anträge	4	= 71 000 DM	(7 = 165 000 DM)

Der Abgabetermin für alle Arbeiten der Teilnehmer am 13. Mittel- und Ostdeutschen Schülerwettbewerb war der 1. März 1967. Von 338 Schülerinnen und Schülern aus 7 Schulen gingen Aufsätze, Zeichnungen, handwerkliche Arbeiten und Preisausschreiben ein.

Die Teilnehmerzahl war gegenüber dem Vorjahr (860) geringer, die Qualität der Arbeiten jedoch besser.

Der Schüler Klaus-Peter Menke von der Falk-Realschule ging mit seinem Aufsatz in seiner Gruppe als Landessieger hervor und gewann einen 14tägigen Ferienaufenthalt.

Für 26 Sieger im Preisausschreiben stiftete der Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen je ein Knaurs Lexikon.

Weitere 22 Teilnehmer erhielten vom Land wertvolle Buch- und Bildpreise sowie Schallplatten.

Auch der Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen bei der Stadt Bielefeld vergab an andere Schülerinnen und Schüler mit wettbewerbswürdigen Arbeiten 52 Buchpreise.

Zum 14. Mittel- und Ostdeutschen Schülerwettbewerb riefen der Arbeits- und Sozialminister und der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen gemeinsam am 9. September 1967 auf.

Abgabeschluß für die Arbeiten dieses Wettbewerbs ist der 1. März 1968.

Amt für Wiedergutmachung

Bis zum 31.12.1967 gingen insgesamt 2 165 (2 156) Rahmenanträge nach dem Bundesentschädigungsgesetz vom 29.6.1956 (BEG) und nach dem BEG-Schlußgesetz vom 14.9.1965 (BEG-SG) ein, von denen 2 143 (2 128) dem Regierungspräsidenten in Detmold zur Entscheidung vorgelegt wurden.

Die wegen der im BEG-SG vorgesehenen Leistungsverbesserungen bei Beginn des Berichtsjahres erfaßten 2 530 nachgemeldeten Entschädigungsansprüche verringerten sich um 63. Es zeigte sich, daß die Mehrzahl der Anspruchsberechtigten nur an einer vorsorglichen Registrierung der Ansprüche interessiert ist.

Der erhöhte Arbeitsanfall durch die Betreuung und Beratung von Heilbehandlungsberechtigten ergibt sich aus folgenden Zahlen:

Aufwendungen	nach dem BEG	37 419,99 (29 440,42) DM
	nach Landesrecht	874,90 (1 743,09) DM
	für Kurgutachten	1 730,70 (867,75) DM
	für Renten Erstgutachten	- (117,50) DM
	zus.	<hr/> 40 025,59 (32 168,76) DM

Das ist eine Steigerung um rd. 25 %.

Die Zahl der ständig Betreuten verringerte sich durch Tod von 85 auf 73, das sind etwa 25 % aller Fälle.

Betreuung heimatloser Ausländer

Die Bewohner der Ausländer-Siedlung setzen sich nach Nationen wie folgt zusammen:

360 Polen, 112 Ukrainer, 118 Jugoslawen, 98 Letten, 10 Esten, 4 Ungarn, 3 Rumänen, 1 Italiener, 1 Belgier und 131 Deutschen. Insgesamt sind es 802 Personen (221 Familien und 40 Alleinstehende).

Außerdem gehören zu dem Betreuungskreis auch Familien, die in anderen Stadtgebieten wohnen. Es wurden insgesamt 2 917 Personen betreut, die sich auf 171 Alleinstehende und 768 Familien verteilen.

An 24 bedürftige Personen wurden Bekleidung und Schuhwerk verteilt, 100 Personen erhielten Bettwäsche und Handtücher. Mit Bargeldbeihilfen wurden 41 Personen bedacht; Lebensmittel erhielten 43 Personen.

Es sind folgende Volksgruppen tätig: Lettische Tanzgruppe, polnische Ergänzungsschule und 2 Jugendgruppen, jugoslawische Ergänzungsschule und Tanzgruppe. Die Ergänzungsschulen umfassen Heimatkunde, Schreiben, Lesen und Religionsunterricht. Der Unterricht und Gottesdienste werden in den entsprechenden Muttersprachen abgehalten.

Als Stätte der Begegnung dienen die kleinen Gemeinschaftsräume Am Alten Dreisch 18. Kulturgut und Brauchtum der Heimat werden in den Gruppen gepflegt und gefördert.

In den Sprechstunden und bei den Hausbesuchen finden neben anderem auch hauswirtschaftliche Beratungen statt.

Die heimatlosen Ausländer werden betreut durch Caritas und Innere Mission, die jedoch konfessionell gebunden sind. Dagegen ist das Vertriebenenamt für alle da.

Hyg.-Bakt. Institut

=====

Dezernent: Städt. Obermedizinaldirektor Dr. Heinrich R e d e k e r

Amtsleiter: Dr. med. Manfred H a n d l o s e r

Zahl der Dienstkräfte: 35 Angestellte

9 Arbeiter

Im Jahre 1967 wurden 156 325 Proben zur Untersuchung eingesandt bzw. durch eigenes Personal entnommen. Die Verteilung der Gesamt-Probenzahl auf die verschiedenen Instituts-Abteilungen ergibt sich aus der nachgeschalteten Übersichts-Tabelle, wobei für Vergleichszwecke die entsprechenden Zahlen der Jahre 1965/66 mit angeführt wurden.

	1967	1966	1965
Typhus	44 744	42 295	41 806
Nahrungsmittel	752	784	704
Diphtherie, Scharlach	9 781	9 406	10 706
Tuberkulose	10 960	10 211	10 943
Gonorrhoe	94	91	83
Serologie	25 546	25 115	24 085
Bakteriologie	10 017	8 344	8 169
Leptospirose, Bang	422	428	445
Viruskrankheiten	431	447	457
Pilz- und parasitäre Krankh.	3 139	2 989	2 214
Klinische Chemie	36 512	35 712	34 058
Wasser, Abwasser, Flußlauf, Luftüberwachung	13 927	12 821	11 216
zus.	156 325	148 643	144 886

Wie die Übersicht erkennen läßt, ist die Gesamtzahl der Proben gegenüber dem Vorjahre erneut um 5 % angestiegen. Dieser Zuwachs war besonders augenfällig bei der bakteriologischen Abteilung, auch bei der klinisch-chemischen Abteilung sowie auf dem Wasser-Abwasser-Luft-Sektor wurden die Bemühungen um eine kontinuierliche Ausweitung des Aufgabebereiches erfolgreich fortgesetzt.

Die mit einer Steigerung des Schwierigkeitsgrades verbundene Ausweitung der Untersuchungstätigkeit war nur möglich durch eine weitere Modernisierung der apparativen Ausstattung des Institutes, wobei halb-automatische Analysengeräte bevorzugt Verwendung fanden.

Bauverwaltungsamt
=====

Dezernent: Beigeordneter Michael Fleischer

Amtsleiter: Stadtoberamtmann Hermann D o d e s h ö n e r

Zahl der Dienstkräfte: 10 Beamte

19 Angestellte

4 Parkuhrenkontrolleure

21 Arbeiter

Das Jahr 1967 brachte eine Neugliederung des Bauverwaltungsamtes. Die Geschäftsstellen des Umlegungsausschusses und des Gutachterausschusses, die bis dahin die Abteilung für Bodenordnung (62.2) beim Vermessungs- und Katasteramt bildeten, wurden organisatorisch als Bodenordnungsabteilung (60.2) dem Bauverwaltungsamt angegliedert. Eine räumliche Zusammenfassung wurde durch Raumaustausch mit dem Tiefbauamt möglich. Dem Geschäftsführer des Umlegungs- und Gutachterausschusses wurde die Leitung des Amtes übertragen, das nunmehr in 3 Abteilungen wie folgt gegliedert ist:

Verwaltungsabteilung (60.0)

Hier werden alle Aufgaben erledigt, die mit der Verwaltung der städtischen Straßenflächen zusammenhängen.

Im Berichtsjahr wurden 108 Anträge auf Kabelverlegung, 35 Anträge über Verlegung von Versorgungsleitungen und 16 Anträge auf Errichtung von Fernsprechkäusen bearbeitet und genehmigt.

Für die Sondernutzung von Straßenflächen, Aufstellung von Obst- und Gemüsekisten durch Einzelhändler auf öffentlichen Flächen, wurden 1967 3 486 DM vereinnahmt. Zur Zahlung von Anerkennungsgebühren wurden 331 Zahlungspflichtige aufgefordert. Die Einnahmen betragen insgesamt 13 769 DM. Die Einnahmen aus 14 Bedürfnisanstalten, Automaten und Personenwaagen betragen 40 500 DM.

Mit 21 Grundstückseigentümern wurden Verhandlungen über die Durchleitung von Kanälen geführt. 19 Verträge über ein Kanalduldungsrecht wurden abgeschlossen.

Die Gesamtzahl der im Stadtgebiet stehenden Parkuhren betrug Ende 1967 = 1 346. Hieraus ist eine Einnahme von 380 756,80 DM zu verzeichnen. Von den Parkuhren-Kontrolleuren wurden 5 976 Kraftfahrer schriftlich verwarnt, weil sie die Parkzeit wesentlich überschritten hatten.

Gegen 995 Fahrzeughalter wurde Strafanzeige erstattet, da sie trotz schriftlicher Verwarnung erneut die Parkzeit überschritten.

Gegen 26 Fahrzeughalter wurde eine Ordnungsverfügung erlassen, da sie ihr nicht mehr zugelassenes Fahrzeug auf einer öffentlichen Fläche abgestellt hatten. 16 Fahrzeuge mußten abgeschleppt werden, da die Aufforderung, es zu entfernen, nicht befolgt wurde. 9 Fahrzeuge wurden an verschiedene Unternehmen zur Verschrottung abgegeben.

Erschließungsabteilung (60.1)

Diese Abteilung überprüft die Erschließung der Baugrundstücke durch Straßen und Kanäle und zieht die satzungsgemäß von den Anliegern zu erstattenden Kosten dieser Anlagen ein.

1967 wurden 28 Straßen für fertig erklärt und auf Grund der Erschließungsbeitragsatzung vom 7.12.1961 abgerechnet.

1 129 907,67 DM wurden an Erschließungsbeiträgen zum Soll gestellt, davon gingen 431 062,29 DM ein. Daneben wurden 278 444,99 DM als Reste aus Vorjahren vereinnahmt; die Gesamteinnahme betrug mithin 709 507,28 DM. Gegen 67 Veranlagungsbescheide wurde Widerspruch erhoben. Neue Klagen wurden nicht erhoben.

790 137,62 DM wurden im Berichtsjahr auf Grund des § 133 des BBauG als Vorausleistungen auf Erschließungsbeiträge angefordert. Von diesem Betrag gingen 575 376,62 DM ein. Außerdem wurden als Reste aus Vorjahren 71 230,- DM vereinnahmt; die Gesamteinnahme betrug somit 646 606,62 DM.

Ablösungsbeträge nach § 67 des Landesstraßengesetzes für die Anlegung von Bürgersteigen wurden im Berichtsjahr nicht mehr angefordert. Als Reste aus Vorjahren gingen noch 3 718,78 DM ein. Das Verwaltungsgericht in Minden entschied am 8.6.1967, daß für klassifizierte Straßen keine Ablösungsbeträge erhoben werden könnten, daß sie aber für Gemein^destraßen unter den in Bielefeld angewandten Voraussetzungen berechtigt seien.

Durch die Satzung über die Erhebung einer einmaligen Gebühr für den Anschluß der Grundstücke an die Abwasseranlage der Stadt Bielefeld vom 3.1.1967 wurde die Voraussetzung zur Erhebung der Gebühr von allen Grundstücken in Bielefeld geschaffen, soweit diese noch nicht nach den Bestimmungen der außer Kraft gesetzten Satzung in der Fassung der

Bekanntmachung vom 21.8.1961 veranlagt wurden. Für diese umfangreiche Arbeit, die wegen drohender Verjährung bis zum 31.12.1970 abgeschlossen sein muß, wurden 7 außerplanmäßige Angestellte zusätzlich eingestellt.

Im Jahre 1967 wurden 4 216 Vorgänge bearbeitet. Es wurden 2 836 Heranziehungsbescheide zur Zahlung der einmaligen Anschlußgebühr gefertigt. Gegen diese Bescheide gingen 1 608 Widersprüche ein, eine Klage ist als Musterprozeß anhängig.

Für das Berichtsjahr wurden 3 988 413,67 DM zum Soll gestellt, davon gingen 386 111,62 DM ein.

Die Benutzung der städtischen Abwasseranlage durch die Eigentümer von Grundstücken, die außerhalb des Stadtgebietes liegen (angrenzende Gemeinden), erbrachte einen Betrag von 103 727,48 DM.

Darüberhinaus waren rd. 1 200 Bauanträge und 855 Entwässerungsanträge, insbesondere im Hinblick auf die Erschließung der Baugrundstücke, zu prüfen und die Einziehung der Vorausleistungen auf die Erschließungsbeiträge nach der Erschließungsbeitragsatzung vorzubereiten. Im Zusammenhang mit den Bauanträgen wurden 44 Verträge über die Überschreitung von Baufluchtlinien, den Anschluß von Dränageleitungen an die städtische Abwasserleitung, die Aufstellung von Werbetafeln und 15 Verträge über die Rückauffassung von nicht mehr für Straßenzwecke benötigten Flächen abgeschlossen.

Bodenordnungsabteilung (60.2)

Diese Abteilung umfaßt die Geschäftsstellen des Gutachterausschusses zur Ermittlung von Grundstückswerten und des Umlegungsausschusses. Außerdem werden auch andere Bodenordnungsmaßnahmen bearbeitet.

Bei der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses wurden 949 Kaufverträge ausgewertet. Sie betrafen 581 bebaute und 368 unbebaute Grundstücke. Für die Richtwertkarte 1968 - Stichtag 31.12.1967 - waren 318 Kaufpreise - reine Baulandpreise - aus den verschiedenen Stadtgebieten verwendbar. Die Auswertung bestätigte das weitere Ansteigen der Grundstückspreise, und zwar in Hauptgeschäftsstraßen um 10 %, in der Innenstadt allgemein um 8 %, in Außenbezirken um 12 %. Dagegen fiel im Gegensatz zu den Vorjahren der Preisindex für Wohngebäude auf der Basis 1913 von 541,2 im Februar auf 528 im November 1967.

Die Entwicklung der Baulandpreise innerhalb des Stadtgebiets war nicht einheitlich. Z.T. blieben die Preise konstant, z.T. wurden Spitzenpreise, insbesondere für stark ausnutzbare Grundstücke, gezahlt. Die vom Gutachterausschuß beschlossene Richtwertkarte weist Baulandpreise zwischen 20,-DM/qm und 1 300,- DM/qm aus.

Die Geschäftsstelle erteilte 1 452 Richtwertauskünfte; davon 687 an Behörden, 335 an Geldinstitute und 430 an Private. Es wurden 26 Wertgutachten erstellt.

Die Auswertung zahlreicher Kaufverträge bebauter Grundstücke ergab, daß bei alten Wohnhäusern mit nicht zeitgemäßer Ausstattung im Durchschnitt Preise erzielt werden, die etwa 20 % unter dem Sachwert liegen. Für neuere Wohnhäuser mit moderner Ausstattung werden dagegen Preise gezahlt, die immer und z.T. erheblich über dem Sachwert liegen.

Der Rat der Stadt ordnete im Jahre 1967 zwei neue Umlegungsverfahren an. Ein Verfahren erstreckte sich auf ein Neuaufschließungsgebiet, während es sich bei dem anderen Gebiet um Grenzanpassungen der vorhandenen Gewerbegrundstücke an die neugeplante rückwärtige Erschließungsstraße handelt.

Abgeschlossen wurde das Verfahren im Berichtsjahr in 6 Umlegungsgebieten für insgesamt 138 Grundstücke mit über 41 ha. Diese Fläche verteilt sich auf 2 Teilblöcke in der Innenstadt, 2 Teilblöcke und 2 Gesamtblöcke in Außenbezirken. Für einen Teilblock wurde das Umlegungsverfahren aufgehoben, weil es für die Neuordnung der Grundstücke entbehrlich wurde.

An besonders wichtigen Einzelmaßnahmen, die zum Abschluß kamen, sind zu nennen die Bodenneuordnung für die Grundstücke der Firma Oltrogge, der Deutschen Bundespost (Stufe I) und der Deutschen Bank.

Die Rechtsmittel gegen Umlegungsmaßnahmen blieben in den üblichen Grenzen. Lediglich in einem neuen Umlegungsgebiet entstanden erstmalig bereits bei der Einleitung des Verfahrens größere Schwierigkeiten; es ist mit der Ausschöpfung aller Rechtsmittel zu rechnen. Vier Wohnparteien und ein gewerblicher Mieter aus zwei abzubrechenden Häusern wurden im Berichtsjahr mit neuen Wohnungen versorgt.

Planungsamt
=====

Dezernent: Beigeordneter Michael F l e i s c h e r

Amtsleiter: Städt. Baudirektor Dieter A h l e r t

Zahl der Dienstkräfte: 10 Beamte

16 Angestellte

Wie schon in den letzten Jahren, war auch 1967 die Hauptaufgabe des Planungsamtes durch die Aufstellung und Änderung von Bauleitplänen die bauliche oder sonstige Nutzung der Grundstücke entsprechend den Vorschriften des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 vorzubereiten und zu leiten und die städtebauliche Entwicklung Bielefelds zu ordnen.

Um den Flächennutzungsplan den neuesten Bedürfnissen der städtebaulichen Entwicklung anzupassen, wurde die 14 Einzelgebiete umfassende 1. Änderung des Flächennutzungsplanes erarbeitet und das hierfür vorgeschriebene Planänderungsverfahren zum großen Teil durchgeführt. Durch diese Änderung wurden u.a. auch die Bauflächen für die Universität ausgewiesen.

Zu Beginn des Berichtsjahres befanden sich 9 Bebauungspläne für eine Gesamtfläche von rd. 312 ha und 26 Bebauungsplanänderungen im Verfahren, weitere 7 neue Bebauungspläne in der planerischen Erarbeitung. für 39 neue Bebauungspläne bzw. Bebauungsplanänderungen wurde im Laufe des Jahres das Planverfahren eingeleitet. Von den insgesamt 74 Planverfahren wurden im Berichtsjahr 50 (41 Bebauungsplanänderungen und 9 neue Bebauungspläne mit einer Gesamtfläche von rd. 273 ha) vollständig abgewickelt.

Ende des Jahres 1967 befanden sich noch 16 Bebauungspläne mit einer Gesamtfläche von rd. 310 ha und 8 Bebauungsplanänderungen im Verfahren.

Um die Bestimmungen der §§ 15 und 33 BBauG (Zurückstellung von Baugesuchen für einen Zeitraum bis zu 12 Monaten und Zulassung von Vorhaben während der Planaufstellung) zur Sicherung der Bauleitplanung anwenden zu können, beschloß der Rat der Stadt im Jahre 1967 für 3 Gebiete mit einer Gesamtfläche von rd. 92 ha neue Bebauungspläne im Sinne des § 30 BBauG aufzustellen. Außerdem wurde zu weiteren

Sicherung der Planung für ein Teilgebiet der Stadt eine Veränderungssperre angeordnet und für ein weiteres Teilgebiet eine bestehende Veränderungssperre verlängert.

Geänderte Sicherheitsvorschriften für den Flugverkehr erforderten umfangreiche Überarbeitungen der Unterlagen des Genehmigungsantrages für den Verkehrsflughafen Ostwestfalen-Lippe in Nagelsholz. Die Untersuchungen über die Auswirkung des Fluglärms - insbesondere in medizinischer Hinsicht - wurden abgeschlossen.

Vermessungs- und Katasteramt
=====

Dezernent: Beigeordneter Michael F l e i s c h e r

Amtsleiter: Städt. Obervermessungsrat Hans-Joachim P a u s

Zahl der Dienstkräfte: 12 Beamte

33 Angestellte

20 Arbeiter

Vermessungsabteilung

Für die Aufstellung der Bebauungspläne wurden die Planunterlagen gefertigt; als Grundlage diente die Flurkarte 1 : 1000, die jedoch wegen des Fehlens der Topographie und der Höhendarstellung und tlw. auch der Gebäude durch Einmessung und Kartierung ergänzt wurde. Zu den Bebauungsplänen wurden die Verkehrs- und -grünflächenpläne gezeichnet. Zur Durchführung von Hoch- und Tiefbauprojekten - insbesondere in den Bebauungsgebieten - waren zahlreiche vermessungstechnische Einzelarbeiten wie Absteckungen von Straßenbegrenzungslinien für den Straßenbau und von Baulinien für den Hochbau erforderlich.

Für die Umgehungsstraße zur B 61 und den Ausbau der Herforder Straße wurden die Planunterlagen gefertigt, und zwar wegen der Dringlichkeit in kürzester Frist.

Für den übrigen Straßenbau wurden laufend die Trassen und Bordsteinlinien abgesteckt und Längs- und Querprofile aufgenommen.

Insgesamt wurden 293 Anträge zur Durchführung von Fortführungsvermessungen entgegengenommen; darunter befanden sich folgende größere Bauvorhaben: Bültmannshof, Ditfurthstraße, Kammerratsheide, Stieg-

horster Straße, Herforder Straße.

Bei den Bauanträgen wurden die Lagepläne überprüft und die Fluchtlinien eingetragen. Bei den genehmigten Bauvorhaben wurden vor Baubeginn die Fluchtlinien abgesteckt und das Gebäude vor der Rohbauabnahme durch das Bauordnungsamt fluchtlinienmäßig kontrolliert. In vielen Fällen wurde bei dieser Fluchtlinienkontrolle das Gebäude eingemessen.

Für den Abschluß von Grundstücksverträgen wurden über 5 000 Lagepläne gefertigt. Neben der Beschaffung des Planbedarfs für die Bauverwaltung im großen Umfange wurden auch Lagepläne an Dritte gegen Gebühren abgegeben. Für die Berechnung der Erschließungskosten, Anliegerbeiträge und Straßenreinigungsgebühren wurden die Unterlagen geschaffen.

Der Stadtplan wurde in den Maßstäben 1 : 5000 und 1 : 10 000 neu gedruckt; in dem Stadtplan 1 : 5000 wurden außerdem Hausnummern eingedruckt. In den Umlegungsgebieten südlich der Straße Am Vorwerk und Baumheide wurden Grundlagemessungen durchgeführt und die neuen Grundstücke auf der Grundlage der Umlegungskarte abgesteckt.

Katasterabteilung

Der Umfang der zum ständigen Aufgabenbereich des Katasteramtes gehörenden Arbeiten hat zugenommen. Demgemäß stieg auch das Gebührenaufkommen bis zum Inkrafttreten der neuen Gebührenordnung (Kostenordnung für die Vermessungs- und Katasterbehörden vom 1.8.1967) gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um rund 28 % an. Das Gesamtaufkommen für das Jahr 1967 stieg gegenüber dem Vorjahr infolge der höheren Gebührensätze ab 1.8.1967 um etwa 47 % auf rd. 51 000 DM an. Alle anfallenden Arbeiten konnten im wesentlichen termingerecht erledigt werden, nur im Sachgebiet "Bücherfortführung" traten infolge langanhaltender Personalausfälle durch Erkrankung etwa 25 % Rückstände ein.

Teile von 6 verschiedenen Umlegungsgebieten mit einer Fläche von 32 ha wurden in das Kataster übernommen.

Im Zuge der Kartenerneuerungsarbeiten wurden Teile der Flur 19 neu vermessen. Ferner wurden 3 Blätter der Flurkarte 1 : 1000 als Rahmenkarte und 4 Teilblätter neu kartiert.

Der jetzige Bestand des Flurkartenwerkes enthält 61 Vollblätter und 64 Teilblätter, was einer Fläche von rd. 4 170 ha = 89 % des Stadtgebietes entspricht.

Das Neue Liegenschaftskataster wurde für die Fluren 65, 71 und 72 aufgestellt und übernommen. Mit der Aufstellung der Flur 70 wurde begonnen. Teile dieser Arbeiten wurden wegen Personalmangels im Werkvertrag vergeben.

Seit August 1967 ist bei der Katasterabteilung eine von der Firma Schoppe & Faeser, Minden, leihweise überlassene Rechenanlage LGP 21 in Betrieb. Die Anlage soll auf ihre Einsatzmöglichkeit und wirtschaftliche Ausnutzungsmöglichkeit untersucht werden. Sie wurde eingesetzt bei der rechnerischen Bearbeitung von größeren und mittelgroßen Fortführungsvermessungen und von 2 Umlegungsgebieten. Außerdem wurden einige größere Projekte des Tiefbauamtes (u.a. EB 61, UStrab) auf dieser Anlage gerechnet.

Im Hinblick auf den Einsatz elektronischer Rechenanlagen wurden Untersuchungen über die Einführung eines sogenannten Koordinatenkatasters angestellt. Praktische Versuche über Organisationsform, stufenweiser Erstellung, Genauigkeitsanforderung usw. werden bereits am Beispiel des Baugebietes Bültmannshof durchgeführt.

Bauordnungsamt
=====

Dezernent: Beigeordneter Michael F l e i s c h e r
Amtsleiter: Städt. Oberbaurat Eberhard H e i l m a n n
Zahl der Dienstkräfte: 26 Beamte
13 Angestellte

Die Zahl der Bauanträge nahm gegenüber dem Vorjahr etwas ab. Es gingen 1 498 (1 592) Bauanträge ein, 1 538 (1 230) Bauanträge wurden genehmigt. In dieser Zahl ist der Überhang der im Vorjahr eingegangenen Bauanträge enthalten.

Die Summe der Baukosten der genehmigten Bauvorhaben betrug 78,9 (105,7) Mill. DM. Das waren 25,5 % weniger als im Vorjahr, obwohl die Anzahl der genehmigten Bauvorhaben im Berichtsjahr größer war, ein Zeichen dafür, daß anstelle von Neubauten verstärkt Bauvorhaben kleineren Umfanges, wie Um- und Erweiterungsbauten getreten sind.

Von den Baukosten entfielen auf					
den Wohnungsbau	60,5	(57) % =	47,6	(60,2)	Mill. DM
den Industrie- u. Geschäftsbau	32	(30) % =	25,4	(31,1)	" "
den öffentlichen Hoch- bau im kommunalen Be- reich	7,5	(13) % =	5,9	(14,4)	" "

Die rückläufige Tendenz in der Bauwirtschaft war eine Folge der allgemeinen Wirtschaftslage.

Das Gebührenaufkommen betrug 435 510 (472 083) DM; rd. 8 % weniger als im Vorjahr. Ein weiterer Gebührenaussfall in Höhe von 33 229 (35 742) DM entstand durch gebührenfreie Amtshandlungen (öffentliche Bauvorhaben und Reichsheimstätten).

Durch Auflagen im Genehmigungsverfahren wurden insgesamt 2 076 (2 656) Stellplätze für Kraftfahrzeuge gefordert, darunter 845 (980) Garagen und 30 (47) durch Baulast nachzuweisende Stellplätze.

Neben den Bauanträgen gingen 970 (1 126) andere zu bearbeitende Anträge ein. Diese betrafen Werbeanlagen, Heizölbehälteranlagen, Koks- und Gasheizungsanlagen, Tankstellen, Fliegende Bauten, Abbrüche und sonstige Vorhaben.

Ferner wurden 428 (463) Bauanfragen und 1 043 (1 118) Bauanzeigen bearbeitet.

Nach den Vorschriften über den Bodenverkehr (§§ 19 bis 23 BBauG) wurden insgesamt 997 (945) Anträge geprüft. In 867 (771) Fällen wurden zu der Auflassung von Grundstücksrechtsgeschäften Negativbescheinigungen nach § 23 (2) BBauG ausgestellt, ferner wurden 120 (160) Teilungsanträge für Grundstücke genehmigt und 10 (12) solcher Anträge abgelehnt.

Von der Möglichkeit der Eintragung einer Baulast in das Baulastenverzeichnis wurde im Berichtsjahr mehr als davor Gebrauch gemacht; es waren 22 (15) Fälle. Diese Einrichtung bezweckt, wie schon in früheren Berichten ausgeführt, öffentlich-rechtliche Verpflichtungen, die der Bauherr auf seinem Grundstück nicht erfüllen kann (Schaffung

von Stellplätzen, Einhaltung von Grenzabständen - Bauwiche und Abstandsflächen - u.a. öffentlich-rechtliche Verpflichtungen), auf einem fremden Grundstück durch die Eintragung einer Baulast sicherzustellen.

Bei der Überprüfung von Altbauten wurden in 9 (12) Fällen Mietverbote, in 2 (12) Fällen wurde die Zwangsräumung angeordnet.

Die jährlich durchzuführenden Messungen des Staub- und Rußgehaltes bei Feuerungen mit Ölbrennern nach der Dritten Verordnung zur Durchführung des Immissionsschutzgesetzes im Wege der Amtshilfe durch die Bezirksschornsteinfegermeister wurden während der Heizperiode fortgesetzt.

Die Ausstattung der Heizölbehälteranlagen mit Kontrollgeräten zur selbsttätigen Anzeige von Undichtheiten wurde auf Grund der Zweiten Verordnung zur Änderung der Heizölbehälter-Verordnung weiterhin mit Nachdruck gefordert. Die Umstellung von Koks- und Ölfeuerungen auf Gasfeuerungen nahm verstärkt zu.

Die Vorbereitungen für den Entwurf einer Ortssatzung über besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung baulicher Anlagen wurden wegen der aus der Rechtsprechung über Gestaltungsfragen erkennbaren grundsätzlich negativen Einstellung der Verwaltungsgerichte vorerst eingestellt.

Amt für Wohnungswesen

=====

Dezernent: Beigeordneter Sigismund K o c h

Amtsleiter: Stadtamtmann Friedrich K i r c h h o f f

Zahl der Dienstkräfte: 12 Beamte

18 Angestellte

Wohnungsbauförderungsabteilung

Der Minister für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten NW teilte der Stadt Bielefeld durch Erlaß vom 29.5.1967 mit, daß sie in den Jahren 1967 - 1970 im Rahmen des Vierjahresplanes der Landesregierung mit Förderungsmitteln für den Bau von insgesamt 2 264 Wohnungen rechnen könne. Diese Zahlen wurden allen Bewilligungsbehörden im Land NW bekanntgegeben, um sie in die Lage zu versetzen, frühzeitig die not-

wendigen Bodenbeschaffungs- und Aufschließungsmaßnahmen einzuleiten sowie noch erforderliche Restfinanzierungsmittel einzuplanen.

Das Wohnungsbauprogramm 1967 brachte für die Bewilligungsbehörden eine Änderung des Förderungssystems. Anstelle von öffentlichen Baudarlehen wird in den kommenden Jahren der Wohnungsbau überwiegend durch Gewährung von Annuitätshilfen gefördert. Mit den Annuitätshilfen können Kapitalkosten bzw. Belastungen aus dem Kapitaldienst von Fremddarlehen in der Weise verbilligt werden, daß sich die Kapitalmarktmittel in Wirtschaftlichkeits- bzw. Lastenberechnung wie öffentliche Mittel auswirken.

Auch bei dem neuen Finanzierungssystem mit Annuitätshilfen werden weiterhin die auf fünf Jahre befristeten Aufwendungsbeihilfen gewährt.

Im Hinblick auf eine bedarfsgerechte Wohnungsbauförderung müssen in den kommenden Jahren bestimmte Schwerpunkte gebildet werden. Zu diesen Schwerpunkten gehören vor allem Wohnungsbauvorhaben für alte Menschen; somit kleinere Wohnungen, aber auch Wohnungen für kinderreiche Familien. Um diese bedarfsgerechte Förderung zu erreichen, wurden die im sozialen Wohnungsbau tätigen Architekten und Wohnungsbauengesellschaften durch Rundschreiben gebeten, alle beabsichtigten Wohnungsbauvorhaben, bevor sie planerisch und bautechnisch erarbeitet werden, mit der Wohnungsbauförderungsabteilung abzustimmen.

Die Mittel für das Wohnungsbauprogramm 1967 wurden in drei zeitlich auseinanderfallenden Abschnitten (siehe besondere Aufstellung) zugeteilt.

I. Abschnitt (10.2.1967)

= Zuteilung restlicher Bewilligungsrahmen aus dem Wohnungsbauprogramm 1966

II. Abschnitt (26.5. / 2.11.1967)

= Mittelzuteilung aus dem Landeshaushalt 1967

III. Abschnitt (3.10.1967)

= Mittelzuteilung aus dem II. Konjunkturprogramm des Bundes.

Wohnungsbauprogramm 1967 (Bewilligungsrahmen)

Lfd. Nr.	Art der Mittel	zugeteilte Bewilligungsrahmen			Bemerkungen
		I. Abschnitt	II. Abschnitt	III. Abschnitt	
1	Altenwohnungen	306 000 DM D	360 000 DM D	37 800 DM A	für 17 WE
2	"				" 20 WE
3	"				" 14 WE
4	SBZ-Programm		1 722 500 DM D		
5	Mietwohnungen und zweite		690 000 DM A		" 345 WE
6	Wohnungen in Familienheimen		78 300 DM A		" 182 WE
7	Hauptwohnungen in Familien-				" 29 WE
8	heimen und Eigentumswohnungen				" 5 WE
9	Ersatzwohnungsbau für aner-		1 600 000 DM D		" 80 WE
	kannte Räumungsfälle aus				(Ausbau d.B 61)
	Anlaß von Straßenbaumaßnahmen				
10	"			260 000 DM D	für 13 WE
					(Ausbau d. B 61/ B 68)
11	Darlehen für Wohnheime		932 000 DM D		
12	"				
13	Familienzusatzdarlehen		140 000 DM D		
14	Festbetragsdarlehen		480 000 DM D		
15	"				
16	Darlehen für Umsetzungs-		400 000 DM		keine öffentl.
	maßnahmen			96 000 DM D	Mittel
		306 000 DM	6 402 800 DM	1 447 300 DM	"

A = Annuitätshilfen
D = Darlehen

= 8 156 100 DM
=====

Infolge der späten Mittelzuteilungen war es den Bewilligungsbehörden nicht möglich, über den Bewilligungsrahmen bis zum 15.12.1967 restlos durch Erteilung von Bewilligungsbescheiden zu verfügen. Das Bauministerium führte deshalb erstmalig das kontinuierliche Bewilligungsverfahren ein.

Bewilligungsreste per 15.12.1967 galten als zugeteilte Bewilligungsrahmen 1968.

Von den insgesamt zugeteilten Mitteln von
8 156 100 DM wurden bewilligt 5 662 076 DM

Ferner wurden bewilligt:

aus Globalkontingenten der
Wohnungsbauförderungsanstalt

Familienzusatzdarlehen 55 000 DM

Wohnraumbeschaffung für Studierende 15 300 DM

Zuschüsse für Kinderreiche 58 300 DM

Aufwendungsbeihilfen 236 422 DM

aus städt. Haushaltsmitteln
(Finanzierungsbeiträge) 1 765 500 DM

Bewilligungen insgesamt 7 792 598 DM
=====

Die Zahl der geförderten Wohnungen betrug:

37 Wohnungen in Eigenheimen

446 Miet- und Genossenschaftswohnungen

zus. 483 Wohnungen

In den 483 Wohnungen sind 35 Altenwohnungen und 38 Wohnungen für kinderreiche Familien enthalten.

Außerdem wurden mit Festbetragsdarlehen (keine öffentlichen Mittel) 40 Wohnungen (Eigentumsmaßnahmen) gefördert.

An größeren Baumaßnahmen wurden gefördert:

BGB, Am Pfarracker	18 Mietwohnungen
Eintracht, Donauschwabenstr./ Schelpmilser Weg	230 Mietwohnungen
Freie Scholle, Horstheider Weg	12 Genossenschafts- wohnungen
Freie Scholle, Rabenhof	54 Genossenschafts- wohnungen
Freie Scholle, Siebenbürger Str./ Spindelstr.	81 Genossenschafts- wohnungen
Wohnungsbau Niedersachsen, Bültmannshof	24 Mietwohnungen
Freie Scholle, Bültmannshof	7 Kaufeigenheime
Vita, Westerfeldstr.	8 Kaufeigenheime

Alle öffentlich geförderten Wohnungen unterliegen hinsichtlich Nutzung und Miete den Bestimmungen des Gesetzes zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen (Wohnungsbindungsgesetz 1965). Danach bedürfen gewisse Mieterhöhungen der Zustimmung der Bewilligungsbehörde.

Im Rahmen dieses Mietgenehmigungsverfahrens wurden 48 Anträge (Wirtschaftlichkeitsberechnungen) geprüft. Die erteilten Mietgenehmigungsbescheide brachten für 255 Wohnungen Mieterhöhungen.

Im Berichtsjahr wurden bei 858 Mietkontrollen 29 Mietverstöße festgestellt.

Beanstandungen ergaben sich aus folgenden Gründen:

Unzulässige Vereinbarung freier Mieten,
Erhebung unzulässiger Umlagen außerhalb der Kostenmiete,
Mieterhöhungen für nicht genehmigte Wertverbesserungen,
Mieterhöhungen ohne Genehmigung der Bewilligungsbehörde,
pauschale Mieterhöhungen ohne Nachweis tatsächlicher Aufwendungs-
erhöhungen.

Von den Bauherren wurde die Rückzahlung der unzulässig erhobenen Mieterleistungen gefordert.

In zwei Fällen mußte die darlehensverwaltende Stelle veranlaßt werden, gegen den Bauherrn darlehensrechtlich vorzugehen.

12 Eigenheime wurden als Reichsheimstätten ausgegeben.

Wohngeldabteilung

Seit dem 1.3.1967 wird das Wohngeld durch das Rechenzentrum der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen berechnet, die Auszahlung obliegt der Oberfinanzkasse der Oberfinanzdirektion Düsseldorf.

Alle Zahlungsfälle waren bis zum 31.12.1967 auf das Landesrechenzentrum überzuleiten.

Durch die Umstellung des Bearbeitungsverfahrens auf die elektronische Datenverarbeitung war es trotz erhöhten Antragseinganges möglich, drei Planstellen einzusparen. Der Bearbeitungsrückstand wurde weiter abgebaut, er dürfte mit rd. 300 Fällen am Ende des Berichtsjahres als normal anzusehen sein.

Im Berichtsjahr wurden 3 002 (2 646) Wohngeldanträge gestellt, davon 1 898 (1 364) Weitergewährungsanträge und 1 104 (1 282) Erstanträge. Es wurden 3 133 (3 482) Anträge entschieden, und zwar 2 690 (2 737) positiv und 443 (745) negativ.

Es wurden gezahlt:

An 2 244 (1 646) Empfänger von Mietzuschüssen 1 286 165,69 (1 103 209,56) DM und an 47 (80) Empfänger von Lastenzuschüssen 34 820,50 (45 806,50) DM.

Es wurden rd. 8 500 Besucher beraten. Auf eine gründliche Beratung der Bürger wird Wert gelegt, um zu verhindern, daß eine Vielzahl von aussichtslosen Anträgen gestellt wird.

Wohnraumüberwachungsabteilung

Am 31.12.1967 waren an Wohnungsuchenden 4 495 (4 280) Parteien

erfaßt, darunter 2 644 (2 608) anerkannte Wohnungsnotstände. Die Wohnungsnotstände gliedern sich wie folgt auf:

Kinderreiche	181 (212)
Alte Menschen (über 60 Jahre)	280 (369)
Junge Ehepaare	1 059 (958)
SBZ-Flüchtlinge	59 (108)
Sonstige	1 065 (961)

Im Berichtsjahr wurden 697 Parteien mit öffentlich geförderten Wohnungen, bei denen der Stadt das Wohnungsbesetzungsrecht zustand, versorgt.

Am 31.12.1967 unterlagen 16 299 (15 599) öffentlich geförderte Wohnungen der Bestands- und Besetzungskontrolle.

Die bestimmungsgemäße Nutzung der geförderten Wohnungen wurde nach dem im Vorjahr eingeleiteten Verfahren auf Grund der von den verfassungsberechtigten eingereichten Mieterlisten geprüft.

Bis zum 31.12.1967 wurden insgesamt 16 174 Wohnungen kontrolliert. In 15 095 Fällen ergaben sich keine Beanstandungen, von 1 079 Beanstandungen wurden 514 ohne besondere Maßnahmen bereinigt. Die übrigen Beanstandungen resultierten aus fehlenden Benutzungsgenehmigungen bzw. Bescheinigungen über die Wohnberechtigung. In diesen Fällen wurden die Mieter angehalten, ihre Einkommensverhältnisse nachträglich darzulegen. In 440 Fällen wurde die Wohnberechtigung nachträglich erteilt, über die verbleibenden 125 Fälle konnte bis zum Ende des Berichtsjahres wegen noch ausstehender Unterlagen nicht entschieden werden.

Hochbauamt

=====

Dezernent: Beigeordneter Michael F l e i s c h e r

Amtsleiter: Baudirektor Curt K l e i n e r t

Zahl der Dienstkräfte: 15 Beamte

40 Angestellte

73 Arbeiter

An Haushaltsmitteln wurden im Berichtsjahr aufgewendet für:

Neubauten:	13 263 100 DM
Bauliche Unterhaltung sowie Um- und Erweiterungsbauten einschl. Inventar- beschaffung	2 212 000 DM
Unterhaltung und Ergänzung von techn. Einrichtungen	456 650 DM
Abbrüche	278 500 DM
Betriebsmittel (Strom, Gas, Wasser)	735 300 DM
Heizmittel (Koks, Heizöl, Erdgas)	1 052 350 DM
	<hr/>
Gesamtsumme:	17 997 900 DM =====

In Amtshilfe für andere Ämter wurden Leistungen im Gesamtbetrag von 700 900 DM erbracht.

Die Bautätigkeit nahm im Vergleich zum Vorjahr - gemessen an den Aufwendungen für Neubauten, einschl. technische Anlagen - um 15,7 % zu. Ihr Schwerpunkt lag im Beginn bzw. der Weiterführung von 4 Volksschulbauten, in denen insgesamt 30 Normalklassen in Nutzung genommen werden konnten.

An 2. Stelle ist die Fertigstellung von 4 Turnhallen zu nennen, weiterhin die Ausführung des neuen Kunsthause.

Für bauliche Unterhaltung und Ergänzung des Inventars und der techn. Einrichtungen bei dem vorhandenen Baubestand wurden die Ausgaben um 20 % verringert. Anstrichererneuerungen waren erforderlich bei 100 Klassen und für Fenster an 9 Schulen. Die Mittel für Betriebs- und Heizmittel erhöhten sich um 8,2 %.

Im Berichtsjahr wurden folgende Bauobjekte abgeschlossen, fortgeführt oder vorbereitet:

Schulbauten

Die 13-klassige Hellwegschule wurde fertiggestellt und zur Nutzung übergeben.

Für die 12-klassige Baumheideschule wurde ein 6-Klassen-Pavillon im Vorzug in Fertigbauweise hergestellt und bezogen. Die übrigen Gebäude wie der 2. Klassen-Pavillon, der Verwaltungs- und Sonderklassentrakt und die Turnhalle sind im Rohbau fertig. Ein 4-klassiger Erweiterungsbau befindet sich in der Planung.

Die Overbergschule erhielt einen 3-klassigen erdgeschossigen Anbau.

Zur Erweiterung und Erneuerung der Siekerschule wurden 1 Trakt mit 8 Klassen, die Turnhalle und die Hausmeisterwohnung fertiggestellt und die Heizung von Dampfauf Ferngas umgestellt. Die Lehrküche wurde umgestaltet und neu eingerichtet. Im Rohbau befinden sich der Verwaltungstrakt mit Pädagogischem Zentrum, einer Klasse und der Mütterberatung.

Die Heizungsanlage der Wichern- und Canisiusschule wurde von Koks auf Fernheizung umgestellt.

Die Kuhlo-Realschule erhielt Fernheizungsanschluß (bisher Koksheizung).

Ein Erweiterungsbau des Ratsgymnasiums, der die Sonderräume für Biologie, Physik, Werkklassen und 2 Klassenräume aufnehmen wird, wurde im Rohbau bis zum Erdgeschoß fertiggestellt. Mit der Generalüberholung des 40 Jahre alten Schieferdaches des Altbaues wurde begonnen.

Bauten der Kultur und künstlerische Erwerbungen

Bei Jahresende waren die Rohbauarbeiten am Richard-Kaselowsky-Haus (Kunsthalle) abgeschlossen und die Außenverkleidung angebracht. Mit dem inneren Ausbau wurde begonnen.

Eine Bronzeplastik "Der Bogenschütze" von Werner Hagemeister (Bielefeld) wurde vor der Sporttrainingshalle (bisher Wangenheim-Kaserne) aufgestellt.

Auf dem Hof der Gellershagenschule wurde eine Brunnenanlage gebaut. Für die Hellwegschule wurden 2 abstrakte Ölbilder von Prof. Wilhelm Pramann, Bielefeld, 2 Ölbilder "Früchte vor Schwarz und Rot" und "Bäume im Schnee" von Sigmund Strecker, Halle/W., gekauft.

Für das Wilhelm-Augusta-Stift wurden ein Aquarell "Blaue Blumen" von Robert Seiler, Bielefeld, ein Ölbild "Junge mit Kinderwagen" von Richard Sehrbrock, Elsen und Farblithos "Pavian" und "Stadt hinter dem Strom" von Karl Rödel, Mannheim angeschafft.

Bauten des Gesundheitswesens

Der Nebau des Städt. Untersuchungsamtes am Jakobus-Kirchplatz wurde fertiggestellt und übergeben.

Bei den Städt. Krankenanstalten wurde die Verbrennungsanlage erneuert. Der Luftschutzbunker wurde teilweise zur Aufnahme einer Kobal-Therapieanlage umgebaut und eingerichtet. Ein Bewegungsbad wurde im Kel-

lergeschoß des Hauses VIII eingebaut. Etwa 100 Krankenräume erhielten Neuanstriche und Abschirmungen der Waschbecken gegen Sicht. Für die gesamte Krankenhausanlage wurde eine neue elektr. Schaltanlage mit Trafostation errichtet.

Für den Neubau eines Hallenbades am Brodhagen (Ernst-Rein-Bad) wurden die Erd- und Fundamentierungsarbeiten ausgeführt.

Sportanlagen

Es wurden fertiggestellt und übergeben:

1 Turnhalle für das Ratsgymnasium

1 Turnhalle und 1 Gymnastikraum für das Bavink-Gymnasium

1 Turnhalle für die Siekerschule

1 Turnhalle für die Hellwegschule

Im Rohbau befindet sich: 1 Turnhalle für die Baumheideschule.

Auf dem Sportplatz Rußheide wurde mit dem Bau einer Regiekanzel begonnen.

Bauten der Verwaltung

Nach Abbruch der Häuser Viktoriastr. 2 und 4 wurde auf diesem Grundstück mit einem Erweiterungsbau des Rathauses begonnen (z.Z. Rohbau des Kellergeschosses), der die Städt. Telefonzentrale, Büroräume und 2 Wohnungen aufnehmen wird.

Mit dem Bau eines Arbeiterwohnhauses am Sennefriedhof wurde begonnen. Der Bauhof Sieker wurde fertiggestellt.

In einem bisherigen Stallgebäude auf dem Sennefriedhof konnten durch Umbauten (Toilettenanlage, ölgefeuerte Zentralheizung) Unterkunftsräume für Arbeiter gewonnen werden.

Sonstige bauliche Anlagen

Am Verkehrserziehungsgarten in der Schwarzkopfstraße wurde ein Unterrichtspavillon in Fertigbauweise aufgestellt. Auf dem Kesselbrink werden Wirtschaftsgebäude (Pavillons in Stahlkonstruktion) zur Aufnahme von Läden, Gaststätten, Wartehallen, Sparkassen usw. gebaut.

In Amtshilfe wurde der Altbau des Wilhelm-Augusta-Stiftes umgebaut, neu eingerichtet und teilweise erweitert zur Schaffung neuer Tagesräume und einer modernen Küche mit entsprechender Kühlanlage. Das Erdgeschoß nahm zusätzlich eine Altentagesstätte auf.

Im Berichtsjahr wurden zur Erlangung von Verkehrsräumen oder für Neubautstellen 61 Gebäude mit 94 500 m³ umbauten Raum abgebrochen.

Tiefbauamt
=====

Dezernent: Beigeordneter Michael F l e i s c h e r

Amtsleiter: Städt. Baudirektor Dieter G r e v e

Zahl der Dienstkräfte: 41 Beamte

62 Angestellte

125 Arbeiter

Straßenbauabteilung

Am Ende des Berichtsjahres waren 305 415 (301 637) km Straßen zu unterhalten. Der Umfang der Unterhaltungsarbeiten hielt sich im Rahmen der Vorjahre. Für eine Reihe bestehender Straßen, darunter einige Großbaustellen, wurden Ausbaupläne erstellt.

Ein Teilstück der Herforder Straße zwischen August-Bebel-Straße und Beckhausstraße wurde auf der Südseite auf 3,50 m Breite ausgebaut. Ebenfalls in diesem Abschnitt wurden die Haltespuren und der Bürgersteig angelegt.

Für den Bau der Unterpflasterbahn wurden Grundstücke gekauft und vorbereitende Arbeiten (Kanalisation und Verlegung von Versorgungsleitungen) durchgeführt.

Die Restarbeiten an der L 778 - Friedrich-Verleger-Straße zwischen der Bleichstraße und Turnerstraße - wurden abgeschlossen.

Mit dem Ausbau der L 785 - Werther Straße zwischen Lampingstraße und Planstraße 1250 wurde begonnen. Die Fahrbahnbreite wird 7 m zuzüglich 2 x 2 m Standspuren betragen, der Bürgersteig wird eine Breite von 2 m haben.

Die Ausbauarbeiten an der BI - S 4 - Horstheider Weg in dem Abschnitt zwischen Bultkamp und Westerfeldstraße - wurden abgeschlossen. Die Verkehrsbreiten sind wie folgt: Fahrbahn 10,50 m, Bürgersteig 3 m.

Im Berichtsjahr stand bei dem Ausbau der Gemeindestraßen die Erschließung von Baugelände im Vordergrund. In folgenden Aufschließungsgebieten wurden Straßen, Wohn- und Fußwege angelegt bzw. Restarbeiten

durchgeführt:

Aufschließungsgebiet zwischen Lerchen- und Fasanenstraße: Sperlingstraße, Fasanenstraße, Wachtelweg und Rebhuhnweg;

Aufschließungsgebiet Pläßstraße/Am Pfarracker, "Neue Heimat",

Fußweg Lietstück, Fußweg Planstraße 1295, 1296 und 1297;

Aufschließungsgebiet Baumheide: Föhrenstraße;

Am Großen Wiel, Schlehenweg und Ginsterweg sowie Planstraßen 1554 und 1555 a;

Aufschließungsgebiet Bültmannshof: Carlo-Mierendorff-Straße, Carl-v.-Ossietsky-Straße, Theodor-Haubach-Straße, Friedrich-Husemann-Straße, Fußweg Planweg 1474, Fußweg Wickenkamp.

Im übrigen Straßennetz wurden folgende Straßenabschnitte den Bebauungsplänen entsprechend ausgebaut bzw. umgestaltet:

Memeler Straße zwischen Insterburger Straße und Elpke,

Teilstück der Planstraße 1044 (Ziegelstraße),

Altenhagener Straße zwischen Finkenstraße und Elverdisser Straße,

Planstraße 1021 zwischen "In den Barkwiesen" und Straßburger Straße.

Als Baustraßen wurden begonnen, d.h. ohne Decke, Bürgersteige und Beleuchtung: Breslauer Straße zwischen Heinrich-Heine-Straße und

Hillegosser Straße, Verlängerte Hillegosser Straße zwischen Heinrich-Heine-Straße und Breslauer Straße,

Planstraße 1200 zwischen Elsa-Brändström-Straße und Planstraße 1612,

Planstraße 1612 zwischen Planstraße 1200 und Alfred-Bozi-Straße,

Erneuerung unter gleichzeitiger Beseitigung des Basaltkleinpflasters und Neuanlage der Bürgersteige, beid- u. einseitig abgesenkte Bordsteine:

Große-Kurfürsten-Straße zwischen Arndtstraße und Teichstraße,

Spindelstraße zwischen Oelmühlenstraße und Oststraße,

Henriettenstraße zwischen Apfelstraße und Sudbrackstraße,

Poststraße zwischen Apfelstraße und Sudbrackstraße,

Viktoriastraße zwischen Turnerstraße und Teutoburger Straße,

Luisenstraße, Zeisigstraße (Restausbau).

Zur Behebung der Parkraumnot wurden weitere 509 Einstellplätze für Pkws an folgenden Stellen geschaffen:

Lampingstraße 37

Wellensiek 23

Fritz-Reuter-Straße 12 (Städt. Untersuchungsamt)

Jöllenkamp Straße 437

240 m neue Radwege wurden in der Hauptstraße zwischen Detmolder- und Oldentruper Straße (Teilstrecke) angelegt.

4 860 (4 161) Straßenaufbrüche wurden gemeldet, und zwar von:

Stadtwerke, Abt. Gas u. Wasser	3 266 (2 296)
Stadtwerke, Abt. E-Werk	521 (609)
Stadtwerke, Abt. Fernheizung	72 (72)
Stadtwerke, Abt. Verkehrsbetriebe	30 (14)
Fernmeldeamt	741 (887)
Hausanschlüsse des Tiefbauamtes Abt. Stadtentwässerung	230 (283)

Im Berichtsjahr waren 19 (24) Tageeinsätze im Winterdienst erforderlich, bei denen je Einsatz 610 (600) Straßenübergänge, 22,5 (20,7) km Bürgersteige, 79,40 (89,50) km Fahrbahnen und 12,10 (12) km Radwege von Schnee geräumt bzw. bei Glatteis mit abstumpfenden Mitteln abgestreut werden mußten.

An Streugut (Wesersand) wurden 2 766 (2 515) cbm und an Spezialstreusalz 120 (590) t verbraucht. Der Winterdienst wurde mit 50 (52) eigenen Arbeitskräften und 70 (65) Arbeitern von Tiefbaufirmen durchgeführt.

Fahrzeugeinsatz: Lkws	8 Fremdfahrzeuge
	4 eigene Wagen Lkw 5 to
	4 eigene Wagen 1 1/2 to

Abteilung Verkehr

Für verschiedene Straßen wurden die Planunterlagen erstellt.

144 Parkzeituhren wurden an folgenden Straßen und Plätzen neu aufgestellt:

Parkplatz Welle	70
" Brinkstraße	19
Friedrich-Ebert-Straße	13
Obernstraße	1
Paulusstraße	14
Karl-Eilers-Straße	5
Schulstraße	3
Ravensberger Straße	3
August-Bebel-Straße	5
Kreuzstraße	7
Brunnenstraße	4

Außerdem wurden auf dem Parkplatz "Am Güterbahnhof" 65 Parkzeituhren und auf dem Parkplatz Paulus-/Kavalleriestraße 44 Parkzeituhren aufgestellt, die durch die Erstellung der Wirtschaftsgebäude auf dem Kesselbrink frei geworden waren.

Die Signalanlagen im Bereich der Innenstadt wurden nach neuen Richtlinien der Forschungsgesellschaft für Straßenwesen e.V. umgestellt.

Die Verkehrssignalzentrale wurde weiter ausgebaut. An folgenden Kreuzungen bzw. Fußgängerüberwegen wurden neue Signalanlagen aufgestellt bzw. in Betrieb genommen:

Straßenkreuzungen:

Schloßhof-/Melanchthonstraße

Engersche Str./Schillerstraße

Detmolder Straße/Prießallee

Teutoburger Straße/Oelmühlenstraße

Herforder Straße/Ziegelstraße

Herforder Straße/Schillerstraße

Fußgängerüberwegen:

Jöllennecker Str./Melanchthonstraße

Friedrich-Ebert-Straße/Kavalleriestraße

Stieghorstschule II - Hellweg

Rußheider Schule - Hauptstraße

Außerdem wurde eine Signalanlage für die Ausfahrt der Feuerwehr vor dem Gebäude der Feuerwache in der Straße "Am Stadtholz" aufgestellt.

Zur Verbesserung des fließenden Verkehrs wurden im Zuge der B 61 an den Signalanlagen Geschwindigkeitsanzeiger installiert.

Der in der Verkehrssignalzentrale eingesetzte Wartungstrupp hat im Berichtsjahr in der Verkehrssignalzentrale sowie an den innerhalb der Stadt befindlichen Signalanlagen 1 562 Störungen beseitigt.

Der Werkstattwagen des Wartungstrupps ist seit dem 20.4.1967 mit einem Funkgerät ausgerüstet. Damit wurde die Möglichkeit geschaffen, den Trupp zu jeder Zeit auf dem Funkwege zu erreichen, um im Wechselsprechverkehr den Einsatz dieses Fahrzeuges zu leiten.

Abteilung Stadtentwässerung

Kanalisationen wurden in folgenden Straßen verlegt:

Am Pfarracker, Am Vorwerk, An den Gehren, Detmolder Straße, Ecken-
dorfer Straße, Elsässer Straße, Grasweg, Heinrich-Heine-Straße,
Käthe-Kollwitz-Straße, Lerchenstraße, Lutterbachverrohrung, Plan-
straße 1044, Planstraße 1200 und 1201, Planstraße 1021, Planstraße
26, Alter Schulweg, Sieboldstraße, Schuckertstraße, Sudbrackstraße,
Sperlingstraße, Hillegosser Straße, Wickenkamp, Wallenbrücker Straße,
Zeisigstraße, Am Großen Wiel, Bültmannshof, Wachtelweg.

Sonderbauabteilung B 61

Im Jahre 1967 wurde der Sonderbauabteilung die Bauausführung der
Unterpflasterstraßenbahn übertragen.

Der erste "Spatenstich" für den 1. Bauabschnitt zwischen Schildescher
Straße und Nicolaifriedhof erfolgte am 19.6.1967 mit der Aufnahme
der Arbeiten zu den umfangreichen Leitungsverlegungen. Begonnen wur-
de mit dem Abschnitt Herforder Straße - Südseite - zwischen August-
Bebel-Straße und Walther-Rathenau-Straße. Die hier von der Abtei-
lung Stadtentwässerung - Kanalbau -, den Stadtwerken - Abt. Elt.,
Fernheizung, Gas und Wasser, Verkehrsbetriebe - und von der Bundes-
post durchzuführenden Arbeiten wurden von der Sonderbauabteilung
koordiniert. Nach Abschluß der Arbeiten auf diesem Teilstück erfolgte
der Aufbau der südlichen Fahrbahn in endgültiger Form.

An den Unterlagen für die Entlastungsstraße zur B 61, Brücke Langen-
hagen, Eisenbahnbrücke Johannistal u.a. wurde weiter gearbeitet.

Garten-, Forst- und Friedhofsamt
=====

Dezernent: Beigeordneter Michael F l e i s c h e r

Amtsleiter: Gartenbaudirektor Dr. Hans Ulrich S c h m i d t

Zahl der Dienstkräfte: 10 Beamte

40 Angestellte

288 Arbeiter

Öffentliche Grünanlagen und Spielplätze

Die Parkanlage in Schildesche an der Stiftsmühle wurde weiter aus-
gebaut.

Zwischen den Straßen Ehletruper Weg und Im Siekerfelde wurde ein neuer Grünzug hergerichtet. In diesem Grünzug wurde durch Studenten aus verschiedenen Nationen ein Robinson-Spielplatz angelegt.

An den Straßen Rabenhof und Am Großen Wiel wurden neue Grünanlagen erstellt.

Zwischen der Detmolder Straße und dem Hellweg neben dem Präzisionswerk wurde eine Grünverbindung mit einem Fußweg angelegt.

Die Zahl der Grabelandpächter verringerte sich von 670 auf 640.

Forst

Im Bereich der Kläranlage wurde eine Fläche von 1,7 ha parkartig bepflanzt.

Neu gebaut wurde im Waldgebiet Wolfskuhle ein 850 m langer Weg.

Im Tierpark wurde ein Gehege für Gemsen errichtet.

Es wurden u.a. geboren:

4 Rotwildkälber, 4 Damwildkälber, 4 Zwergziegen und ein Steinbock.

300 im Tierpark geborene Fasanen wurden in der freien Wildbahn ausgesetzt.

Stadtfriedhöfe

Die Zahl der Bestattungen betrug 665, und zwar Alter Friedhof 1, Johannisfriedhof 84, Nicolaifriedhof 57, Friedhof Schildesche 218, Friedhof Sieker 130, Friedhof Sudbrack 175.

Sennefriedhof

Die Stallungen wurden zu Fahrzeuggaragen und Gerätelagern umgebaut. An der Friedhofstraße wurde ein Wohnhaus mit 2 Werkdienstwohnungen im Rohbau fertiggestellt.

Die Zahl der Bestattungen betrug 1 616, davon 1 065 in Wahlgräbern und 551 in Reihengräbern.

Die Zahl der Einäscherungen betrug 519.

Prüfamt für Baustatik
=====

Dezernent: Beigeordneter Michael F l e i s c h e r
Amtsleiter: Städt. Baudirektor Dr.-Ing. August V e h m e i e r
Zahl der Dienstkräfte: 5 Beamte
11 Angestellte
5 Arbeiter

Technische Abteilung

Das Jahr 1965 brachte dem Prüfamt ein Maximum an Prüfaufträgen. In den beiden folgenden Jahren wurde ein Absinken der Prüfaufträge um rd. 10 % beobachtet. Dies ist allerdings nicht allein auf den Konjunkturrückgang zurückzuführen. Es spielt beispielsweise eine nicht unbedeutende Rolle, daß einige Bauaufsichtsämter im Regierungsbezirk Detmold die Zahl ihrer Prüfer vergrößerten, um im eigenen Amt mehr Aufträge erledigen zu können. Das Prüfamt hat daher versucht, durch Verkürzung der Prüfzeiten das Prüfen in Bielefeld attraktiver zu gestalten. Hierdurch gelang es, größere Aufträge zu bekommen, so daß die Einnahmen der Technischen Abteilung im Jahre 1967 nur um 6 % (und nicht um 10 %) gegenüber dem Jahre 1965 zurückblieben.

Im Berichtsjahr wurden 6 500 (6 666) Standsicherheitsnachweise geprüft.

Rund 21 % der Prüfungen entfiel^{en} auf das Bauordnungsamt der Stadt Bielefeld; dies ist der größte Auftraggeber des Prüfamtes.

Im Gegensatz zu den Prüfungen wuchs die Zahl der Baustellenkontrollen und der Überwachungen (von schwierigen Bauvorhaben) von 640 im Jahre 1966 auf 667 im Berichtsjahr an. Hierin sind zahlreiche Überwachungen und Beratungen in den Städten bzw. Landkreisen Detmold, Herford, Höxter, Lemgo, Lübbecke, Minden, Paderborn und Warburg enthalten.

Baustoffprüfstelle und Straßenbaulabor

Durch die Zusammenarbeit der Baustoffprüfstelle mit den Güteschutzverbänden (Betonstein, Transportbeton sowie Kies und Sand) gelang es, die Einnahmen von 1965 bis 1967 um 50 % zu steigern. Diesem Umstand ist es zu verdanken, daß die Gesamteinnahmen des Prüfamtes

(einschl. der Techn. Abt.) im Berichtsjahr nur um etwa 2,5 % gegenüber dem Jahre 1965 zurückgeblieben.

Im Berichtsjahr wurden 4 617 (4 149) Baustoffe geprüft.

In den letzten Jahren beschränkte sich die Tätigkeit der Baustoffprüfstelle fast ausschließlich auf Prüfungen und Begutachtungen in den Diensträumen in der Heeper Straße 121 a. Im Berichtsjahr nahm die Außentätigkeit, die sich auf den gesamten Regierungsbezirk Detmold erstreckt, jedoch erheblich zu. Vor allem mußte die Prüftätigkeit auf Wandbaustoffe von Hochhäusern ausgedehnt werden, dann mußten zum Festigkeitsnachweis von Beton- und Stahlbetonbauten unzählige Betonkerne gebohrt werden und schließlich waren zur Güte- und Beweissicherung auf Hochbaustellen, in Herstellerbetrieben und Mischwerken sowie auf Straßenbaustellen Baustoffproben zu entnehmen.

Straßenreinigungs- und Fuhramt

=====

Dezernent: Stadtdirektor Dr. Georg G ö c k l e r

Amtsleiter: Stadtoberamtmann Karl S i m o n

Zahl der Dienstkräfte: 3 Beamte

9 Angestellte

149 Arbeiter

Straßenreinigung

Im Berichtsjahr wurden Überlegungen darüber angestellt, ob und in welchem Umfange das obligatorische Straßenreinigungsgebiet erweitert werden müßte. Diese Untersuchungen endeten mit dem Ergebnis, die Aufnahme weiterer Straßen in die Stadtreinigung zurückzustellen, bis der Ausbau des neuen Stadtteiles Bültmannshof und anderer Wohngebiete abgeschlossen ist.

Fünf planmäßige selbstaufnehmende Fahrbahnkehrmaschinen und eine Reservemaschine, die zusätzlich nach dem Winterdienst zum Beseitigen des Streugutes eingesetzt wird, haben im Berichtsjahr 58 040 (55 800) km gefahren, 5 700 (5 722) cbm Straßenkehrriecht aufgenommen, zum Lagerplatz transportiert und hierfür rd. 45 200 (41 900) Liter Dieselkraftstoff verbraucht. Der für die Entleerung der Papier-

körbe eingesetzte Sammelwagen hat 1967 = 22 380 (21 000) km zurückgelegt, 900 (1 225) cbm Abfälle gesammelt, zum Lagerplatz transportiert und hierfür 4 885 (4 765) Liter Benzin verbraucht. Vier Motorkarren haben in 5 710 (6 620) Betriebsstunden 945 (980) cbm Straßenkehricht und 87 (51) cbm Streugut befördert und dabei 4 800 (4 980) Liter Dieselkraftstoff verbraucht. Der von den Motorkarren gesammelte Straßenkehricht sowie weitere 239 cbm Straßenkehricht aus Sammelbehältern, zusammen 1 184 (1 112) cbm, wurde von dem Spezialfahrzeug (Muldenabsetzkipper) der Müllabfuhr abtransportiert.

Zwei während des Sommers eingesetzte Sprengwagen haben zum Besprengen von Fahrbahnen, öffentlichen Plätzen und Schulhöfen an 25 (31) Tagen 4 295 (5 390) km gefahren und 2 187 000 (1 559 000) Liter Wasser aus offenen Gewässern entnommen und versprengt.

Sowohl der Winter 1966/67 als auch der Winter 1967/68 forderte von den am Winterdienst beteiligten Kräften im allgemeinen nur durchschnittliche Leistungen. Im Winter 1966/67 wurde bis zum 12.1.1967 an 7 Tagen (1965/66 = 21 Tage) Schneeräum- und Streudienst geleistet. Der Winterdienst 1967/68 begann am 8.12.1967. Bis zum Ende des Jahres wurden Einsätze an 12 Tagen (1966/67: 2 Tage) notwendig. Bei insgesamt 19 Tageseinsätzen (1966/67 = 23 Tage) wurden an Straßenübergängen, auf öffentlichen Treppen und auf Bürgersteigen vor städt. Grundstücken 935 731 qm (972 900) qm und 1 915 (1 665) km Fahrbahnen sowie 21 öffentliche Parkplätze überwacht und abgestreut. Für das Abstreuen der Fahrbahnen wurden neben den bisher üblichen Anhäng- und Einbaustreueren 5 Streuautomaten sowie 2 Nachlaufstreugeräte als Vollautomaten mit gutem Erfolg eingesetzt. Insgesamt wurden für Abstreueren 1 197 (900) cbm Streugut und 148,4 (210) t Spezialstreusalz verbraucht. Der gesamte Wintereinsatz erforderte 21 534 (23 792) Einsatzstunden, von denen 6 088 (6 178) auf eigene Kräfte und 15 446 (17 614) auf Fremdkräfte entfielen. Während des Winterdienstes wurden 471 (456) km Radwege maschinell von Schnee geräumt und abgestreut. Schneepflüge wurden auch im Berichtsjahr nicht eingesetzt. Es wurden 3 533 (1 000) cbm Schnee mit Lastkraftwagen von Straßen und Plätzen der Stadt abgefahren und abgelagert. Im Winterdienst wurden Kraftfahrzeuge an 3 196 (2 838) Stunden eingesetzt. Davon entfielen 1 483 (1 404) Stunden auf städt.

und 1 713 (1 434) Stunden auf unternehmereigene Kraftfahrzeuge.

Müllabfuhr

Mit einer neuen, am 1.1.1967 in Kraft getretenen Satzung über die Müllabfuhr in der Stadt Bielefeld wurden Großraumbehälter mit 4 cbm Inhalt als Müllgefäße zugelassen, der Begriff des Sperrmülls definiert und das Verfahren der Sperrmüllabfuhr neu geregelt.

Am Ende des Jahres 1967 waren 18 467 (18 042) Grundstücke bzw. Eigentumswohnungen der städtischen Müllabfuhr angeschlossen. Die Zahl der wöchentlich zweimal zu entleerenden Müllgefäße betrug am Ende des Berichtszeitraumes 69 358 (69 160).

Sie teilte sich auf die Eimergrößen wie folgt auf:

Mülleimer	25 l Inhalt	22 117 (22 200)
"	35 l Inhalt	40 615 (40 298)
"	50 l Inhalt	6 626 (6 662)

Die Zahl der (bei Bedarf zu entleerenden) Großraumbehälter (4 cbm) betrug 78 (44). Die Zahl der Entleerungen dieser Behälter betrug 1 948 (1 446); davon entfielen 296 Entleerungen auf den Abtransport von Straßenkehrrecht.

Der Müllanfall betrug einschl. des Sperrgutes und der in Einzelfällen von der gewerblichen Wirtschaft mit offenen Lastkraftwagen abgefahrenen Abfälle 203 975 (196 046) cbm. Von dieser Menge hat das Spezialfahrzeug für Müllgroßraumbehälter (Muldenabsetzkipper) 6 608 (4 868) cbm abgefahren, die Zahl der Entleerungen der Großraumbehälter zu je 4 cbm betrug (ohne Straßenkehrrecht) 1 652 (1 217).

Für das Einsammeln und Abfahren der Müllmengen legten 11 planmäßige und 3 Reservemüllwagen, 2 Lkw für Sperrgüter und gewerbliche Abfälle sowie der Muldenabsetzkipper 248 860 (208 220) km zurück und benötigten hierfür 101 010 (92 030) Liter Dieselkraftstoff.

Am 6.2.1967 wurde eine zweite Müllkippe in Eickum, Krs. Herford, auf angemietetem Gelände in Betrieb genommen. Um eine ordnungsgemäße Ablagerung der Müllmengen weiterhin zu gewährleisten, wurde im Berichtsjahr eine zweite Planierdrape eingesetzt. Durch diese Geräte wird der abgeschüttete lose Müll verdichtet und anschließend mit einer Bodenschicht abgedeckt.

Planerisch und technisch wurden die Vorbereitungen für den Bau einer Müllverbrennungsanlage abgeschlossen. Bereits 1966 wurde entschieden, daß dort auch der Müll aus dem Landkreis Bielefeld und anderen Gemeinden verbrannt werden soll.

Fuhrpark

Im Berichtsjahr nahm der Bestand der städtischen Kraftfahrzeuge um 1 (1) Moped, 2 (2) Kombiwagen, 1 (-) Kanalreinigungswagen, 1 (1) Fahrbahnkehrmaschine, 1 (-) Planierdrape und 1 (1) Anhänger zu. 1966 wurden 4 Lkw und 2 Pkw angeschafft. Ausgesondert wurden 2 (-) Pkw, 1 (-) Elektrokarren und 1 (3) Motorroller. Mit 3 (3) Rollern, die der Bauverwaltung zum Überwachungs- und Ermittlungsdienst im Ortsverkehr dienen, wurden 4 795 (9 190) km zurückgelegt. Mit 19 (21) Personenkraftwagen wurden 334 415 (325 820) km gefahren, 40 455 (38 940) Liter Kraftstoff und 401 (382) Liter Motorenöl verbraucht. Durchschnittlich hat jeder Personenkraftwagen täglich bei einer 5 Tageweche eine Fahrstrecke von 70 (62) km zurückgelegt und 12,10 (11,95) Liter Kraftstoff auf 100 km benötigt.

Mit 18 (16) Kombinationswagen wurden im Berichtsjahr 257 675 (235 348) km gefahren, 34 410 (31 750) Liter Benzin und 300 (280) Liter Motorenöl verbraucht. Durchschnittlich hat jeder Kombi-Wagen täglich bei einer 5 Tageweche eine Fahrstrecke von 57 (59) km zurückgelegt und 13,35 (13,49) Liter Kraftstoff auf 100 km benötigt. 26 (25) Lastkraftwagen von 1 - 5 1/2 Tonnen Nutzlast beförderten ausschließlich für städtische Dienststellen bei einer Leistung von 330 350 (285 880) km, 46 650 (50 440) t gemischte Güter und verbrauchten hierfür 66 480 (58 615) Liter Dieselkraftstoff und 1 135 (1 027) Liter Motorenöl. Durchschnittlich hat jeder Lkw täglich bei einer 5 Tageweche eine Fahrstrecke von 51 (46) km zurückgelegt und 20,12 (20,50) Liter Kraftstoff auf 100 km benötigt.

Die Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten von insgesamt 141 Kraftfahrzeugen, Anhängern und Arbeitsmaschinen der Abteilungen Straßenreinigung, Müllabfuhr und Fuhrpark wurden überwiegend in eigener Werkstatt durchgeführt.

Sport- und Bäderamt

=====

Dezernent: Beigeordneter Dr. Dr. Klaus R e v e r m a n n

Amtsleiter: Städt. Sport- und Turnrat Kurt L u d e w i g

Zahl der Dienstkräfte: 3 Beamte

22 Angestellte

49 Arbeiter

15 nebenamtliche Sportplatzwärter

8 Saisonkräfte

Sportplätze:

Neben dem Sportplatz der Bielefelder Turngemeinde von 1848 e.V. mit Rundbahn und dem Fußballplatz des Vereins für Bewegungsspiele 03 Bielefeld e.V. waren 24 städtische Sportplätze (einschl. Nebenplätze) - davon 8 mit Rundbahnen - vorhanden.

Von diesen Sportplätzen wurden in Verwirklichung des Sportstättenplanes vom 23.6.1965 im Berichtsjahr fertiggestellt:

Schulsportanlage der Gellershagen-Schule mit einem Sportplatz mit Rotgrantdecke, Größe 90 x 50 m, eine Weitsprunganlage, eine Hochsprunganlage und 4 Laufbahnen,

eine wettkampfgerechte 6-bahnige 400 m-Laufbahn mit Rub-Kor-Oberdecke auf Platz 1 des Sportfeldes Am Bürgerpark.

An Verbesserungsarbeiten wurden ausgeführt:

Neueinzäunung des Sportplatzes Stieghorst,

Teilerneuerung der Einzäunung der Tennisanlage am Bolbrinkersweg sowie verschiedene weitere Verbesserungsarbeiten auf mehreren anderen städtischen Sportplätzen (Errichtung einer Stahlrohrbarriere um die Rub-Kor-Laufbahn des Sportfeldes Am Bürgerpark, Erstellung einer Trainingsbeleuchtung auf dem Sportplatz Schildesche u.a.)

Im Bau befand sich

der 2. Bauabschnitt der Bezirkssportanlage Rußheide (Hauptkampfbahn).

Gymnastik-, Turn- und Sporthallen:

Zur Verfügung standen

- 2 Sporthallen mit Zuschauertribünen (21 x 42 m),
- 3 Großturnhallen (18 x 33 m),
- 20 Turnhallen (12 x 24 m bzw. 14 x 28 m),
davon 1 vereinseigene (TuS Ost) und die
Turnhalle der Pädagogischen Hochschule Bielefeld sowie
- 23 städtische kleinere Turnhallen bzw. Gymnastikräume.

1967 wurden davon fertiggestellt:

- die Turnhalle der Sieker-Schule (14 x 28 m),
- die Turnhalle der Hellweg-Schule (14 x 27 m) und
- 1 Gymnastikraum der Hellweg-Schule (12 x 9,7 m).

Im Bau befand sich

- 1 Normalturnhalle (14 x 28 m) der Baumheide-Schule.

In der Planung befand sich

- für die Schule Plaßstraße 1 Normalturnhalle und 1 Lehrschwimmbecken mit höhenverstellbarem Boden.

Radrennbahn-Stadion:

Rund 1/4 der Zuschauertribünen wurde neu asphaltiert, die Umkleieräumlichkeiten sowie der Dusch- und Waschraum wurde überholt.

Schwimmbäder:

Im Hallenbad am Kesselbrink (Beckengröße 15 x 25 m) mit Lehrschwimmbecken (Beckengröße 8 x 15 m) wurden im Berichtsjahr 428 338 Besucher gezählt, das waren 28 765 weniger als im Vorjahr. Dieser Rückgang ist durch die Schließung des Bades wegen der Reparaturarbeiten vom 4.8. - 11.9.1967 begründet. Im Durchschnitt waren bei 302 Betriebstagen 1 420 Besucher täglich zu verzeichnen. In den Abendstunden und nach Bedarf an den Wochenenden stand das Hallenbad den Vereinen und dem Westdeutschen Schwimmverband zur Durchführung von Übungsstunden, Lehrgängen und schwimmsportlichen Veranstaltungen zur Verfügung. An 42 städtischen Schwimmkursen nahmen 837 Kinder und Erwachsene teil.

Die Lehrschwimmhalle im Schulzentrum an der Stapenhorststraße (Beckengröße 8 x 20 m) wurde am 7.9.1967 an den Wochenenden für den öffentlichen Badebetrieb freigegeben. Bis zum Ende des Berichts-

jahres wurden 17 897 Besucher gezählt. An den ab 18.9.1967 in der Lehrschwimmhalle durchgeführten 10 städtischen Schwimmkursen nahmen 175 Kinder teil. In den Vormittagsstunden diente die Schwimmhalle dem obligatorischen Schulschwimmunterricht, während sie in den Abendstunden den Vereinen für den Übungsbetrieb zur Verfügung stand.

Das Freibad an der Wiesenstraße wurde in der Badesaison 1967 von 168 287, das Freibad in Schildesche von 111 155 Personen besucht.

Die 9 von der Stadt noch betriebenen öffentlichen Reinigungsbäder wurden von 80 183 Personen aufgesucht.

Zuschüsse und Beihilfen an Turn- und Sportvereine:

Für die Unterhaltung und Pflege vereinseigener Sportanlagen und -heime wurden an Bielefelder Sportvereine Zuschüsse in der Gesamthöhe von 17 750 DM gezahlt.

Alle dem Kreis-, Turn- und Sportverband Bielefeld e. V. angeschlossenen Turn- und Sportvereine mit Jugendabteilungen erhielten Barzuschüsse:

- für die Wahrnehmung jugendpflegerischer Aufgaben,
- als Rückerstattung der Versicherungsbeiträge an die Sporthilfe e.V.,
- als 50%-ige Erstattung der durch Turnhallenbenutzung angefallenen Hausmeisterkosten.

Bedeutende Veranstaltungen:

Auch 1967 war das Sport- und Bäderamt für die Durchführung der Bundesjugendspiele der Bielefelder Schulen verantwortlich. An den Winterspielen 1966/67 beteiligten sich 3 542 Schülerinnen und Schüler, von denen 1 177 mit Sieger-Urkunden und 234 mit Ehren-Urkunden ausgezeichnet wurden. An den Sommerspielen nahmen 7 457 Schulpflichtige teil; 2 611 wurden mit Sieger-Urkunden und 344 mit Ehren-Urkunden ausgezeichnet (nur Volks- u. Realschulen).

Im Rahmen des Sport-Ehrentages am 3.3.1967 ehrte die Stadt 70 Einzelsieger und Mannschaftssieger als erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler des Jahres 1966 durch Überreichung von Stadtplaketten und Urkunden.

Der Förderung der Beziehungen zwischen der Bielefelder Bevölkerung

und den in Bielefeld stationierten britischen Streitkräften dienten die am 26. und 27. Mai 1967 im Radrennbahn-Stadion durchgeführte Musikschaue mit 13 britischen und 1 deutschen Militärkapelle (rd. 25 000 Besucher) und

das am 9.9.1967 auf dem Sportfeld Am Bürgerpark wiederum mit großem Erfolg durchgeführte traditionelle deutsch-britische Sportfest.

Im Auftrage des Regierungspräsidenten in Detmold richtete das Sport- und Bäderamt am 11.11.1967 in den 3 Hallen des Schulzentrums Stapenhorststraße ein Volleyball-Turnier der Lehrerschaft der Volks- und Realschulen des Regierungsbezirks Detmold aus. 28 Mannschaften mit rd. 260 Lehrerinnen und Lehrern beteiligten sich am Turnier.

Der Westfälische Turnerbund führte in den gleichen Hallen am 12.11.1967 die Westfälischen Kunstturnmeisterschaften durch.



